

(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 20.52 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Nachmittag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 48. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße zunächst unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, insbesondere Herrn Robert Voigtsberger und seine Familie, sehr herzlich, -

(Beifall)

- außerdem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten Herrn Koenen, -

(Beifall)

- alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die Bezirksbürgermeister. Ich begrüße natürlich auch Sie alle, die Mitglieder des Rates, sehr herzlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute wählen wir nicht nur einen neuen Beigeordneten für den Jugend-, Schul- und Bildungsbereich, sondern es stehen auch weitere wichtige Themen aus unterschiedlichen Bereichen auf unserer Tagesordnung. Wir können Entscheidungen treffen, die ganz konkret voranbringen können. Dazu gehören zum Beispiel die direkte Beauftragung der KVB mit der Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste mit Stadtbahnen und Bussen, -

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- die Sportentwicklungsplanung, eine Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge mit 400 zusätzlichen Ladepunkten und die Kulturentwicklungsplanung.

Besonders begrüßen möchte ich auf der Verwaltungsbank die neue Geschäftsführerin der Kölner Verkehrs-Betriebe, Frau Haaks.

(Beifall)

Wir alle freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen, Frau Haaks.

Außerdem begrüße ich heute unsere neuen Ratsmitglieder Frau Schmerbach -

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- und Herrn Hauser, -

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- die ich gleich verpflichten möchte.

Frau Schmerbach wurde als Nachfolgerin für Herrn Börschel und Herr Hauser wurde als Nachfolger für Frau Jahn gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt. Beide haben die Nachfolge angenommen.

Ich möchte heute noch einmal die Gelegenheit nutzen, mich bei Kirsten Jahn und Martin Börschel auch in diesem Rahmen für ihren langjährigen und engagierten Einsatz für die Stadt Köln zu bedanken. Beide haben hier im Rat als Fraktionsvorsitzende besondere Verantwortung übernommen. Bei beiden bedanke ich mich für die Zusammenarbeit. Ich bin bei beiden ganz sicher, dass sie sich auch in Zukunft an anderer Stelle ebenso für unsere Stadt einsetzen werden.

Frau Schmerbach und Herr Hauser, ich bitte Sie nun beide, zu mir nach vorn zu kommen, und ich bitte alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben; bitte auch die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreter der Medien sowie die Bezirksbürgermeister.

(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen - Frau Schmerbach und Herr Hauser treten nach vorn zur Oberbürgermeisterin)

Frau Schmerbach und Herr Hauser, ich verpflichte Sie im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung, Ihre Aufgaben als Ratsmitglieder des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten sowie Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen. - Vielen Dank.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall - Christian Joisten [SPD] überreicht Frau Schmerbach Blumen - Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Dresler-Graf, Frau Hoyer, Frau Wolter und Frau Schultes.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Walter, Herrn Michel und Herrn Richter.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der

Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind darin gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Kommen wir zunächst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Im Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie der Ratsgruppe BUNT vom 28.03.2019 geht es um „Ausverkauf des Wahlrechts durch die schwarz/gelbe Landesregierung stoppen. Ratsmitglieder sind für alle da! Stichwahl beibehalten!“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.1.

Im Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der Ratsgruppe GUT vom 03.04.2019 geht es um „Aktuelle Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt - Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht aber die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen.

Konnte eine solche Einigung erzielt werden, habe ich zu fragen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung abstimmen, ob wir heute zwei Aktuelle Stunden durchführen werden. Wer für die Durchführung beider Aktueller Stunden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppen GUT und BUNT.

War das jetzt schon eine Gegenstimme, obwohl Sie noch nicht aufgerufen waren?

(Markus Wiener [Rot-Weiß]: Das war noch eine Ja-Stimme!)

- Dann ist das so beschlossen, und ich muss nicht mehr nach Enthaltungen und Gegenstimmen fragen. Wir werden also zwei Aktuelle Stunden behandeln.

Ich schlage vor, TOP 1.2 wegen der großen Aktualität des Themas als erste Aktuelle Stunde gemeinsam mit dem Antrag TOP 3.1.2 zu behandeln.

Weiterhin schlage ich die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.5 und TOP 4.6, die Verwaltungsvorlage unter TOP 6.3.1, der als TOP 10.25 umgedruckt wurde, sowie TOP 10.23 und TOP 10.24, TOP 17.12 bis 17.15 und dann im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6 und TOP 24.7.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.8 und 10.16.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, TOP 10.22 - das ist die Beigeordnetenwahl - an den Beginn der Sitzung zu ziehen. Des Weiteren sollten wir die Vorlage zur Sportentwicklungsplanung unter TOP 10.15 gemeinsam mit dem Antrag unter TOP 3.1.5 behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Pöttgen.

**Andreas Pöttgen (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Für die Antragsteller beantrage ich, TOP 3.1.7 „Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren“ um eine Runde zu schieben und in der Tagesordnung der Ratssitzung am 21. Mai erneut aufzunehmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Ich lasse jetzt über den Änderungsvorschlag zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Bevor wir in die Sitzung eintreten, meine Damen und Herren, habe ich alle Ratsmitglieder noch einmal auf die Änderung beim Livestream hinzuweisen. Wie vom Rat beschlossen überträgt ab der heutigen Sitzung eine weitere Kamera auch Redebeiträge aus dem Plenum. Jedes Ratsmitglied kann weiterhin natürlich selbst entscheiden, ob der eigene Redebeitrag im Li-

vestream gezeigt werden soll. Wie bereits im Vorfeld der Sitzung erläutert: Wenn Sie nicht wünschen, dass Ihre Wortmeldungen aus dem Plenum im Livestream zu sehen sind, teilen Sie das bitte vorher mit. Bisher liegen uns dazu noch keine Rückmeldungen vor. Wer einen Hinweis zur Übertragung seiner Beiträge geben möchte, den bitte ich, sich bei unserer Stimmführerin Frau Lange zu melden.

Zudem möchte ich, bevor wir in die heutige Sitzung eintreten, noch ganz besonders Frau Dr. Klein begrüßen. Liebe Frau Dr. Klein, liebe Agnes, für dich ist die heutige Ratssitzung die letzte Ratssitzung als Beigeordnete der Stadt Köln. Nachdem der Rat dich im September 2006 zur Beigeordneten gewählt hat, hast du im November 2006 das erste Mal das Dezernat Bildung, Jugend und Sport hier im Rat vertreten. Das sind nun über zwölf Jahre, in denen du dich für den Ausbau der Kinderbetreuung, die Entwicklung unserer Schullandschaft und natürlich auch für den Sport eingesetzt hast - ein Thema, was wir heute auch noch einmal auf der Tagesordnung haben. Zwar bleibst du noch einige Wochen im Dienst und wir werden noch eine Verabschiedung an gebührender Stelle vornehmen, ich möchte dennoch heute auch schon einmal in diesem Rahmen einen ganz herzlichen Dank sagen für den engagierten und erfolgreichen Einsatz für die Stadt Köln, die Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch für ihre Kinder und möchte mich sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken.

(Lang anhaltender Beifall)

Und ganz persönlich möchte ich jetzt noch hinzufügen: Liebe Agi, das ist ja die letzte Ratssitzung, in der ich dich hier an meiner Seite habe, und „an meiner Seite“ meine ich ganz wörtlich. Du hast vor acht Jahren dafür gesorgt, dass ich den Platz an deiner Seite bekam, und ich bin mir ganz sicher, dass deine wohltemperierte und besonnene Art nicht nur einmal positiv auf mich abgefärbt hat. Ich habe fachlich und persönlich großen Respekt vor deiner Leistung, die du in diesen vielen Jahren hier erbracht hast, und ich bin sehr dankbar, dich diese vielen Jahre um mich gehabt zu haben. Du bist klug und professionell in allen Situationen, und du warst mir immer eine gute Wegbegleiterin. Vielen Dank dafür.

(Lang anhaltender Beifall - Stehende Ovationen)

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten

Damen und Herren des Rates! Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, liebe Henriette, zunächst einmal vielen Dank für die wertschätzenden, persönlichen Worte. Ich danke auch für - ich habe jetzt nicht genau nachgezählt - mehr als 15 Jahre Zusammenarbeit in verschiedenen Funktionen, zunächst als Kollegin in Münster und Gelsenkirchen - da hatten wir schon einen recht engen Fachaustausch; ich kann mich noch an die Einführung des NKF erinnern -, dann als Kollegin im Verwaltungsvorstand hier in Köln und zuletzt als meine Vorgesetzte, eben als die Oberbürgermeisterin dieser schönen Stadt. Viele Klippen und Fährnisse haben wir freundschaftlich-kollegial überwunden. Ich bin sehr froh und dankbar, dass wir das gut hinbekommen haben.

In diesen Dank beziehe ich auch die beiden früheren Oberbürgermeister Herrn Dr. Fritz Schramma und Herrn Jürgen Roters ausdrücklich mit ein, auch wenn sie heute nicht hier sind.

Ausdrücklich danke ich den vielen Kolleginnen und Kollegen im derzeitigen Verwaltungsvorstand und in früheren Verwaltungsvorständen. An dieser Stelle müsste ich einfach zu viele einzelne Namen erwähnen, um alle persönlich zu würdigen, aber fühlen Sie sich insgesamt angesprochen.

Dem Rat der Stadt Köln, ganz besonders natürlich meiner Fraktion der SPD, aber Ihnen allen danke ich für mehr als zwölf Jahre gemeinsame Arbeit, und damit meine ich nicht nur die Arbeit hier im Rat, sondern die Arbeit in zahllosen Sitzungen meiner drei Fachausschüsse, in Arbeitskreisen, Gremien, runden und eckigen Tischen, Telefonaten, diversen Gesprächen, Podiumsdiskussionen und, und, und. Ich glaube, wir haben gemeinsam - das ist zumindest meine Überzeugung - viel erreicht. Wir haben in dieser Zeit 10 000 Plätze für die unter Dreijährigen geschaffen, 1 000 Plätze pro Jahr, mit privaten Investoren. Das macht 20 Kitas im Jahr. Die Anzahl der Ganztagsplätze in Grundschulen wurde nahezu verdoppelt. Dafür haben Sie die - auch finanzwirksamen - Beschlüsse gefasst. In den weiterführenden Schulen wurden die Plätze im gebundenen Ganztage verdreifacht. Wir haben sieben Gesamtschulen gegründet mit 1 000 zusätzlichen Plätzen in den Eingangsklassen - es reicht noch nicht, es müssen noch mehr sein - und die Kapazitäten für umgerechnet vier neue Gymnasien ausgebaut.

So muss es auch weitergehen in der stark wachsenden Stadt Köln. Die Weichen dafür haben mein Dezernat und ich gestellt. Der Rat hat vor einigen Monaten die vierte Schulentwicklungs-

planung beschlossen, die Planung des Kitaausbaus liegt vor sowie die Spielplatzbedarfsplanung, die Jugendhilfeplanung. Zudem werden Sie heute - es sieht ja durchaus positiv aus - den Sportentwicklungsplan beschließen. Das alles konnten Sie und ich nur mit Hilfe vieler Menschen in der Verwaltung auf den Weg bringen: in meinem Dezernatsbüro, das ich ausdrücklich grüße, bei den Ämtern der Stadtverwaltung, natürlich auch bei den Ämtern des Dezernats IV.

Um so erfolgreich sein zu können, benötigt man einen klaren politischen Willen, eine entschlossene Bürgerschaft und eben auch eine gute Verwaltung - Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle setze ich mich nachdrücklich für die vielen Kolleginnen und Kollegen in unserer Stadtverwaltung ein. Diese Menschen, die bienenfleißig für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, oft - das kann ich auch persönlich bestätigen - über die normale Arbeitszeit hinaus, sind es, die das Uhrwerk in Gang halten und in der Öffentlichkeit dennoch zuweilen der öffentliche Nubbel 365 Tage im Jahr sind. Das ist nicht gerecht, und das ist auch nicht richtig. Natürlich ist nicht alles perfekt - ich nicht, Sie nicht. Wer ist das schon? Wir alle treffen aber die Entscheidungen, die wir treffen können aufgrund der Informationen, die wir zu dem Zeitpunkt zur Verfügung haben und das durchaus klug und durchdacht.

Der Rat - das ist mein Rat - der Stadt Köln sollte mehr und öfter auf seine Verwaltung vertrauen. Dort sitzen zumeist - das sage ich natürlich als Verwaltung, das ist klar -

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

- hochspezialisierte Fachleute, die wissen, was sie tun. Gehen Sie sorgsam mit dieser Verwaltung um, denn Sie haben nur diese eine.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bedanke mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Presse, die meine und unsere Arbeit stets konstruktiv kritisch verfolgt haben. Ich fühlte mich zumeist sehr fair und fachkundig begleitet. Manchmal habe ich auch von Pressevertretern wichtige Hinweise für die Arbeit bekommen. Danke für das alles.

(Christian Joisten [SDP]: Aha!)

- Ja, die Presse bekommt schon eine ganze Menge mit, was in der Stadt so los ist.

Ich sage „Tschö“ und wünsche den Mitgliedern des Rates, dass sie trotz berechtigter politischer und programmatischer Unterschiede immer bemüht sind, konstruktiv und fair miteinander umzugehen. Ich fühle mich geehrt, ein Teil der Geschichte meiner Geburtsstadt gewesen zu sein, und werde stets mit tiefem Stolz auf diese Zeit zurückblicken. Ich hoffe, dass ich den großen und kleinen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gut gedient habe. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Frau Dr. Klein werden Blumen und ein Präsent überreicht - Lang anhaltender Beifall - Stehende Ovationen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir jetzt in die Sitzung eintreten und zur Wahl eines neuen Beigeordneten kommen.

Ich rufe auf den vorgezogenen Tagesordnungspunkt

#### **10.22 Wahl einer Beigeordneten/eines Beigeordneten für Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport 1079/2019**

Ich habe Ihnen mitzuteilen, dass aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Stelle beauftragt wurde, Herr Robert Voigtsberger für die Beigeordnetenstelle vorgeschlagen wird.

Ich habe zunächst zu fragen, ob es weitere Vorschläge gibt. - Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann schlage ich vor, dass wir zur Abstimmung kommen. Gibt es jemanden, der nicht wünscht, offen abzustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nicht der Fall. Das ist wunderbar.

Dann frage ich jetzt: Wer wünscht Herrn Voigtsberger zu wählen? Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppen GUT und BUNT. Wer wünscht, sich zu enthalten? - Das sind die Fraktion DIE LINKE sowie Rot-Weiß und die AfD-Fraktion. Damit kann es keine Gegenstimmen mehr geben.

Ich stelle fest, dass Herr Voigtsberger vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezernat IV gewählt wurde und bitte Sie jetzt sehr

gern zu uns herunter, damit Sie hoffentlich die Wahl annehmen werden.

(Anhaltender Beifall - Herr Voigtsberger betritt den Sitzungssaal)

Herr Voigtsberger, darf ich davon ausgehen, dass Sie die Wahl annehmen?

**Beigeordneter Robert Voigtsberger:** Ja, sehr gern.

(Beifall - Herr Voigtsberger nimmt Blumen und Glückwünsche entgegen - Es werden Fotos gemacht - Herr Voigtsberger verlässt den Sitzungssaal)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf

**1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt:

**1.2 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Aktuelle Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt - Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten“  
AN/0455/2019**

und

**3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ford gehört zu Köln“  
AN/0417/2019**

Ich gebe zunächst Herrn Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln hat in den 80er- und 90er-Jahren die erste schwere Zeit gehabt, als die klassische Industrieproduktion sich sukzessive weiterentwickelt hat und viele Unternehmen - gerade auch im Kölner Rechtsrheinischen - damals durch schwere Zeiten gegangen sind. Wenn wir uns heute den Mülheimer Süden oder Teile von Deutz und Kalk anschauen, dann wissen und sehen wir immer noch, welche schwere Entwicklungsphase Köln durchgemacht hat mit den entsprechenden Auswirkungen für einerseits die

Menschen, die sich neue Beschäftigungen suchen mussten, und für andererseits die Stadt und deren Herausforderungen sowohl bei der Entwicklung der Steuereinnahmen als auch ganz konkret in den Weiterentwicklungen der bisherigen Industriezonen.

Wir erleben leider heute im Jahre 2019 eine weitere Zäsur. Zwei Bereiche sind davon besonders betroffen: zum einen der Einzelhandel, wo wir nicht nur bei den großen, sondern bei vielen kleinen Unternehmen erleben, dass durch das Internet die Rahmenbedingungen für den lokalen Einzelhandel komplett neu dargestellt werden, neue Wettbewerbsformen entstehen und damit klassische Arbeitsplätze bedroht werden, und zum anderen der Automobilbereich. Vor fünf Jahren waren die Aussichten noch so, dass man gemeint hätte, dass für die nächsten zehn, 20 Jahre Deutschland weiterhin unangefochten Weltmarktführer sein und dieser unendliche Boom durch die Erschließung der asiatischen Märkte weitergehen wird. Wir wissen heute, dass neue Herausforderungen für diese Branche hinzugekommen sind, insbesondere beim Thema autonomes Fahren, aber auch bei der Frage fossiler Brennstoffe und der negativen Auswirkungen auf die Umwelt.

Wir haben in Köln zwei wichtige Großunternehmen, die genau für diese beiden Bereiche stehen. Das eine ist Galeria Kaufhof, die von einem Unternehmen übernommen werden, das nicht in Köln ansässig ist. Das andere ist Ford, die nicht nur selbst Arbeitsplätze in Köln als größter Arbeitgeber bieten, sondern auch für die gesamte Region durch die Vielzahl von Zuliefererunternehmen viele Arbeitsplätze und viel Gewerbesteueraufkommen produzieren.

Beide Unternehmen, sowohl der Einzelhandelsbereich als auch der Automotive-Bereich, sind, wie gesagt, in schwierigem Fahrwasser. Deswegen ist es unsere Aufgabe als Politik vor Ort, für zwei Dinge zu sorgen: Einerseits - deshalb bin ich der Oberbürgermeisterin auch sehr dankbar, dass sie in dieser Woche die Initiative mit den Betriebsräten von Ford ergriffen hat - müssen wir uns um die Menschen kümmern, die Sorge haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, oder die schon genau wissen, dass ihr Arbeitsplatz verloren geht. Da sich sicherlich nicht für jeden die optimale Situation bieten wird, dass man vielleicht in den Vorruhestand geht oder ein großes Abfindungspaket findet, geht es hier darum, das Potenzial der Menschen, die dort freigesetzt werden, in verantwortungsvoller Form nutzen. Es kann nicht sein - dieser kleine Hinweis möge an dieser Stelle gestattet sein -, dass ein großes

deutsches Unternehmen in Form der Bundeswehr direkt vor den Werkstoren eine Werbung platziert, die nicht angemessen ist. Das möchte ich an der Stelle auch einmal betonen. Wir wollen uns um die Menschen kümmern, aber auf ordentliche Art und Weise. Deshalb ist der Dialog, den die Oberbürgermeisterin gestartet hat, gut, dass wir, die städtischen Unternehmen und die Stadtverwaltung mit den Betriebsräten und mit Ford Diskussionen führen, dass wir Menschen, wenn sie freigesetzt werden, helfen, eine neue vernünftige Beschäftigung zu suchen und vielleicht auch eine neue Heimat in der Stadtverwaltung oder bei den städtischen Unternehmen zu finden. Das ist die erste Dimension: bei den Menschen zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Die zweite wichtige Dimension ist, dass wir den Wirtschaftsstandort Köln stärken, dass die Chancen, die gerade auch in den Umbruchzeiten liegen, entsprechend genutzt werden. Deshalb bin ich sehr froh, dass das jetzt fusionierte Karstadt-Quelle-Unternehmen mit Kaufhof zusammen am Onlinehandel in Köln praktizieren will. Das heißt, hier sind die Zukunftsarbeitsplätze. Wir müssen weiterhin darum kämpfen, dass diese zukunftsfähigen Arbeitsplätze weiter ausgebaut werden.

Das Gleiche gilt für den Autobereich. Hier müssen wir gemeinsam schauen - im Zusammenhalt mit der Landesregierung -, dass wir neue Akzente setzen und die Themen E-Mobilität und autonomes Fahren vorantreiben. Unsere neue Wirtschaftsförderungs GmbH ist dafür prädestiniert, in Zusammenarbeit mit den Unternehmen in der Region, -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das wüsste ich wohl!  
Das wüsste ich wohl!)

- mit der Universität und vielen anderen das weiterzuentwickeln.

Wenn wir heute hier im Rat - die Resolution müsste verteilt worden sein - gemeinsam ein Zeichen setzen, dass wir die Menschen nicht allein lassen und gleichzeitig auch den Wirtschaftsstandort weiter stärken, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist das ein starkes Zeichen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserer Resolution. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächstes hat Frau von Bülow das Wort.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Es gibt keine Resolution, Herr Petelkau!)

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Die erste Hiobsbotschaft des Jahres kam im Januar: Die Kaufhof AG kündigte an, an ihrem Stammsitz in Köln mehrere Hundert Arbeitsplätze abzubauen und die Zentrale der neuen Galeria Karstadt Kaufhof GmbH nach Essen zu verlegen. Dem folgte kurz danach die Nachricht vom Arbeitsplatzabbau bei Ford. Von bis zu 5 000 Arbeitsplätzen in der Region ist die Rede. Damit haben zwei mitarbeiterstarke Kölner Unternehmen innerbetriebliche Veränderungen angekündigt, die zu einem spürbaren Verlust von Arbeitsplätzen am Wirtschaftsstandort Köln führen werden.

Für die Beschäftigten ist diese Lage extrem belastend und das nicht nur für die direkt betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sondern auch für die Beschäftigten in Zulieferbetrieben, zum Beispiel in der Region in Brühl und im Bergischen Land.

Viele von uns werden gefragt, was denn der Rat, was denn die Politik, was denn die Oberbürgermeisterin vorhaben. Deswegen haben wir auch heute diese Aktuelle Stunde hier im Rat aufgerufen, nachdem sich bereits der Wirtschaftsausschuss intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt hat und einen richtungsweisenden Beschluss einstimmig verabschiedet hat.

Wir finden es wichtig, dass auch hier vom gesamten Rat aus ein wichtiges Signal an die Beschäftigten der betroffenen Unternehmen gesandt wird. Darum heute die Aktuelle Stunde. Und zwar wollen wir ein anderes Signal senden als das - wie mein Vorredner schon angedeutet hat -, was heute als Anzeige an prominenter Stelle im *Express* zu lesen war: „Job Fort? Mach, was wirklich zählt. Bundeswehr.“ Dies ist an Zynismus meines Erachtens nicht zu übertreffen, schadet der Sache, schadet aber auch der Bundeswehr und ihrem Ansehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Zurück zur Aktuellen Stunde: Seitens der Oberbürgermeisterin und vieler Akteurinnen und Akteure in der Stadt gibt es bereits einen guten Austausch zur Frage, was seitens der Stadt Köln

für die Zukunftssicherung des Standortes getan werden kann und welche Hilfen für die vom Stellenabbau betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen denkbar sind. Ich möchte daher auch noch einmal meinen Dank an die Oberbürgermeisterin dafür aussprechen, dass sie am 1. April zum Austausch zum Thema Ford eingeladen hatte in einer großen kompetenten Runde, wie ich finde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Es geht jetzt um die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Kölns, um die Wettbewerbsfähigkeit, vor allem um den Erhalt von Arbeitsplätzen und Möglichkeiten für die Menschen hier vor Ort und in der Region. Hierbei zählen alle Arbeitsplätze, ob nun in der Industrie wie bei Ford oder im Einzelhandel und Dienstleistungssektor wie bei Galeria Karstadt Kaufhof.

Der Wirtschaftsausschuss hat in seinem Beschluss am 21.03. hervorgehoben, wie notwendig eine frühzeitige strategische industrielle Weichenstellung im Automobilsektor gewesen wäre. Das Management von Ford hat diese nicht rechtzeitig vollzogen, und diese Fehlentscheidungen, die vor allem in den USA getroffen wurden, führen nun dazu, dass in der Kölner Region ungefähr 5 000 Arbeitsplätze bedroht sind bzw. abgebaut werden sollen.

Die gesamte Automobilindustrie befindet sich in einem erheblichen Veränderungsprozess. Sie muss sich auf ein verändertes Mobilitätsverhalten der Verbraucher und Verbraucherinnen durch vermehrte Nutzung von ÖPNV, Fahrrad und Sharing-Konzepten einstellen und entsprechende Konzepte entwickeln.

Neben den strukturellen Veränderungen zeigen sich vor allem hier in Köln auch weitere kurzfristige Risiken für die Automobilhersteller. Momentan kann niemand wirklich vorhersehen, wie es in Großbritannien weitergeht. Sollte es zu einem harten Brexit kommen, bedeutet das zusätzlich noch einmal ein massives Problem auch für Ford in Köln. Umso mehr sind wir gefragt. Doch was können wir tun als Politik, was können wir als Stadt tun? - Die Politik kann und darf nicht unternehmerische Entscheidungen ersetzen. Aber wir als Rat und Verwaltung können Innovationen und Zukunftstechnologien unterstützen. Wir setzen uns zum Beispiel für den Aufbau eines Zentrums für die Entwicklung und den Bau, für die Distribution und die Wiederaufarbeitung und letztlich auch für das Recycling von Speichertechnologien ein. Ein solches Kompetenzzent-

rum E-Mobilität kann einen wichtigen Beitrag dafür leisten, den Standort zukunftsfähiger zu machen.

Nach dem Ratsbeschluss von 2016 zum Thema haben Rat und Verwaltung bereits vor zwei Jahren den Ford-Werken Industrieflächen für den Produktionsbereich von Elektroantriebs- und Speicherzellenfertigung angeboten. Daraufhin ist bisher leider noch nichts erfolgt, aber es gilt, hier noch einmal anzusetzen und neue Wege zu beschreiten.

Wir als Politik können auch dafür sorgen, dass zum Beispiel für den wachsenden Bedarf an Fahrzeugen für den ÖPNV klare und belastbare Konzepte entwickelt werden, auf die sich die Automobilbranche in ihrer jeweiligen Ausrichtung einstellen kann. Insbesondere im Bereich des autonomen Fahrens stecken noch viele Potenziale, welche auch hier in Köln gehoben werden können.

Im Gespräch am 1. April herrschte große Einigkeit bei allen, die am Gespräch beteiligt waren, darüber, dass die Stadt viel für die vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen tun wird. Beispielfähig seien die Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten genannt, damit nicht nur die Beschäftigten von Ford und Kaufhof eine Zukunft in Köln haben werden. Gleichzeitig bleiben Köln und der Region auf diese Weise, wenn diese Maßnahmen greifen, wichtige qualifizierte Arbeitskräfte erhalten. Allein derzeit 2 000 offene Stellen bei der Stadt sprechen dabei für sich.

Heute bekräftigt der Rat noch einmal seinen Willen, nicht nur den Standort Köln zukunftsfähig machen zu wollen und alles dafür zu tun, was in seiner Macht steht, er bekräftigt auch seinen Willen, die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen, Anschlussperspektiven zu entwickeln und für den Kölner Arbeitsmarkt weiterhin qualifizierte Fachkräfte zu erhalten.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Die Resolution, die angesprochen worden ist, um das kurz zu sagen, befindet sich mittlerweile im Umdruck und müsste Ihnen bald vorliegen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Görzel hat jetzt das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wirtschaftliche Herz Kölns hat in diesem Jahr zwei Stöße bzw. zwei Schläge erlitten. Zwei Unternehmen, die wie kaum andere Unternehmen für die Identität Kölns stehen, wurden getroffen. Die Galeria Kaufhof GmbH und die Ford GmbH haben massive Standortschließungen und Stellenkürzungen angekündigt. Allein bei Kaufhof sind hier im Herzen Kölns 3 500 Arbeitsplätze bedroht. Das sind 3 500 Menschen, die grünes Blut in ihren Adern tragen, die für ein Unternehmen arbeiten, das wie kaum ein anderes für den wirtschaftlichen Standort Kölns steht.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, die Farbe von Kaufhof ist grün, und die Mitarbeiter von Kaufhof empfinden es als ihre Identität. Ich meine nicht euch, diesmal ausnahmsweise nicht.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen  
- Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das sind keine Sklaven von Kaufhof!)

Ich kann von dieser Stelle aus nur hoffen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kaufhof, die momentan über Abfindungen verhandeln, eine ordentliche Abfindung heraushandeln können.

Bei Ford geht es auch nicht um irgendein Unternehmen oder gar ein amerikanisches Unternehmen, sondern es ist das Vermächtnis Konrad Adenauers, unseres ehemaligen Oberbürgermeisters, der es geschafft hat, in Köln Ford anzusiedeln. Was sagt uns das? - Ich denke, wir müssen uns als Kölner auch als Wirtschaftsstandort verstehen. Wir sind gut im Fußball, wir sind gut im Karneval, wir können auch andere Dinge sehr gut, aber wenn es darum geht, welche Stadt für wirtschaftliche Kompetenz oder neudeutsch für Business steht, so finde ich, hat Köln Aufholbedarf. Hier müssen wir besser werden. Das ist eine Aufgabe, die von oben nach unten gelebt wird. Ich wünsche mir, dass die Oberbürgermeisterin - so, wie sie es vorgestern bei Ford getan hat - auch mit den Verantwortlichen von Kaufhof ins Gespräch geht. Ich wünsche mir aber vor allem, dass zukünftig gar nicht erst reagiert werden muss, sondern dass proaktiv gehandelt wird, dass unsere Vertreter der Stadt Köln und unsere neu gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft, bevor eine solche

Maßnahme verkündet wird, schon Gespräche führen, dass die Kontakte immer funktionieren. Das sind wir den Mitarbeitern und den Unternehmen schuldig.

Ich möchte hier auch selbstkritisch anmerken, dass wir über zwei Branchen sprechen, denen wir es in der Vergangenheit nicht immer so einfach gemacht haben. Wir haben häufig über den Einzelhandel hier in Köln gesprochen, und ich kann mich, ohne das hier vertiefen zu wollen, an die eine oder andere Entscheidung erinnern, wo wir es dem Einzelhandel in Köln schwer gemacht haben, beispielsweise bei den verkaufsoffenen Sonntagen. Wir müssen auch - das gehört zur Ehrlichkeit dazu - sagen, dass wir es auch der Automobilbranche in diesem Rat nicht immer einfach gemacht haben.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Wir haben stets davor gewarnt, dass man die Axt nicht an den Zweig ansetzen darf, auf dem man sitzt. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP)

Die Verwaltung hat den Gesprächsfaden aufgenommen, und ich kann hier nur wiederholen, was schon angedeutet wurde: Wir haben bei der Verwaltung der Stadt Köln etwa 2 000 Plätze frei. Insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kaufhof GmbH, die aus kaufmännischen Bürojobs kommen, sollten alle Möglichkeiten eröffnet werden, sich bei der Stadt Köln zu bewerben.

Wir müssen den Blick allerdings auch nach vorn richten. Wir müssen dafür sorgen, dass die tollen Alleinstellungsmerkmale, die der Wirtschaftsstandort Köln bietet, nach außen bestmöglich verkauft werden. Der Stadtdirektor hat im letzten AVR vergangene Woche zu Recht darauf hingewiesen, dass unsere Stadt Köln beim Thema Digitalisierung bundesweit führend ist. Wir haben das beste Gigabyte-System in Deutschland. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern müssen. Wir müssen das ins Schaufenster stellen und sagen: Wir Kölner können das!

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen natürlich auch dafür sorgen, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die seit 1. April auch einen Geschäftsführer hat, ordentlich an den Start kommt, dass diese gut ausgestattet wird mit Personal, damit Köln zukünftig positive Wirtschaftsnachrichten und keine negativen Nachrichten macht, damit das wirtschaftliche Herz Kölns weiter schlägt. In diesem

Sinne geht die Resolution in die richtige Richtung. Ich möchte Sie bitten, diese Resolution zu unterstützen. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächstes hat Herr Tritschler das Wort.

Lassen Sie mich bitte die Gelegenheit nutzen, Ihnen zur Vollständigkeit mitzuteilen, dass ich selbstverständlich mit der Geschäftsführung von Karstadt Kaufhof und auch mit der Geschäftsführung von Ford seit vorigem Jahr im Gespräch bin und dass wir seitdem schon ausloten, was wir tun können.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Tritschler.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag auf eine Aktuelle Stunde vermengt ein wenig die Fälle von Kaufhof und Ford, obwohl sie kaum vergleichbar sind. Ich will mich deshalb an der Stelle heute mit Ford beschäftigen.

Eines vorweg: Natürlich ist die Krise bei Ford nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen, und natürlich sind die Probleme, die Ford hat, zum Teil auch auf das eigene Management zurückzuführen. Wenn aber die Existenz von 4 000 Kölnern bedroht ist, ja sogar der Fortbestand des derzeit noch größten privatwirtschaftlichen Arbeitgebers in Köln, ist das ein Thema, das hier auf die Agenda gehört. Es sind eben nicht nur Managementfehler, die zur Krise beigetragen haben. Immerhin bei Herrn Görzel habe ich gerade zumindest Spurenelemente von Selbstkritik gehört; denn es ist ein skandalöses Politikversagen der Umwelt-, der Wirtschafts-, der Energie- und der Verkehrspolitik, das hier auch eine Rolle spielt. Unsere Stadt ist an dieser Stelle leider ganz vorn mit dabei.

Wir haben hier kein reines Ford-Problem. VW baut 5 000 bis 7 000 Stellen ab, Audi 5 000, Daimler hat schon im letzten Jahr 2 500 Stellen gestrichen, und Opel macht ganze Werke zu. Das ist kein Zufall, meine Damen und Herren. Das ist das Ergebnis Ihrer katastrophalen Industriepolitik. Sie sägen damit an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Und dann tun Sie auch noch so, als würden Sie dabei die Welt retten.

Über 800 000 Menschen arbeiten für die deutsche Automobilindustrie und ein Vielfaches an Arbeitsplätzen hängt mittelbar daran. Sie ist eine der letzten Branchen, in denen unser Land noch führend ist. Etwas Neues kommt seit Jahrzehnten kaum noch hinzu. Warum auch? - Niemand mit ökonomischem Sachverstand wird in das Land der Rekordstrompreise, der wuchernden Umweltbürokratie, der bröckelnden Infrastruktur, der hohen Steuern und der Datennetze auf albanischem Niveau investieren. Das Wenige an Industrie, was uns verblieben ist, ekeln Sie jetzt mit aller Gewalt aus dem Land. Sie lassen sich eben in Ihren politischen Entscheidungen lieber von 16-jährigen Schwedinnen leiten als von ökonomischem Sachverstand.

(Beifall bei der AfD - Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Was soll das denn für ein dummer Schwachsinn sein?)

Und dann predigen Sie Ihr Evangelium etwa von der sogenannten Elektromobilität. Das steht heute auch wieder gefühlt zwanzigmal auf der Tagesordnung. Dabei ist diese Technik alles andere als ausgereift, und es ist mehr als fraglich, ob sie jeweils marktfähig wird. Die Akkutechnologie kommt trotz massiver Subventionen seit Jahren nicht voran. Die Rohstoffe sind knapp und werden unter menschenunwürdigen Bedingungen und massiven Umweltverschmutzungen gewonnen. Wo soll überhaupt der Strom herkommen? Aus Atomkraftwerken in Frankreich und Belgien? Und mit welchem Netz? - Das wirtschaften Sie auch seit Jahren herunter.

Bezeichnenderweise ist inzwischen die Stadt Köln, die Stadtverwaltung, der größte Arbeitgeber. Wir werden wie Berlin. Herr Petelkau hat es gerade erzählt: Das soll noch weiter ausgebaut werden. Meine Damen und Herren, wir können aber nicht davon leben, dass wir uns gegenseitig verwalten.

Konrad Adenauer holte Ford 1929 mit intensivem Einsatz in unsere Stadt. Generationen von Kölnern sind dank seines Engagements mit den Ford-Werken verbunden. Gemessen daran ist Ihr aller Einsatz für den Standort geradezu beschämend. Im Epizentrum der Kölner Kommunalpolitik, dem Wirtschaftsausschuss, wird eine oberlehrerhafte Resolution, frei von jeglicher Selbstkritik, verabschiedet. Ja, hier im Rat wäre es nicht einmal Thema, wenn wir es nicht auf die Tagesordnung gesetzt hätten. Daran ändert auch nichts, dass Sie jetzt noch schnell kurz vor Feierabend eine Resolution nachschieben, Herr Petelkau. Zudem geht die Spätnachfolgerin Ade-

nauers tagelang auf Tauchstation. Vielleicht mussten irgendwo neue Lastenfahrräder eingeweiht werden; ich weiß es nicht. Über die Presse lässt sie ihre Enttäuschung verlautbaren und bequemt sich erst nach massiver Kritik der Arbeitnehmervertreter zu einem Gespräch mit den Betroffenen. Ja, ich weiß, der kommunale Handlungsspielraum ist an dieser Stelle begrenzt, aber sonst drehen Sie doch auch gern das große bundespolitische Rad und schreiben Briefe an die Kanzlerin, Frau Reker. Wo ist dieses Engagement, wenn es um die Ford-Arbeiter geht? Sind sie weniger wert?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wie gut, dass Ihr Vorstellungsvermögen die Realität nicht erreicht.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Frau Reker, mein Verständnis von der Geschäftsordnung ist, dass Sie die Sitzung leiten und nicht die Redner unterbrechen. Aber vielleicht lassen wir das mal anwaltlich prüfen.

(Zurufe: Oh!)

Wo ist dieses Engagement, wenn es um die Ford-Arbeiter geht? Sind sie weniger wert, weil sie Autos bauen? - In Wahrheit sind Ihnen die Menschen dort egal. Sie weihen lieber neue Radspuren ein und sonnen sich im Glanz Ihres vermeintlich guten Tuns. Die AfD jedenfalls wird weiterhin für den Industriestandort Deutschland und ebenso für den Automobilstandort Köln auf allen Ebenen und mit Nachdruck kämpfen. Darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr van Geffen das Wort.

**Jörg van Geffen (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auf die arrogante und dümmliche Polemik meines Vorredners will ich jetzt nicht eingehen; das erspare ich uns.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, vereinzelt bei der CDU und FDP sowie von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Die Entscheidungen von Ford und von Galeria Karstadt Kaufhof und der damit verbundene Verlust an Arbeitsplätzen haben uns in dieser Stadt tief getroffen. Es kann niemanden kalt lassen, wenn die wirtschaftliche Existenz von Menschen in der Folge von branchenbedingten Krisen, insbesondere aber infolge von Managementfehlern gefährdet wird. Mich macht das zornig.

Natürlich wissen wir alle, dass die Möglichkeit der Einflussnahme von Politik, zumal von Kommunalpolitik, auf unternehmerische Entscheidungen begrenzt ist. Wenn diese Entscheidungen dann auch noch maßgeblich weit weg in den Vereinigten Staaten von Amerika fallen, dann ist es umso schwerer. Trotzdem erwarten die Menschen in unserer Stadt zu Recht, dass wir als Politik und Verwaltung im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind deshalb froh, dass die Oberbürgermeisterin in dieser Woche das Gespräch mit den Arbeitnehmervertretern von Ford gesucht hat - ein wichtiges Signal, unseres Erachtens etwas spät. Als SPD-Fraktion haben wir uns schon vor Wochen mit dem Betriebsrat ausgetauscht. Es ist aber in jedem Fall ein wichtiges Signal, das wir ausdrücklich begrüßen.

Eine intensive Kommunikation der Stadtspitze mit dem Management ist natürlich weiterhin mindestens genauso erforderlich. Es ist gut, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, noch einmal darauf hingewiesen haben, dass der Rat bereits vor zwei Jahren dem Unternehmen Industrieflächen für den Produktionsbereich für Elektroantriebs- und Speicherzellenfertigung angeboten hat. Im Wirtschaftsausschuss haben wir in der Sitzung vom 21. März im Rahmen einer keineswegs oberlehrerhaften, sondern einstimmig verabschiedeten Resolution bekräftigt, dass wir Köln als Schwerpunktstandort für E-Mobilität positionieren wollen. Die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Sektor der Produktion, Montage und Wiederaufbereitung von E-Speichertechnologie wollen wir gezielt fördern. Es liegt nun aber tatsächlich am Management von Ford, den Ball aufzunehmen und den Standort Köln gezielt in diesem Sinne weiterzuentwickeln.

Der Verlust der Arbeitsplätze bei Galeria Karstadt Kaufhof ist nicht weniger schmerzhaft. Es ist enttäuschend, dass es nicht gelungen ist, die Stärken Kölns als Standort für die neue Konzernzentrale in ausreichendem Maße zu vermarkten. Wir hoffen, dass die Teile der Konzernzentrale, die in

Köln verbleiben sollen, nun auch dauerhaft hier gehalten werden können.

Eine Randbemerkung: Auch wenn wir als Stadt Köln definitiv keine Einflussmöglichkeiten haben, wenn es um Fragen des Tarifvertrags geht, möchte ich nicht verhehlen, dass ich die Entscheidung des Konzerns, aus dem Tarifvertrag des Einzelhandels auszusteigen, für schwer erträglich halte. Auch hier zahlen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Zeche für Managementfehler vergangener Jahre, und jeder weiß, dass die Menschen im Einzelhandel schon jetzt nicht zu den Großverdienern zählen.

Abschließend noch eine kurze Anmerkung: Ich finde es schade, dass sich die Antragsteller nicht dazu durchringen konnten, diese Aktuelle Stunde gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften in diesem Rat zu beantragen. Diese Gemeinsamkeit wäre ein starkes Signal an die Kölnerinnen und Kölner gewesen; denn ich bin mir sicher, dass die Sorge um Arbeitsplätze wenig bis gar nichts mit dem Parteibuch zu tun hat. Wer mich kennt, weiß, dass das nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Umso mehr wünsche ich mir, dass wir, genau wie dies im Wirtschaftsausschuss gelungen ist, zu einem gemeinsamen Beschluss der Resolution kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen hat das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei Ihnen nochmals bedanken, dass Sie meinen Vorschlag aufgegriffen haben, uns mit dem Betriebsrat von Ford, Herrn Martin Hennig, mit dem Vertreter der IG Metall, Herrn Kolsch, und mit dem DGB-Vorsitzenden Herrn Rossmann zu treffen. Sie sind mit einer kompetenten Crew angerückt. Wir hatten ein sehr gutes Gespräch. Ich hoffe, dass heute Abend die Kölner Bundestagsabgeordneten, wenn sie sich mit dem Ford-Chef Herrn Herrmann in Berlin treffen, ähnliche Sachen bewegen, wie wir in diesem Gespräch zumindest einmal auf die Schiene gesetzt haben.

Ford steht am Ende einer langen Wertschöpfungs- und Produktionskette. 3 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger bei Ford Köln bedeuten zusätzliche Verluste von insgesamt mindestens 10 000 Jobs in Köln.

Ford ist seit Jahrzehnten nicht nur ein wichtiges internationales Unternehmen. Dieses Unternehmen zahlt auch seit Jahrzehnten ordentliche Löhne dank einer kämpferischen und internationalen Belegschaft. Immer wieder haben die Kolleginnen und Kollegen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen gestreikt und gekämpft, ohne das große Ganze dieses Unternehmens aus dem Auge zu verlieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ford ist in Sachen Integration immer sehr weit und hat die Stadtgesellschaft mitgeprägt.

Die Umstellung auf E-Mobilität wird auch in der Region zu erheblichen Einschnitten führen. Das Eisenwerk Brühl produziert mit 1 800 Beschäftigten Motoren für die gesamte Automobilindustrie, davon etwa 20 Prozent für Ford. Federal-Mogul in Burscheid mit 2 500 Beschäftigten ist ebenfalls Zulieferer von Ford und der gesamten Automobilindustrie.

Anders als die AfD in ihrem zurückgewandten Antrag stellen sich die ganze Stadtgesellschaft und die Beschäftigten von Ford der Herausforderung der E-Mobilität. Deshalb ist der gemeinsam von Betriebsrat, Stadtverwaltung und Ratsfraktion entwickelte Gedanke - das vermisste ich in dieser Resolution - eines „Kompetenzzentrums Alternativer Antriebstechnologien“ ein wichtiger Schritt, gestaltend in diesen Prozess einzugreifen. Denn darüber sind wir uns im Gespräch einig gewesen, das soll uns gemeinsam bewegen.

Wir müssen als Stadt das Wenige, was wir tun können, jetzt anpacken und zielstrebig umsetzen:

- Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Jobcenter, der Agentur für Arbeit und der Stadt Köln,
- Verbesserung des Logistikstandorts Niehler Hafen mit Land und Bund,
- bessere Industrieflächen für Antriebstechnologien, zum Beispiel Batteriebearbeitung,
- intelligente Fahrsysteme zwischen Ford, KVB und RheinEnergie.

Das waren Essentials, die wir in diesem Gespräch erarbeitet haben.

Frau Oberbürgermeisterin, ich würde Sie ganz herzlich bitten, die Zusammenarbeit in der Region noch einmal in Sachen Automobilstandort et-

was anzugehen. Das wäre einer der nächsten Schritte, die man anpacken sollte.

Dabei darf es meines Erachtens nicht bleiben. Sie haben Karstadt angesprochen. Ich spreche etwas ganz anderes an, was auch sehr wichtig ist, nämlich: Der Rat der Stadt Köln muss sich auch mit den Arbeitsplätzen im Rheinischen Revier befassen, weil es diese Region auch in erheblichem Umfang mit aller Härte treffen wird. Auch dies sind Arbeitsplätze, die ebenfalls eine lange Wertschöpfungskette haben. Die Braunkohlekommission geht von 9 000 direkt betroffenen Arbeitsplätzen aus und von 18 000 weiteren Arbeitsplätzen. Wir müssen den Umbau der Energieversorgung mit dem Umbau der Automobilindustrie zusammen sehen. Sie gehören zusammen, sie sind eine Sache, deswegen müssen wir diese Verbindung herstellen.

Gedankenstrich: Im Oktober 1929, vor 90 Jahren, hatte Konrad Adenauer angefangen, mit Ford über die Ansiedlung in Köln zu verhandeln. Adenauer lockte Ford von Berlin nach Köln und schloss am 30. Januar 1930 einen Geheimvertrag mit Ford ab. Er lief über zweimal sechs Jahre und umwarb Ford mit den wildesten Finanztricks, nämlich einem Verzicht der Gewerbeertragsteuer und einem Verzicht auf die Gewerbesteuer. Das wäre heute, meine Damen und Herren, so nicht mehr möglich, auch wenn der Redner der AfD gerade frohlockt hat und gesagt hat: Das war doch super, das war toll. - Das war Konrad Adenauer. Er hat strategisch gedacht und konkret gehandelt - das eine oder andere Mal auch rechtswidrig.

Dennoch ist der Gedanke da: 90 Jahre Ford ist ein Grund zum Feiern. 90 Jahre Ford ist aber auch ein Grund, nachdenklich zu sein, umtriebig zu sein und zu schauen, dass wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Ford in ihren Anliegen unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann möchte ich zunächst sagen, dass ich über den Ausgang der Aktuelle Stunde abstimmen lasse, aber ich werde diese Resolution, die mir mittlerweile auch vorliegt, nicht formell beschließen lassen können in der Form, wie sie uns vorliegt, weil in der Aktuelle Stunde der Rat nicht beauftragen kann. Ich darf Ihnen aber versichern, dass die Verwaltung das in jeder Einzelheit als Auftrag verstehen und umsetzen wird und darüber auch - wenn Sie

mir gleich zustimmen und die Sache dadurch abschließen, dass sie zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen wird -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es gedacht! - Niklas Kienitz [CDU]: Ja!)

- im zuständigen Ausschuss vorgetragen werden wird.

In dem Sinne würde ich jetzt gern über die Aktuelle Stunde mit Ihnen beschließen, und zwar als Abschluss, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der FDP sowie von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich lasse über den Antrag der AfD-Fraktion noch abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das abgelehnt.

Ich rufe als Nächstes die nächste Aktuelle Stunde auf.

**1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Gruppe BUNT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Ausverkauf des Wahlrechts durch die schwarz/gelbe Landesregierung stoppen. Ratsmitglieder sind für alle da! Stichwahl beibehalten!“ AN/0445/2019**

Als Erstes hat Herr Dr. Krupp das Wort.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Thema Wahlrecht mutet zunächst dem Titel nach trocken an; es ist aber alles andere als das. Es ist eigentlich das Kernthema einer Demokratie. Das Gelingen einer Demokratie - egal, welchen Typ sie hat - hängt von dieser geringfügigen technischen Einzelheit ab, nämlich vom Wahlrecht. Das stammt nicht von mir, sondern von einem spanischen Philosophen, einem klügeren Menschen als mir.

Die schwarz-gelben Pläne zur Reform des Kommunalwahlgesetzes hier in NRW geben uns heute Anlass für diese Aktuelle Stunde, um uns diesen Plänen entschieden entgegenzustellen. Ich will Ihnen gern aufzeigen, warum es aus un-

serer Sicht zwingend nötig ist, hier von der kommunalen Ebene aus dagegenzuhalten. Es betrifft zwei Punkte: zum einen die Neuzuschneidung von Wahlkreisen, sozusagen die Messwerte, anhand derer Wahlkreise bestimmt werden, und zum anderen die beabsichtigte wiederholte, nochmalige Abschaffung der Stichwahl bei der Wahl der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister.

Was die Neuzuschneidung der Wahlkreise angeht, müssen wir eines festhalten: Kommunalpolitik lebt doch viel mehr als jedes andere Politikfeld davon, dass die entsprechenden Mandatsträger sehr nah an den Menschen in ihrem Gebiet sind. Es ist doch wirklich im besten Sinne des Wortes kleinteiliger Kontakt zu den Bürgern, der Kommunalpolitik prägen sollte, wenn sie gelingen soll.

An der Stelle ist festzuhalten, dass es in der Tat so ist, dass nach dem Kommunalwahlrecht nur EU-Bürger das Wahlrecht bei der Kommunalwahl haben. Trotzdem ist es doch richtig, alle Menschen vor Ort mitzunehmen; denn die Menschen vor Ort brauchen, auch wenn sie nicht wahlberechtigt sind, selbstverständlich Repräsentanz und Ansprechpartner. Oder fragt hier irgendjemand von den anwesenden Ratsmitgliedern - das ist hoffentlich nicht der Fall -, wenn jemand mit einem Anliegen zu ihm kommt, das vor Ort geregelt werden muss, welchen Pass derjenige eigentlich hat? - Ich denke, das würde doch keiner von uns tun. Das Beispiel zeigt doch schon, dass gerade auf der Ebene der Kommunen der direkte Kontakt vor Ort wichtig ist - wichtiger als auf jeder anderen Ebene von Land und Bund, die abstrakter sind, die sich mit Gesetzgebung beschäftigen und nicht die Verhältnisse vor Ort direkt regeln. Deshalb ist es richtig, nach wie vor - wie bisher - auf die Einwohnerzahl bei der Zuschneidung der Wahlkreise abzustellen und alle zu berücksichtigen, ob wahlberechtigt oder nicht.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Das Protokoll vermerkt warmen Applaus.

(Heiterkeit)

Was passiert bei der Änderung, wie Schwarz-Gelb sie vorgesehen hat? - Die Tendenz ist, dass Wahlkreise größer werden an den Orten, wo viele Nicht-EU-Ausländer wohnen, also häufig Stadtteile - das ist statistisch so; das gibt Ihr eigener Innenminister von der CDU auch in seiner Stellungnahme zu -, die sozial eher benachteiligt sind und wo die Verhältnisse vor Ort schwierig

sind. Diese Stadtteile verlieren an Repräsentanz, gerade dort, wo es eigentlich wichtig wäre, dass die Repräsentanz und Ansprechbarkeit vor Ort gewährleistet ist.

Im Übrigen ist das auch völlig unabhängig davon, ob sich tatsächlich die Gesamtzahl der Wahlkreise in einer Stadt oder auch nur in einem Stadtbezirk ändert; denn Stadtbezirke sind sehr disparate Gebilde, wie wir alle wissen. Ich selbst komme aus dem Stadtbezirk Kalk. Dort ist nun tatsächlich von einem Villenviertel bis zu äußerst schwierigen Gegenden alles dabei. Wenn man innerhalb der Stadtbezirke Wahlkreise neu zuschneidet, Stimmbezirke hinzunimmt oder wegschneidet, verändert auch das selbstverständlich die Verhältnisse vor Ort.

Meine Damen und Herren, wenn wir gleich hören, rechtliche Überlegungen stünden im Hintergrund, das sei geboten: Nein, das ist eben nicht der Fall. Das Bundesverwaltungsgericht hat deutlich festgehalten, dass entsprechende Grundsätze des Bundeswahlrechts nicht ohne Weiteres auf das Kommunalwahlrecht übertragbar sind.

Kommen wir zum Thema Abschaffung der Stichwahl. Die Wahl der Oberbürgermeister ist eine Wahl, die auf Personen zugespielt ist. Es ist nicht eine Wahl eines Gremiums, bei der sich erst eine Mehrheit bildet, wie es hier im Rat der Fall ist, sondern die Mehrheit folgt unmittelbar aus der Wahl. Da kann es doch nicht sein, wenn demnächst Leute fragen: „Warum sind Sie denn Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister von Köln geworden?“, dass die Antwort lautet: „Weil ich die am wenigsten wenigen Stimmen von allen Kandidaten bekommen habe.“ - Das kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Am Ende des Tages könnte ohne Weiteres jemand mit 33 Prozent Oberbürgermeister werden und soll dann ganz Köln repräsentieren? - Ich glaube nicht, dass das gewollt ist; auch nicht von den Kandidaten.

Wer hat die Stichwahl 2009 abgeschafft? - Schwarz-Gelb. Wer hat sie wieder eingeführt? - Rot-Grün. Wer schafft sie jetzt wieder ab? - Schwarz-Gelb. Das kann es doch nicht sein. Das ist politisch nicht opportun. Ich habe es aufgezeigt, das ist verfassungsrechtlich äußerst bedenklich. An der Stelle müssen Sie nicht mir glauben, sondern schauen Sie sich das Anhörungsverfahren im Landtag an. Professor Morlok,

renommierter Verfassungsrechtler, sagt im Wortlaut:

Die Abschaffung der Stichwahl begegnet mithin stärksten verfassungsrechtlichen Bedenken.

Selbst Michael Bertrams, der ehemalige Vorsitzende des Verfassungsgerichtshofs in NRW, der die Abschaffung 2009 noch durchgewinkt hat, sagt jetzt, auf der aktuellen Grundlage sehe er dafür eigentlich keine Möglichkeit.

Am Ende des Tages kann ich Sie nur auffordern: Erkennen Sie die Zeichen an der Wand, um es einmal so zu sagen. Oder um es mit Bertrams zu sagen: Gehen Sie nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern erkennen Sie die Zeichen an der Wand; sehen Sie von dieser Wahlrechtsreform ab. Zudem beantrage ich, dass wir den letzten Absatz dieses Antrags auf Aktuelle Stunde als Resolution zum Schluss verabschieden. Die Begründung dafür ergibt sich aus den vorstehenden Absätzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen hat das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es hat schon Tradition bei CDU und FDP, die Stichwahl bei der Oberbürgermeisterwahl abzuschaffen. Das haben sie 2007 gemacht, und jetzt wollen sie es wieder tun.

Der Antrag von CDU und FDP im Landtag beinhaltet keine Übergangsregelung. Das Gesetz soll sofort umgesetzt werden. Der Städtetag, der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag in NRW kritisieren das ganz klar. Zum Beispiel finden in einigen Städten im Rahmen der Europawahl jetzt Oberbürgermeisterwahlen statt. Das ist ein Problem. Zudem finde ich es ausgesprochen makaber, dass es bei der CDU und bei der FDP keinen Funken Rechtsbewusstsein gibt, zu sagen: Wir führen diese neue Wahl nicht in dieser, sondern in der darauffolgenden Legislaturperiode ein. - Das wäre ein richtiges rechtsstaatliches Verfahren, wie man so etwas gesetzlich organisieren und umsetzen muss.

(Beifall bei der LINKEN und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grüne])

Deswegen sage ich, meine Damen und Herren: Dieses Gesetz ist ein Lex CDU/FDP mit der Strategie, Oberbürgermeister von der SPD und von den Grünen oder gemeinsame zu verhindern. Das ist die Strategie, die dahintersteckt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade in der Kommunalpolitik muss doch es darüber hinaus möglich sein, dass über eine Stichwahl parteilose Kandidatinnen und Kandidaten sowie Kandidaten und Kandidatinnen der FDP oder der Grünen Oberbürgermeister werden können.

(Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Das hat es doch in der Geschichte schon gegeben und nicht zu selten. Diese Möglichkeit wird jetzt durch diesen Schachzug unterminiert. Deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir Salz in der Suppe in der Kommunalpolitik; dazu gehört auch die Stichwahl.

Ich habe hier die Oberbürgermeister Blum, Schramma und Roters sowie Frau Oberbürgermeisterin Reker erlebt, wie sie alle gesagt haben: Ich bin doch die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister aller Kölnerinnen und Kölner. - Ich glaube nicht, dass das einfach leere Worte waren. Je weniger Stimmen ein Oberbürgermeister oder eine Oberbürgermeisterin auf sich vereint, desto weniger kann er oder sie Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin aller Kölnerinnen und Kölner sein. Das ist das Ergebnis dessen, was gerade stattfindet.

Ich komme zum zweiten Punkt: zu den Stimmbezirken. Das bisherige Kommunalwahlgesetz nimmt alle Einwohner als Grundlage der Betrachtung, in diesem Fall also alle Kölnerinnen und Kölner. Meine Damen und Herren, wir kennen genau den Unterschied zwischen „Bürger“ und „Einwohner“. Wir haben daher im Rahmen des Godorfer Hafens eine Einwohnerbefragung durchgeführt, damit sich alle Kölnerinnen und Kölner an diesen Prozedere beteiligen können.

(Beifall bei der LINKEN, bei der Ratsgruppe GUT, vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen und von Peter Kron [SPD])

Das war auch richtig so.

Was macht jetzt die CDU? - Sie führt den „deutschen Einwohner“ ein. Es gibt keinen „deutschen Einwohner“, sondern es gibt nur Einwohner. Dieser kann alles sein - Türke, Deutscher, was auch

immer. Das ist der Einwohner. Insofern muss ich sagen, dass ich es diskriminierend finde, dass so ein Begriff des deutschen Einwohners in diesem Gesetzentwurf eingeführt wird. Das lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT)

Die Gemeindeordnung spricht in § 1 - und die Gemeindeordnung ist ja der Implizit unserer Arbeit - davon:

Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung ...

Das ist doch der große Unterschied zwischen Bund, Land und Kommune. Wir leben hier mit allen Leuten zusammen, und für uns sind das die Einwohner. Das muss unsere Bezugsgröße sein. Das sind die Menschen, mit denen wir sprechen und aktiv sind.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, 45 der Ratsmitglieder sind direkt gewählte Ratsmitglieder. Sie vertreten die Interessen aller Einwohner ihres Wahlkreises, und es ist schwer genug, das umzusetzen. Viele von ihnen versuchen das. Deswegen bin ich über die Betrachtungsweise der „deutschen Einwohnerschaft“ empört und muss sagen: So geht es auf keinen Fall! Wir brauchen diskriminierungsfreie Gesetze, die entsprechend auch umgesetzt werden. Deswegen sage ich zum Schluss: Gemeinsam sind wir Köln - alle Einwohnerinnen und Einwohner.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD, bei der Ratsgruppe GUT und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen - Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Oberbürgermeisterin!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ein Zwischenruf, Herr Detjen.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Darf ich?)

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Ja.

**Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen):** Lieber Jörg Detjen, ich möchte noch hinzufügen, dass auch die Einwohnerinnen angesprochen werden sollten, damit sie nicht diskriminiert werden.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Liebe Marion, da hast du völlig recht. - Danke schön.

(Beifall und Heiterkeit bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt habe ich Herrn Wortmann auf der Redeliste.

**Walter Wortmann (Freie Wähler Köln):** Vielen Dank. - Ich mache es vom Platz aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich dieser Aktuellen Stunde im Antrag angeschlossen, weil ich überhaupt nicht verstehe, was dieser Ansatz soll. Ich glaube, Sie missachten die Menschen in den Bezirken, um die es hier geht, gewaltig. Das ist für mich eine Auslese und eine Selektion, die Sie hier betreiben, die ich überhaupt nicht unterstützen kann.

Wenn Sie die Demokratie nach dem Prinzip der Gewichtung der Mündigkeit walten lassen wollen, laufen Sie nach meinem Dafürhalten Gefahr, gerade die sozialen Brennpunkte damit noch deutlich aufzuwerten. Diese Gebiete, die davon betroffen sein werden, werden ihre Fürsprecher, nämlich die wenigen Wahlberechtigten, die dort sind und die hier im Plenum für diese Leute sprechen können, und somit ihre Stimme verlieren. Deshalb schließe ich mich diesem Antrag an und bitte Sie, sich dieser Resolution auch anzuschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau hat jetzt das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier zwei unterschiedliche Sachverhalte, die in der Resolution der Antragsteller entsprechend angesprochen werden. Ich würde gern auf beide Punkte unterschiedlich eingehen.

Wir haben zunächst einmal die Frage, wie Stimmbezirke bzw. Wahlkreise zugeschnitten werden sollen. Hier haben wir einen klaren Auftrag als Politik auf der Landesebene durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Landesverfassungsgerichte generell, und zwar ist das der Grundsatz der Gleichheit

der Wahl. Dabei gilt es nicht nur, dass in den Wahlkreisen jeder Kandidat die gleichen Chancen hat, sondern dass auch der Erfolgswert gleich sein muss. Das ist eines der Grundprimate in unserer Verfassung, dass in jedem Wahlkreis - nehmen wir einmal Köln - im Prinzip jeder von ungefähr der gleichen Zahl von Wählerinnen und Wählern gewählt wird. Wenn wir uns nicht an dem Grundsatz der Wahlberechtigten orientieren, könnte es rein theoretisch so sein, dass in einem Wahlkreis zwar genauso viele Einwohner wie in anderen wohnen, aber wir vielleicht nur 100 Wahlberechtigte haben. Das heißt, eine Person, die in diesem Wahlkreis kandidiert, würde dann im Zweifel, wenn man 50 Prozent von diesen 100 nimmt, von 51 Stimmen gewählt werden. Das ist aber nicht der Durchschnittswert im Rest der Stadt. Das heißt, da haben wir Durchschnittswerte in den Wahlkreisen von Drei- oder Dreieinhalbtausend.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist theoretischer Natur!)

Genau diese Ungerechtigkeit oder Ungleichverteilung, die in dieser extremen Form - so sage ich es einmal - heute überspitzt dargestellt worden ist, ist der Grund, warum die Verfassungsrichter gesagt haben, dass das Verfahren, das wir im Übrigen bei der Einteilung von Bundestagswahlkreisen und bei Landtagswahlkreisen zwingend haben, auch auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden muss. Die Grundaussage, Herr Detjen, wir seien ja nur für den Wahlkreis und die Leute, die in dem Wahlkreis leben, verantwortlich, zeigt ein vollkommen falsches Verständnis. Wir sind gewählte Mandatsträger, und wir sind für alle Bürgerinnen und Bürger, die in Köln leben, verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Maxime, die der Gesetzgeber uns mit auf den Weg gegeben hat. Wir sind nicht nur für unsere Wahlkreise zuständig - dafür auch -, sondern für die gesamte Stadt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das habe ich auch nicht gesagt! Sie müssen zuhören!  
- Zuruf von Gisela Stahlhofen [DIE LINKE])

Wir sind Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger - egal, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht. Es geht darum, grundsätzlich klarzumachen, dass wir einen verfassungsrechtlichen Auftrag haben. Die schwarz-gelbe Regierung nimmt diese Aufgabe an. Rot-Grün hat das lange ausgesessen; denn die Urteile gibt es auf Lan-

desebene schon länger. Wir setzen sie jetzt um. Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun.

(Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden am Ende sehen, wie viele Wahlkreise in den Metropolen überhaupt davon betroffen sind; es gibt dazu keine Modellrechnungen. Hier geht es darum, den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen.

Das zweite Thema ist die Frage der Stichwahl. Bei der Stichwahl war es so, dass immer argumentiert wurde, die Legitimation fehle, wenn wir keine Stichwahl haben. Dazu möchte ich noch einmal klar ausführen, dass - egal, ob in Nordrhein-Westfalen Stichwahl war oder nicht - im ersten Wahlgang 75 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten mehr als 50 Prozent der Stimmen hatten. Unsere Oberbürgermeisterin ist das beste Beispiel dafür, dass dies zum Großteil passiert. Was war bei der letzten Stichwahl? - Wir hatten in ganz Nordrhein-Westfalen 98 Wahlkreise oder Positionen, in denen überhaupt eine Stichwahl erforderlich wurde. Davon sind wiederum Dreiviertel derjenigen, die in der ersten Runde vorn gelegen haben, bestätigt worden. Wir hatten nur in 20 Fällen überhaupt veränderte Ergebnisse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn man jetzt unterstellen würde, dass die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang deutlich höher wäre, dann könnte man noch sagen: Ja, dann hat es auch eine demokratische Legitimation. - Das Gegenteil war aber der Fall. Das heißt, derjenige, der im zweiten Wahlgang mit 51 Prozent gewählt wurde, hatte in absoluten Zahlen deutlich weniger Stimmen als in vielen Fällen im ersten Wahlgang. Das ist der Punkt. Es geht darum, dass wir die Legitimation erhöhen. Das können wir dadurch erreichen, indem wir alle dafür kämpfen, dass wir eine höhere Wahlbeteiligung haben und die Menschen gern zur Kommunalwahl gehen. Wenn wir es gemeinsam als Demokraten schaffen, dass die Wahlbeteiligung auch bei Kommunalwahlen bei mehr als 70 oder 80 Prozent liegt und nicht bei 30 bis 40 Prozent, dann haben wir einen größeren Erfolg, als uns über Verfahren zu streiten.

Wir haben auf der einen Seite einen klaren Verfassungsauftrag und auf der anderen Seite eine saubere demokratische Legitimation. Daher werden wir im Landtag das Gesetz auch so beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hammer hat jetzt das Wort.

(Malik Karaman [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin, eine Zwischenfrage!)

- Oh, Entschuldigung! Eine Zwischenfrage noch, Herr Petelkau.

**Malik Karaman (SPD):** Lieber Herr Petelkau, dann lasst uns das Kommunalwahlrecht für alle Migranten einführen. Dann sind wir für alle da, dann können auch alle Wähler sein, dann brauchen wir auch keinen Zuschnitt zu machen.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das war ein Appell, der nicht beantwortet werden muss.

(Bernd Petelkau [CDU]: Genau, das war keine Frage! - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Aber das ist doch selbstverständlich! - Weitere Zurufe - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Darf ich?)

- Herr Hammer.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem gerade schon andere schlaue Menschen zitiert wurden, möchte ich das auch tun. Aristoteles sagte einmal:

Demokratie entsteht, wenn man nach Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger strebt und die Zahl der Bürger, nicht aber ihre Art berücksichtigt.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Dieses Zitat beschreibt meiner Meinung nach sehr gut, worum es bei Wahlen eigentlich geht, nämlich darum, dass alle Bürgerinnen und Bürger eines Wahlkreises sich durch ihre jeweiligen Direktkandidatinnen und -kandidaten vertreten fühlen sollen. Und ja, nicht alle, die in einem Wahlkreis wohnen, dürfen auch an den entsprechenden Wahlen teilnehmen. Die Antwort darauf kann doch jetzt aber nicht sein, dass wir die Wahlkreise nur noch nach der Zahl der Wahlberechtigten zuschneiden. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen doch vielmehr dafür

sorgen, dass diese Menschen bei den Wahlen, die sie unmittelbar betreffen, dann auch wählen dürfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen ist es auch richtig, dass bei Kommunalwahlen junge Menschen ab 16 bereits wählen dürfen.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Es ist auch richtig, dass die sogenannten EU-Ausländer, also EU-Bürgerinnen und -Bürger, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, daran teilnehmen können. Das ist doch der Weg, den wir gehen müssen, um für eine angemessene Repräsentation zu sorgen. Nicht die Wahlkreise müssen den Wählerinnen und Wählern angepasst werden, sondern das Wahlrecht muss entsprechend ausgedehnt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zur Einteilung der Wahlkreise: Das ist immer so eine schwierige Sache; denn wenn man im Vorhinein schon Wahlkreise ändert, um etwas an möglichen Mehrheitsverhältnissen zu ändern, erinnert mich das immer so ein bisschen an die Diskussionen, die in den USA geführt werden, wenn es um das sogenannte Gerrymandering geht, wo also einzelne Straßenzüge so zugeschnitten werden, dass die eine Hochburg noch einen entsprechenden Zipfel mitbekommt, um den Gegenkandidaten zu schwächen. Dort ist es momentan gar nicht mehr unüblich, dass komplette Straßenzüge in Abschnitte aufgeteilt werden.

Wir müssen aufpassen, dass die Hochburgen nicht durchschnitten werden und so geschickt durchschnitten werden, dass die Partei, die eigentlich dort vorn liegt, nur noch auf den zweiten Platz kommt, weil völlig andere Gebiete hinzugezogen werden. Wer sich einmal den Zuschnitt der Kölner Landtagswahlkreise anschaut und sieht, wie zufällig die Kölner Innenstadt durchschnitten ist, weiß, glaube ich, auch, was ich meine.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wenn wir nicht wollen, dass es den Menschen egal ist, ob sie wählen gehen oder nicht, müssen wir doch gewährleisten, dass jede einzelne

Stimme möglicherweise die eine ausschlaggebende Stimme sein kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das führt mich direkt zum zweiten Teil dieser Aktuellen Stunde: zur geplanten Abschaffung der Stichwahl bei den Wahlen zum Stadtoberhaupt - der erneuten Abschaffung; denn unter der letzten schwarz-gelben Landesregierung wurde diese bereits einmal abgeschafft. Dass die rot-grüne Landesregierung sie wieder eingeführt hatte, war gut und richtig; schließlich hatte es hier vorher auch nie wirklich Probleme gegeben. Wenn nun aber jede neue Landesregierung anfängt, am Wahlrecht herumzudrehen, halte ich das persönlich für sehr bedenklich.

Gerade bei der Wahl zum Bürgermeister oder zur Bürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin muss es doch gewährleistet sein, dass auf den oder die Kandidierenden mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen entfallen. So zeigt auch eine Auswertung des Vereins Mehr Demokratie e.V., dass die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich einer Stichwahl stellen mussten, sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen eine höhere demokratische Legitimation erhielten.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Stichwahlen mögen das eine oder andere Wahlkampfbudget noch einmal ausreizen und sie mögen auch den städtischen Haushalt noch ein wenig mehr belasten und auch wenn wir aus den Erfahrungen der letzten Stichwahlen wissen, dass die Wahlbeteiligung oft niedriger ausfällt als beim ersten Wahlgang: Wir können doch nicht unser Wahlverfahren von einer möglichen Wahlbeteiligung oder den Kosten einer Wahl abhängig machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der SPD und bei der LINKEN)

Es muss hier doch vielmehr als Demokratinnen und Demokraten unsere Aufgabe sein, für die Teilnahme an der Wahl und dann auch an der Stichwahl zu werben - dafür zu werben, dass es sich lohnt, zur Wahl zu gehen, dass jede einzelne Stimme den Ausschlag geben kann.

Wir leben hier in NRW glücklicherweise nicht in einem reinen Zwei-Parteien-System, sondern wir haben eine vielfältige Parteienlandschaft. Das ist auch gut so. Deshalb haben wir doch umso mehr dafür zu sorgen, dass man, wenn vier, fünf, sechs oder wie viele Kandidatinnen auch immer zur Wahl stehen, am Ende wirklich die Wahl hat, diejenige Person zu wählen, von der man sich am liebsten vertreten lassen möchte.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, gehen Sie noch einmal in sich, überdenken Sie die angedachte Wahlrechtsreform! Die Stichwahl wurde bereits einmal abgeschafft. Machen Sie nicht den gleichen Fehler zweimal, sondern sehen Sie von der geplanten Wahlrechtsänderung ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der SPD und bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Breite das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Verehrte Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, die Debattenbeiträge waren doch ein bisschen besser als die Überschrift der Aktuellen Stunde mit „Ausverkauf des Wahlrechts“. Denn, meine Damen und Herren, der Ton macht die Musik, und die Überschrift dieser Aktuellen Stunde war so schrill und von der Tonlage so daneben, dass sie nicht von gewinnender Natur war, sondern eher abschreckend wirkte.

(Beifall bei der FDP und von Christoph Klausning  
[CDU])

- Ja, liebe CDU, jetzt klatscht ihr noch.

(Heiterkeit bei der FDP und dem Bündnis 90/Die  
Grünen)

Denn ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen klarstellen, dass die Kölner FDP-Fraktion kein Freund der Abschaffung der Stichwahl ist.

(Beifall bei der FDP, SPD und dem Bündnis  
90/Die Grünen)

Man kann die Stichwahl abschaffen; das ist rechtens. Der Verfassungsgerichtshof von Nordrhein-Westfalen - das wurde hier schon erwähnt - hat in seiner Entscheidung vom 26. Mai 2009 festgestellt, dass die Abschaffung der Stichwahl von kommunalen Hauptverwaltungsbeamten mit der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen vereinbar ist. Das Urteil macht aber auch deutlich, dass man die Stichwahl nicht abschaffen muss, meine Damen und Herren, und das ist auch die Position der FDP-Fraktion.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört,  
hört!)

Die CDU und meine FDP haben im Land einen konsensualen Prozess anders entschieden. Das kommt in den besten Familien vor, auch bei der

liberalen Familie. Koalitionen sind kein Wunschkonzert. Wem sage ich das hier in Köln, meine Damen und Herren, ob früher Rot-Grün oder jetzt Schwarz-Grün?

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ulli, wir haben Mitleid!)

Wer da keine Kompromisse eingegangen ist, wer keine Abstriche gemacht hat in seiner Position, der werfe hier bitte den ersten Stein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung: Die Kritik an der zu geringen Wahlbeteiligung wurde auch schon von der SPD gern genutzt. Ich möchte daran erinnern, dass wir in NRW das erfolgreiche süddeutsche Modell, die Räte und die Bürgermeister getrennt zu wählen, wieder abgeschafft haben - leider, leider, nach meiner Meinung. Wir haben es auch nicht wieder eingeführt, weil man nicht wieder alles in der Form machen kann, aber da ging es bei der SPD auch darum: Nein, das ist zu kompliziert für die Menschen und die geringe Wahlbeteiligung.

(Beifall bei der FDP)

Dann kann man der CDU jetzt in der Form - egal, ob wir anderer Meinung sind - das mit der Wahlbeteiligung nicht vorwerfen. So ehrlich sollte die SPD auch sein, meine Damen und Herren.

Ich komme aber noch einmal zurück zum Ton dieser Überschrift der Aktuellen Stunde. Ja, es ist wahr, ich zitiere jetzt zwar nicht Aristoteles, aber das wahre Lebenselixier der Demokratie, damit es fair und gewaltlos zu Machtwechsel und Machtbestätigung kommen kann, ist in Deutschland durch freie, gleiche und geheime Wahlen garantiert. Bei allen Unterschieden oder Veränderungen bei Wahlen in den Ländern der Bundesrepublik ist, bitte schön, das Postulat weiterhin gegeben. Wir sollten froh darüber und stolz darauf sein.

Selbstverständlich können wir uns über die Ausgestaltung des Wahlrechts streiten. Jedoch bei der Abschaffung der Stichwahl oder bei der Einteilung der Wahlkreise nach Wahlberechtigten von „Ausverkauf des Wahlrechts“ zu sprechen und damit irgendwie die Legitimität der Gesetzesänderung abzuspüren, ist meiner Meinung nach der SPD unwürdig und sollte nicht so geschrieben werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und von Bernd Petelkau [CDU])

Nach meiner Meinung geht es hier aber noch toller zu, wenn es um die Legitimität des Wahlrechts und die Einteilung der Wahlkreise nach Wahlberechtigten geht.

Ich muss gestehen - man lernt hier nie aus -, dass ich die Wahlkreiseinteilung in NRW nach Einwohnern, unabhängig davon, ob sie ein Wahlrecht besitzen oder nicht, gar nicht kannte; jedoch, wenn ich es auch nicht kannte: Falsch bleibt falsch, meine Damen und Herren. Das muss geändert werden. Denn unabhängig davon, dass wir Ratsmitglieder - das wurde hier schon angesprochen - alle Kölnerinnen und Kölner vertreten, können und werden wir nur von den Wahlberechtigten gewählt. Wenn wir eine Ausgewogenheit und Gleichheit in Köln in den 45 Wahlkreisen haben wollen, kann nur die Basis die der Wahlberechtigten sein.

(Beifall bei der FDP)

Zählen wir die Nicht-Wahlberechtigten in die Wahlkreiseinteilung mit hinzu, ist die Stimmabgabe in einem Wahlkreis mit vielen Nicht-Wahlberechtigten höher gewichtet, meine Damen und Herren, als eine Stimmabgabe in einem Wahlkreis mit weniger Nicht-Wahlberechtigten. Das Prinzip „one man, one vote“ - dabei ist mit „one man“ nicht Mann, sondern Mensch gemeint - wird eindeutig verwässert. Anders ausgedrückt: Ein Kandidat muss sich zum Erringen eines Ratsmandats überproportional mehr Wählerinnen und Wählern stellen als ein Kandidat eines anderen Wahlkreises. Das kann nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Das ist nicht regelkonform und verletzt den Gleichheitsgrundsatz.

Ich komme zum Ende. Nun müssen Sie, verehrte Damen und Herren von SPD und LINKE, meiner Argumentation der Landesregierung keinen Glauben schenken. Daher hole ich mir die höchste Instanz in dieser Frage zur Hilfe: das Bundesverfassungsgericht. Möge deren Urteil zur Erleuchtung verhelfen. Ich darf zitieren, Frau Oberbürgermeisterin:

Die Wahlrechtsgleichheit gebietet grundsätzlich eine Einteilung der Wahlkreise auf der Grundlage der Zahl nur der Wahlberechtigten.

Der Gleichheitsgrundsatz knüpft laut Gericht an die Trägerschaft des Wahlrechts an. Damit wäre die Wahlkreisgröße allein - so das Bundesverfassungsgericht - nach der Zahl der Wahlberechtigten zu berechnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinen Worten ausgedrückt: Treffer, die Aktuelle Stunde ist versenkt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Tritschler das Wort.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wahlrecht ist so etwas wie der Bauplan einer Demokratie, und ein stabiles, über lange Zeit gewachsenes Wahlrecht ist in der Regel der Ausweis einer stabilen und funktionierenden Demokratie. Dass sich hingegen die jeweils Herrschenden ein eigenes Wahlrecht auf den Leib schneiden, um möglicherweise eigene Vorteile zu bekommen, ist eher ein Erkennungsmerkmal von Bananenrepubliken. Gleichwohl können veränderte politische Rahmenbedingungen auch den Bedarf nach einem neuen Wahlrecht nach sich ziehen. Die abnehmende politische Bedeutung der sogenannten Volksparteien führt zum Beispiel zu einem gewaltigen Zuwachs an Sitzen durch Überhang- und Ausgleichsmandate im Bundestag. Obwohl es einen Kompromissvorschlag gab, um dieses Problem zu beheben, bekamen wir gestern die Nachricht aus Berlin, dass die CDU sich dem verweigert.

Im Land steht die Union offensichtlich Wahlrechtsänderungen derweil etwas offener gegenüber, vermutlich auch hier nicht ganz uneigennützig. Klar ist natürlich jetzt schon, dass die sogenannte Volkspartei, die noch die größte Bindungskraft entfaltet, sich hiervon einen veritablen Vorteil versprechen kann. Das ist angesichts der politischen Insolvenz der SPD ohne Frage die CDU. Denn wenn sie die Stichwahl abschaffen, gewinnt eben oft oder meistens die Partei mit der relativen Mehrheit, und das ist landesweit gesehen eindeutig die CDU. Und wer weiß, Herr Petelkau, vielleicht müssen Sie sich nächstes Jahr dann auch gar nicht mehr bei den Grünen andienen und können es wieder einmal mit einem eigenen Kandidaten probieren. Schlimmer kann es ja nicht werden.

Doch bei aller Sympathie für dieses Gedankenspiel ist Ihr Vorgehen natürlich trotzdem verwerflich; denn das Wahlrecht ist nicht der Platz für parteipolitische Ränkespiele. Änderungen müssen auf eine breite Akzeptanz stoßen und dürfen nicht mit Einstimmenmehrheiten wie im Landtag durchgewinkt werden.

Die Antragsteller wiederum möchten ähnlich platt einfach am Status quo festhalten. Dabei verkennen sie, dass Stichwahlen, an denen sich nur noch ein Fragment der Wählerschaft beteiligt, unter demokratischen Gesichtspunkten fragwürdig sind. Eine große Mehrheit bei geringer Wahlbeteiligung ist im Zweifel eben auch nicht besser als eine relative Mehrheit bei vielen Wählern. Insofern hat die Regierungskoalition in Düsseldorf ein Problem zutreffend erkannt, aber sie schüttet mit ihrer vermeintlichen Lösung das Kind mit dem Bade aus. Ihre Kollegen im Landtag hätten vielleicht besser einmal der Anhörung folgen sollen, die zum Thema stattfand. Kaum ein Sachverständiger, nicht einmal die von der CDU und FDP berufen wurden, konnte sich für das Vorhaben erwärmen.

Anders war es dagegen mit unserem Vorschlag einer integrierten Stichwahl. Hier können die Wähler unterschiedliche Präferenzen gleichzeitig in einem Wahlgang angeben. Das ist zum Beispiel bewährte Praxis in Irland oder in Australien und wird in ähnlicher Form auch vom Verein Mehr Demokratie e.V. präferiert. Die Wähler können neben ihrer ersten Wahl weitere Vorschläge wählen, falls der präferierte Kandidat eben nicht durchkommt. In diesem Fall hätten Sie beide Fliegen mit einer Klappe geschlagen und müssten auch nicht mit der Gefahr leben, dass schon wieder ein Kommunalwahlgesetz vom Verfassungsgericht kassiert wird, weil Sie damit Machtpolitik betreiben. Meine Fraktion wird jedenfalls nächste Woche einen entsprechenden Antrag ins Plenum des Landtags einbringen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Darüber sind wir aber froh!)

Sie werden ihn natürlich ablehnen, weil Sie so tolle Demokraten sind.

Zum Schluss noch ein Wort zum zweiten Teil dieser Aktuellen Stunde. Dieser befasst sich mit dem Zuschnitt der Wahlkreise. Das ist natürlich, wie es schon mehrere Redner gesagt haben, Unsinn. Natürlich sollen sich die Wahlkreise nach der Zahl der Wähler bemessen. Alles andere ist unter Demokratiegesichtspunkten - Stichwort „Gleichheit der Wahl“ - hochgradig problema-

tisch. Das hat auch das Verfassungsgericht schon so festgestellt.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, der Meinung sind, dass man ein Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer einführen sollte, dann beantragen Sie das und versuchen Sie nicht, hier eine Repräsentanz durch die Hintertür einzuführen, weil Sie Angst vor der Debatte haben. Wir haben jedenfalls keine Angst davor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und am Livestream! Wir feiern dieses Jahr 70 Jahre Grundgesetz. Ich würde sagen, dass es bislang doch eigentlich ganz prima geklappt hat. Das Wahlrecht sowie das kommunale Wahlrecht gehören auch dazu - eine große Errungenschaft. Daher störte es mich wiederholt in den letzten Jahren, dass daran herumgedoktert wurde.

Es wurde schon mehrfach erwähnt: Die Stichwahl ging mehrfach hin und her in den letzten 20 Jahren. Diesmal nimmt der Landtag bzw. die Mehrheit des Landtags wieder einen neuen Anlauf. Wir hatten im Jahr 2016 von SPD, CDU und Grünen sozusagen einen weiteren Angriff, wenn man so möchte, auf das kommunale Wahlrecht in NRW, als die Sperrklausel eingeführt werden sollte. Auch das wurde vom Landesverfassungsgericht kassiert. Ich vermute Ähnliches auch jetzt für die Abschaffung der Stichwahl.

(Peter Kron [SPD]: Außer BV!)

- Stimmt, die BV ist davon ausgenommen.

Damals wurden pragmatische Gründe angeführt für die Sperrklausel gegen die Zersplitterung der Räte und dass es dann doch einfacher wäre. Nun schiebt speziell die CDU wieder pragmatische Gründe vor und nennt Kosten und Ähnliches, die eine Stichwahl sozusagen unnötig machen.

Wie sieht es in Köln aus? - Die letzten 20 Jahre waren leider, so muss man sagen, in den wenigsten Fällen reguläre Wahlen. Es waren leider meistens Wahlen unter einem unglücklichen Stern.

Lassen Sie uns einen kurzen Blick auf die OB-Wahl 2020 werfen. Falls unsere Oberbürgermeisterin nicht antritt - das ist reine Spekulation jetzt -, halte ich es für durchaus wahrscheinlich, dass wir in Köln sieben oder acht Kandidaten haben werden. Das hatten wir bei der letzten Wahl nicht. Das lag aber zum Großteil daran, dass diese Wahl entkoppelt war von der Kommunalwahl, dass es eine eigene Wahl war. Das wird 2020 nicht der Fall sein. Die Wahl wird parallel zur Kommunalwahl stattfinden. Gerade für kleinere Parteien und Wählergruppen ist die Aufmerksamkeit, die ein OB-Kandidat genießt, im Wahlkampf wichtig. Daher wären kleinere Parteien und Wählergruppen - wie sagt man? - mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie nicht eine Kandidatin oder einen Kandidaten ins Rennen schicken würden.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Ja. Wir wissen ja noch nicht, wer ins Rennen geht.

Falls solch eine Zersplitterung eintritt - das wäre okay; es soll ja jeder kandidieren dürfen -, wäre es in Köln durchaus möglich, dass ein Kandidat oder eine Kandidatin mit 30 Prozent im ersten Wahlgang gewählt wird, und das, so frage ich speziell die CDU im Landtag, kann ich mir nicht unter einer weiteren wirklich dringend notwendigen Stärkung der Demokratie vorstellen. Die Legitimation eines solchen Oberbürgermeisters bzw. einer solchen Oberbürgermeisterin wäre nicht gegeben.

Herr Petelkau, wir wissen, dass Sie hier heute zwei Hüte aufhaben. Ich spreche Sie hier im Ratssaal jedoch als Ratsmitglied an. Emanzipieren Sie sich doch von Ihrer Fraktion im Düsseldorfer Landtag!

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wie die FDP!)

Das gelingt uns immer wieder, auch bei verschiedenen anderen Resolutionen. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum Sie so eine Situation in Köln heraufbeschwören wollen, dass eine Kandidatin oder ein Kandidat nur mit einer relativen Mehrheit ins Amt gewählt wird.

Der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofes von NRW, der immer wieder mal zitiert wurde, der auch vorhin zitiert wurde, Herr Breite - -

(Martin Erkelenz [CDU]: Herr Breite? Er hieß Herr Bertrams!)

- Er hieß Herr Bertrams, natürlich. Aber Herr Breite hat das Urteil von damals gesprochen, dass es damals okay gewesen wäre, dass die Stichwahl abgeschafft wurde.

Nun sagt der gleiche ehemalige Präsident, dass man sich auf dieses Urteil heute bitte nicht berufen soll, da damals 2009 die Landschaft noch nicht so derart zersplittert war, wie sie es 2020 höchstwahrscheinlich bei der OB-Wahl sein wird, und dass man deswegen höchstwahrscheinlich dieses Gesetz im Landtag ganz anders beurteilen wird, als es 2009 der Fall war. Daher empfehle ich dringend: Belassen Sie es bei der Stichwahl! - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, beim Bündnis 90/Die Grünen, vereinzelt bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Ich hätte gern eine Frage. Dürfte ich Ihnen eine Frage stellen? - Möchten Sie wieder zurückgehen? - Sie können es auch gern von dort machen.

Sie hatten gerade den ehemaligen Präsidenten, der ja schon ein bisschen länger ehemaliger Präsident ist und sehr gern redet und Interviews führt, angesprochen. Geben Sie mir recht, dass die Rechtslage heute immer noch so verbindlich ist, dass die Vorlagen bzw. Urteile, die vom höchsten Verfassungsgericht beschlossen worden sind, zählen und nicht die nachträgliche Kommentierung eines Ex-Vorsitzenden eines Gremiums?

**Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT):** Sehr geehrter Herr Breite, ich weiß sehr wohl, dass die Äußerungen eines früheren Landesverfassungsgerichtshofvorsitzenden keine Rechtswirkung haben. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, dass gegen dieses Gesetz Klagen erhoben werden, und ich könnte mir vorstellen, dass es zu einem neuen Verfassungsgerichtsurteil kommt. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann würde ich jetzt über diese zweite Aktuelle Stunde gern abstimmen lassen.

Ich habe Herrn Dr. Krupp so verstanden, dass der letzte Satz des Antrags sozusagen als Resolution, in der die Landesregierung zu einem Tun aufgefordert wird, beschlossen werden soll.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Richtig!)

Ich würde vorschlagen, darüber abzustimmen, dass wir die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überweisen, die dann diesen Satz als Resolution an die Landesregierung übermittelt.

Können wir das so abstimmen lassen? War das so in Ihrem Sinne?

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ja!)

- Gut.

Dann bitte ich um Handzeichen, wer dem zustimmen wünscht. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Herr Wortmann und die Ratsfraktionen BUNT und GUT. Enthaltungen?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Und die Oberbürgermeisterin?)

- Die Oberbürgermeisterin stimmt mit.

Enthaltung von der AfD und Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf, meine Damen und Herren, das ist 3.1.1, und gebe Herrn Pöttgen als Erstem das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Schenkung! - Andreas Pöttgen [SPD]: Was ist mit der Schenkung?)

- Ach, die Schenkung. Weil wir dazu keine Rednerliste haben, ist uns das durchgegangen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das wäre ja noch was!)

Ich darf mich dann gleich für alle bedanken, das ist schön.

Ich rufe auf:

**2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften**

Tagesordnungspunkt

## 2.1 Annahme einer Schenkung von Kunstwerken des Künstlers Johannes Wohnseifer an das Museum Ludwig 0795/2019

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Ich darf mich sehr, sehr herzlich bedanken beim Schenker Herrn Frank Fischer im Namen des Rats der Stadt Köln und auch des Museums Ludwig.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zu:

## 3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

### 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

#### 3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend „Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung“ AN/0414/2019

Herr Pöttgen, jetzt sind Sie dran.

**Andreas Pöttgen (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist eine gute Nachricht für den Verkehr. Köln bekommt einen Sustainable Urban Mobility Plan, kurz SUMP. Das Instrument ist nicht neu, sondern wurde seit Anfang des Jahrzehnts entwickelt, und ist mittlerweile Standard der EU-Kommission. Viele Fördermittel werden in ganz Europa bereits danach vergeben. Aus zwei Gründen ist es längst überfällig, dass auch Köln einen bekommen: Zum einen ist SUMP die Entwicklung eines Kölner Büros. Von hier ist es ausgegangen, dass Europa danach arbeitet. Zudem ist SUMP bereits 2014 in „Köln mobil 2025“ als nächster notwendiger Schritt beschrieben worden. Während man damals angefangen hat, haben wir alle gespürt: Der Themenbereich Verkehr gewinnt immer mehr an Bedeutung. In „Köln

mobil 2025“ hat man versucht, das Thema zu strukturieren und ein gemeinsames Ziel für die Verkehrswende zu formulieren, ohne es jemals beschlossen zu haben. Als im vergangenen Jahr noch einmal so ein bisschen die Debatte aufkam, ob man das nicht mal beschließen müsste, haben wir gesagt: Das ist eigentlich gar nicht notwendig, weil wir schon einen Schritt weiter sind. Ich freue mich, dass wir das heute gemeinsam machen.

Infolge von „Köln mobil 2025“ sind viele Pläne und Konzepte geschrieben worden, beispielhaft seien an der Stelle der Nahverkehrsplan für Köln, die Kölner Anmeldung zum ÖPNV-Bedarfsplan mit einem massiven Ausbau des Straßenbahnnetzes, die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans inklusive des bedeutenden 3,7-Milliarden-Projektes des Bahnknotens Köln, diverse Radverkehrskonzepte sowie zuletzt die Radrouten in der Region erwähnt. Wir haben in der letzten Sitzung im Februar noch über das Übereinanderlegen von ÖPNV-Plänen diskutiert, und als Nächstes steht die Neuaufsetzung des Regionalplans an.

Teil des SUMP ist es - darüber hatten wir letztes Mal bereits zu diskutieren begonnen -, vorhandene Pläne, Zahlenwerke und Parameter zu sortieren, in eine Übersicht zu bringen und daraus Ziele abzuleiten, zu definieren und aufeinander abzustimmen, sodass die Zahnräder auch ineinandergreifen, um anschließend Zeit- und Maßnahmenpläne abzuleiten, deren Umsetzung sich evaluieren und fortschreiben lässt. Dabei werden alle wesentlichen Akteure, das heißt die Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region, einbezogen.

Als SPD-Fraktion sehen wir das große Potenzial dieses Beschlusses heute darin, ein Ende der Flickschusterei der vielen Pläne zu erreichen, und die Chance, einen Gesamtverkehrsplan für die Kölner Region zu erhalten und außerdem einen Konsens für die Verkehrswende zu erzielen, da wir uns in den vergangenen Jahren sehr heftig immer wieder über jedes einzelne Detail gestritten haben, sodass man manchmal außerhalb des Rathauses nicht mehr verstanden hat, worum es eigentlich geht. Deswegen sehen wir im SUMP das Fundament für die Richtschnur im Kölner Verkehr.

Es ist für uns auch klar, dass wir durch diesen SUMP nicht alle anderen Umsetzungsschritte anhalten wollen, bis wir den SUMP vielleicht in fünf Jahren fertig haben, sondern wir müssen bis dahin sinnvolle, strukturierte Maßnahmen umsetzen. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass wir

uns auf die Darstellung der notwendigen Ressourcen geeinigt haben. Ich möchte mich auch bedanken, dass wir das heute gemeinsam machen, damit wir an der Stelle den ersten Schritt für eine gemeinsame Verkehrspolitik in Köln gehen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie von Dirk Michel [CDU] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Michel das Wort.

**Dirk Michel (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Mit den Kölner Perspektiven zur Mobilität und den Leitsätzen aus „Köln mobil 2025“ haben wir vor vier oder fünf Jahren mit einem Umdenken in der Verkehrspolitik begonnen. Seitdem ist das Handeln der Verwaltung und sind zumindest die Beschlüsse der meisten Fraktionen danach ausgerichtet. Mit der Gründung des Dezernats für Mobilität bekam das Thema Verkehr in unserer Stadt mehr Bedeutung. Unsere Dezernentin Frau Blome sorgt dafür, dass wir die Herausforderung Tag für Tag meistern.

(Beifall bei der CDU - Niklas Kienitz [CDU]: Großartig!)

Ihr großes Engagement weckt aber auch ein enormes Nachholbedürfnis, was erst einmal abgearbeitet werden muss: Köln hat jetzt ein Amt für Verkehrsmanagement, die Fahrradwende ist sichtbar, Fußgänger erhalten mehr Aufenthaltsqualität, und wir haben Planungsbeschlüsse für große ÖPNV-Investitionen auf den Weg gebracht. Heute beschließen wir noch die Voraussetzung für mehr Elektromobilität.

Städtische Verkehrs- und Mobilitätsplanung ist eine sehr komplexe Aufgabe und wird durch geforderte Luftreinhaltepläne nicht einfacher. Das, was wir aber nicht aus den Augen verlieren dürfen, ist eine Vision. SUMP ist zumindest ein strategischer Plan, der uns dabei helfen wird, die Mobilitätsbedürfnisse von Bürgern und Unternehmen in unserer Stadt mit einer hohen Lebensqualität zu befriedigen. Es geht nicht um einen weiteren Plan; denn wir bauen auf bestehende Planungen auf.

Finanziell unterstützt die EU sowohl Städte als auch Metropolregionen. Die ausgewogene und integrierte Entwicklung aller Verkehrsträger ist eine Verkehrspolitik, mit der wir uns als Kölner CDU identifizieren. Im Prozess von SUMP ist die

Selbsteinschätzung ein wichtiger Bestandteil. Dass hier in der Ratssitzung im Februar eine von bedeutenden Verkehrsplanern geforderte Gesamtnetz Betrachtung abgetan wurde, zeigt, dass einige noch nicht so weit sind.

Wir werden mit unserem Beschluss heute „Köln mobil 2025“ fortführen und hoffentlich auch verinnerlichen. Ich danke unserem Bürgermeister Andreas Wolter, der uns SUMP seit Jahren nähergebracht hat. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dieser Bürgermeister Andreas Wolter hat jetzt das Wort.

**Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Seit vielen Jahren kursiert das Strategiepapier „Köln mobil 2025“ durch die Gremien dieser Stadt. Alle kennen es, es wird viel zitiert. Es war ein Meilenstein für die Veränderung der Mobilität hier in Köln, aber es war eben nur ein Meilenstein, weil es ein Papier ist, das durch viele Akteure der Stadtgesellschaft erarbeitet wurde, was der Rat aber nur zur Kenntnis genommen hat; es wurde nie beschlossen, das ist eben gesagt worden.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Das brauchte es auch nicht, weil in dem Strategiepapier ein Hinweis gegeben wurde, nämlich ganz am Schluss. Darin steht:

Die Leitziele ... müssen in den kommenden Jahren durch einen zusammen mit der Bürgerschaft zu erarbeitenden Verkehrsentwicklungsplan ... konkretisiert, operationalisiert und mit messbaren Zielindikatoren versehen werden. Hierbei sind die Vorgaben der EU-Kommission zur Aufstellung von strategischen urbanen Mobilitätsplänen („SUMP“) zu beachten.

Dort steht es. Nach vier Jahren wollen wir das jetzt endlich beschließen. Ich bin froh, dass es gelungen ist, eine breite Mehrheit dafür hier im Rat und auch in der Verwaltung zusammenzubekommen, sodass wir jetzt so weit sind, zu sagen: Wir wollen diese Mobilitätswende in Verwaltungshandeln umsetzen.

86 Prozent der Kölnerinnen und Kölner nennen Verkehrsprobleme als das drängendste Problem in der Stadt. Da reicht dann auch kein gut gemeinter Inkrementalismus mehr, um am Ausbau oder der Veränderung von bestehenden Systemen weiter zu wurschteln. Wir brauchen konzeptionelle Lösungen; wir brauchen eine Vision für den Verkehr, weil wir einfach mit so einem Muddling-Through nicht mehr weiterkommen. Das beste Beispiel konnten Sie heute in der Zeitung lesen: Selbst wenn die Gleise am Hauptbahnhof für die S-Bahn erweitert werden, wissen wir heute schon, dass das nicht ausreichen wird. Die Stadt wächst, das Umland wächst, die Menschen ändern ihr Mobilitätsverhalten, aber die Straßen werden nicht breiter und die Schadstoffe müssen sinken.

Die Europäische Union fördert die integrierte Entwicklung von solchen Mobilitätsplänen. Wir sind in verschiedenen Netzwerken unterwegs. Gerade heute diskutieren Fachleute aus Tokio, Bristol und Murcia hier in Köln Fragen von E-Mobilität, Car- und Bike-Sharing und Mobility-Hubs. Wir wissen alle: Es muss sich viel verändern.

Zudem wissen wir, dass wir eine integrierte Verkehrsplanung nur gemeinsam mit den Akteuren aus Bürgerschaft, Wirtschaft und Umlandkommunen erreichen. Das wird ein partizipativer Prozess sein. Da das Aggregierungslevel vom Stadtentwicklungskonzept Köln 2030 - davon war anfangs die Rede - viel zu hoch ist, um daraus operative Handlungsempfehlungen abzuleiten, brauchen wir diesen nachhaltigen Mobilitätsplan. Wir brauchen eine methodisch saubere Diagnose, bei der auch Ursachen der zweiten und dritten Reihe wie Raum- und Schulplanung, Wertewandel, aber auch Marktdynamiken mit in Betracht gezogen werden. Wir brauchen eine bürgerschaftlich getragene Diskussion und eine breite Akzeptanz von konkreten Zielvorgaben mit den dazugehörigen Zeithorizonten als Grundlage und auch als Legitimation für die Prioritätensetzung.

Wir brauchen eine systematische Suche nach kreativen und ganzheitlichen Lösungen unter der Berücksichtigung neuester technologischer Entwicklungen. Ich darf darauf hinweisen: Ich glaube, der alte Mobilitätsplan stammt aus dem Jahr 1992, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Da helfen auch eine Inspirationssuche und ein intensiverer Austausch in den teils weltweit agierenden Netzwerken.

Last, but not least: Wir brauchen eine strategische zeitliche Staffelung und die Nutzung von

Synergien, um die Effizienz und Effektivität des Gesamtpakets zu erhöhen.

Wenn man einmal über den Tellerrand von Köln hinaussieht, stellt man zwei Dinge fest: Zum einen haben wir, wie ich finde, ein leistungsfähiges und zuverlässiges Verkehrssystem, das solide funktioniert. Zum anderen sind wir in einigen Bereichen wie beim Fahrradverkehr, bei den Mobilitäts-Hubs, im Tarifverbund, in der Kombination verschiedener Mobilitätsarten auch schon ganz gut unterwegs. Da hat sich auch in den letzten Jahren viel getan. Heute erzählte mir die Kollegin aus Tokio, die ein Jahr hier in Köln studiert hat, als Erstes, als sie mich begrüßte: Oh, wie hat sich die Stadt verändert in den letzten Jahren! - Sie habe sie nicht wiedererkannt, weil sich so viel, insbesondere bei den Radwegen, in der Innenstadt getan habe.

Es fehlt bei uns aber - das ist die Kritik - an Dynamik, weil Planung und Finanzierung - vor allem Letzteres - mit der Entwicklung des Bevölkerungszuwachses, aber auch mit der Änderung des Mobilitätsverhaltens einfach nicht mithalten. Da unser ÖPNV-System wegen der Infrastruktur, aber auch personell - wir suchen dringend Busfahrer - am Limit fährt, ist das eine Gefahr, die wir nicht einfach mit Aktionismus und Einzelmaßnahmen, sondern wirklich konzeptionell und strukturell angehen müssen. Wir müssen wissen, mit welchen Maßnahmen wir zum Ziel kommen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als LINKE freuen uns, dass eine so breite Mehrheit in diesem Stadtrat sich zu einer nachhaltigen Verkehrsplanung bekennt. Doch jetzt müssen wir einmal schauen, was Nachhaltigkeit denn bedeutet. Ich probiere an der Stelle ein bisschen konkreter zu werden,

Nachhaltigkeit bedeutet zum Beispiel: effektiver Umgang mit Fläche. Einen effektiven Umgang mit Verkehrsfläche finden wir in Köln nicht vor. Viel zu viel Fläche ist für den Autoverkehr reserviert. Wer sich ein bisschen mit Verkehrspolitik beschäftigt, weiß, dass auf einer gleich großen Fläche mit dem Fahrrad oder mit der Bahn fünf-

bis sechsmal so viele Menschen transportiert werden können als im Pkw.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Nachhaltigkeit bedeutet auch Lebensqualität. Lebensqualität für Menschen auf der öffentlichen Fläche ist in einer autogerechten Stadt, wie wir sie in Köln immer noch in weiten Teilen vorfinden, schlecht durchführbar. Von daher müssen wir, wenn wir eine nachhaltige Verkehrspolitik betreiben wollen, auch an dieser autogerechten Stadt schrauben. Wir müssen die autogerechte Stadt abschaffen; wir müssen das Auto in der Stadt zurückdrängen, damit Lebensqualität, also Nachhaltigkeit geschaffen werden kann.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Nachhaltigkeit hat auch immer etwas damit zu tun, wie ich vorhandene Ressourcen oder vorhandenes Geld einsetze. Das steht im krassen Widerspruch zu dem, dass wir uns es immer noch erlauben, U-Bahnen zu planen, die ein Zigfaches von dem kosten, was man an der Oberfläche an ÖPNV realisieren kann.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was mich jetzt wirklich sehr gefreut hat, ist, dass der Kollege Wolter die Frage der regionalen Verknüpfung angesprochen hat. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Punkt. Daran müssen wir arbeiten. Zudem müssen wir nachvollziehen und verstehen können, dass wir im Umland andere Verkehrsgewohnheiten als in der Stadt haben. Es ist völlig klar, dass wir den Menschen aus dem Umland nicht die gleichen Bürden, was den Autoverkehr angeht, auferlegen können, wie wir es uns Kölnerinnen und Kölnern auferlegen müssen. Von daher müssen wir dafür sorgen, dass es vernünftige Umsteigemöglichkeiten am Rand der Stadt gibt. Das ist Nachhaltigkeit. Denn ich glaube, wir müssen auch dazu kommen, dass wir Leute aus dem Umland zum Umsteigen bewegen müssen. Das kann nur gehen beispielsweise mit Pedelecs an Mobilitätsstationen.

Jetzt habe ich das eine oder andere Kritische gesagt, möchte aber heute hier gar nicht so kritisch enden, weil ich insgesamt doch der Auffassung bin, dass ein großer Teil des Rats wirklich verstanden hat, dass es mit dem Auto nicht weitergeht. Dieser Beschluss ist ein Indikator für

dieses Umdenken. Von daher freue ich mich, dass dieser Beschluss jetzt gleich verabschiedet wird. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Sterck hat jetzt das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Man kann an der Debatte jetzt schon sehen, was die einzelnen Fraktionen da hineinprojizieren, welche Hoffnungen sie entsprechend damit verbinden. Das werden wir uns später bei den konkreten Maßnahmen einmal anschauen, inwieweit uns das entsprechend weiterbringt.

Ich möchte jedoch bei dieser ganzen Begeisterung und bei dem breiten Bündnis, das wir heute hier schmieden, dem breiten Beschluss, den wir heute fassen, noch etwas Wasser in den Wein gießen, auch wenn wir Mit Antragsteller in dieser Sache sind.

Wir haben in der letzten Sitzung einen Gesamtnetzplan beschlossen, an dem die Verwaltung sicherlich seitdem mit voller Power arbeitet.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Er ist nächste Woche fertig!)

- „Fieberhaft“ sagte mir die Beigeordnete gerade.

Wir beschließen heute die nachhaltig urbane Mobilitätsplanung. Vielleicht kommt in der nächsten Sitzung dann das „Mobilitätskonzept-Konzept“.

Meine Damen und Herren, wir müssen aufpassen, dass wir der Verwaltung nicht zu viele dieser theoretischen Grundsatzfragen auferlegen. Wir haben in Köln in diesen Fragen kein Beschlussdefizit, meine Damen und Herren; wir haben ein Umsetzungsdefizit.

(Beifall bei der FDP)

Der Vertreter der KVB hat irgendwann einmal gesagt - das ist gar nicht so lange her -: Die Kassen sind voll, die Stadt Köln hat aber leider keine baureifen Planungen. - Das ist es, worauf wir die erste Priorität setzen sollten. Ich habe auch in der letzten Ratssitzung gesagt, dass es gar nicht darum geht, wo wir das Netz erweitern. Die Hauptsache ist, wir kommen an irgendeiner

Stelle - egal, ob es Flittard, Rondorf oder Zündorf-Süd ist; ich könnte sie alle aufzählen - entsprechend weiter. Wenn wir aber der Verwaltung immer mehr von diesen konzeptionellen Fragen aufhalsen, kommen wir mit den konkreten Planungen nicht weiter.

Meine Damen und Herren, bitte halten Sie sich deswegen zurück mit gut gemeinten Beschlüssen und unterstützen Sie die Verwaltung lieber bei der konkreten Umsetzung, -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Von letzter Woche zum Beispiel! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir unterstützen die Verwaltung immer!)

- damit wir endlich mehr für den ÖPNV in dieser Stadt tun können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Warum haben Sie dann die Seilbahnprüfung beschlossen letzte Woche, Herr Sterck?)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt habe ich Herrn Wortmann auf der Rednerliste. Ich kann ihn aber nicht sehen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Wenn das nicht der Fall ist, dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Zunächst frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

**3.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke, und der Gruppe BUNT betreffend „Köln sagt Nein zum Upload-Filter - Appell gegen Artikel 13 der Urheberrechtsrichtlinie“ AN/0412/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT AN/0466/2019**

Ich gebe als Erstem Herrn Dr. Krupp das Wort.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Herr Hegenbarth zu nächst!)

- Gut, wenn Sie das so verabredet haben.

**Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln sagt Nein zu Upload-Filtern und ist gegen Artikel 13 aka 17. Es ist schon erstaunlich, dass so viele vor allem junge Menschen auf die Straße gehen. Die Sorge um das Netz, die Digitalisierung, aber auch die Umwelt - „Fridays for Future“ - bewegt ganz offensichtlich Millionen. Es zeigt auch, wie viele Menschen ihren Lebensmittelpunkt im Netz, aber auch in einer gesunden Umwelt suchen, finden und ausleben. Das gilt es nicht nur ernst zu nehmen, sondern festzustellen, dass uns hier die Zukunft ansieht, ob wir das nun wollen oder nicht. Dabei taugt es nichts, wenn man Hunderttausende als Bots diffamiert.

Ich erkläre kurz das Wort „Bot“: Das ist ein Programm, das automatische Aufgaben erfüllt ohne einen regelmäßigen Benutzer oder als Handlanger amerikanischer Konzerne fungiert, die laut dem CDU-Abgeordneten Caspary bis zu 450 Euro für die Demoteilnahme zahlen, oder weswegen der EU-Parlamentspräsident fünf Millionen Unterschriften gegen den Artikel gar nicht erst annimmt und sich auch noch darüber lustig macht. So wird eine junge, europafreundliche Generation schrittweise von Europa und seinen Institutionen entfremdet. Sie treibt es schlimmstenfalls in die Arme der blauen Luftpumpen, die wir auch hier kennen.

Zu den Punkten, weswegen wir diesen Appell in den Rat eingebracht haben. Vorweg: Niemand, selbst die Kritiker der aktuellen Vorlage wie zum Beispiel die Speerspitze der Bewegung, die ehemalige Piratin und nun ebenso wie ich parteilose EP-Politikerin Julia Reda, ist gegen eine Reform des Urheberrechts, das noch zu Zeiten entstand, als weder Facebook noch YouTube existierten. Das war und ist notwendig, aber eben nicht so ein unpraktikabler und schädlicher Murks, der durch Lobbyinteressen bestimmt wird, die Zeiten nachweinen, als Nachrichten nur in Zeitungen und Musik nur auf Schallplatten verfügbar waren und Vielfalt von Videoprogrammen nur Kabelfernsehen hieß. Eigentlich geht es um weniger und doch um sehr viel: um sogenannten user-generierten Upload, also um das, was man ins Netz einstellen kann.

Ein Beispiel: Ich habe am Anfang von Lebensmittelpunkten gesprochen. Trotz aller Beteuerungen sind auch Onlineforen betroffen. Millionen Menschen schreiben in Foren über ihre Hobbys, über Kochen, Politik, Fahrräder, Liebe und viel Schräges, aber auch Wichtiges wie Selbsthilfegruppen zu Krebs, Kindererziehung, also zu allem, was uns Menschen so bewegt. Ja, auch diese Foren

sind betroffen. Sie müssen in Zukunft gewährleisten, dass keine urheberrechtlich geschützten Texte, Bilder, Grafiken, Videos oder Musik hochgeladen werden. Technisch gesehen ist das eben nur durch einen Filter möglich.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein!)

Die Befürworter argumentieren, dass man YouTube und Google in die Verantwortung nehmen und so für eine gerechte Bezahlung von Komponisten und GEMA-Mitgliedern sorgen will. Man zielt auf die großen Plattformen, die Upload-Filter schon einsetzen, und trifft vor allem kleine, die bislang ohne Filtersysteme ausgekommen sind. Sie müssen künftig ebenfalls filtern, auf Uploads ihrer Nutzer verzichten oder den Dienst ganz einstellen.

Wieso betrifft uns das in Köln? - Die wirtschaftliche Existenz vieler kleiner und mittlerer Unternehmen wird gefährdet, nicht aber die von YouTube und Co. Letztlich stützen wir hier das Monopol der Großen; 100 Millionen für einen Filter können sich eben nur die leisten. Start-ups und Gründer können da nicht mithalten und werden von den Großen abhängig. Da nutzt auch eine zeitlich befristete Ausnahme nicht viel. Köln ist zu Recht stolz darauf, eine aktive und große Gründerszene zu haben, die auch vielfältig durch die Stadt unterstützt wird. Es wird Zeit, dass wir uns auch politisch vor diese Szene stellen.

Die Redezeit ist wirklich zu kurz für dieses Thema. Ich könnte hier noch lange darüber reden, warum nach wie vor private Nutzer bei nicht-kommerziellen Alltagshandlungen Abmahnungen riskieren, man die Zahl der betroffenen Plattformen nicht auf die wenigen begrenzt, die den Markt dominieren, die Lizenzpflicht auf jene Inhalte und Nutzungen einschränkt, für die es überhaupt Verwertungsgesellschaften gibt, warum es bei uns ein Fair-Use-System wie in den USA nicht gibt, die CDU-Idee, auf nationaler Ebene Upload-Filter verhindern zu wollen, blödsinnig ist, weil die Richtlinien des Gesetzes nur mit einer solchen Software überhaupt umzusetzen sind, man nicht laut und deutlich genug sagen kann, dass Verleger und Verwertungsgesellschaften wie die GEMA die Hauptprofiteure sind.

Abschließend: Mit der knappen Entscheidung im EU-Parlament ist noch lange nichts endgültig entschieden; denn der Bund muss dem noch zustimmen und die Richtlinie in nationales Recht umsetzen. Daher ist diese Resolution wichtig.

Zum Änderungsantrag möchte ich gern folgenden Vorschlag machen: den Punkt 1 und 3 unse-

res ursprünglichen Antrages zu streichen. Wir werden diesem Änderungsantrag nur zustimmen, wenn auch unserem Punkt 2 zugestimmt wird. Ansonsten ist der Änderungsantrag Unsinn und die Grünen und die FDP lassen sich hier von der CDU vorführen. Denn der Artikel 13 aka 17 fordert Maßnahmen zur Umsetzung, und dies geht eben nur mit Filtern oder einer sogenannten Erkennungssoftware. Alles andere ist eine Nebelkerze der CDU in der Hoffnung, Liberale und Grüne sehen nicht so genau hin.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Das sehen übrigens Bundesgrüne und Bundesliberale genauso, die schon mit Initiativen auf Bundesebene genau dazu gerade agieren. Insofern: Schaut noch einmal ganz genau hin an dieser Stelle, wo ihr euch hier gerade vorführen lasst. - Das war es. Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es ausnahmsweise kurz. Das hat nicht etwa etwas damit zu tun, dass das Thema irrelevant wäre - ganz im Gegenteil, das Thema ist höchstrelevant -, sondern es hat etwas damit zu tun, dass Thomas Hegenbarth die richtigen Argumente gerade eben auf den Punkt gebracht hat. Deswegen nur noch einmal aus Sicht der SPD-Ratsfraktion Folgendes:

Der Wille, Urheberrechtsverletzungen zu verhindern, ist sicherlich nicht falsch, aber die Konsequenzen, die aus Artikel 13 folgen, schießen völlig über das Ziel hinaus. Was sind die Konsequenzen? - Letztlich kann Artikel 13 technisch nur durch Upload-Filter umgesetzt werden. Das führt dazu, dass das sogenannte Overblocking eintritt, also nicht etwa nur - weil die Maschinen und die KI, die Künstliche Intelligenz, noch nicht so gut sind - wirkliche Urheberrechtsverletzungen herausgefiltert werden, sondern eben auch Vieles gefiltert wird, was rechtlich eigentlich in Ordnung wäre. Damit werden letztlich zulässige Beiträge im Netz verhindert. Ich will jetzt nicht so weit gehen, das Zensur zu nennen, das hat vielleicht eine andere Motivation, aber im Ergebnis läuft es auf Ähnliches hinaus. Das kann nicht sein.

(Beifall)

- Danke.

Zweitens: Die Technologie Upload-Filter ist so komplex, dass im Prinzip nur die Tech-Giganten sie momentan zur Verfügung stellen können. Wozu wird das führen? - Diese werden sie einführen. Sie sind vielleicht nicht begeistert davon, aber sie haben die Technologie, im Zweifel auch heute schon. Die kleinen Start-ups, die aus der Dreijahresfrist, die die EU-Regelung vorsieht, heraus sind, werden sich der Technologie dieser Giganten bedienen müssen. Damit wird deren Marktmacht auch in Bezug auf die kleinen Start-ups noch einmal gestärkt. Das kann es nicht sein.

An der Stelle ist auch - das hat Thomas Hegenbarth eben richtig angemerkt - der Köln-Bezug gegeben; denn wir haben uns ja auf die Fahne geschrieben, gerade ein Standort für Start-ups im digitalen Bereich zu sein. Deswegen ist es auch für uns hier vor Ort unter diesem wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt ein höchstrelevantes Thema.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Kurze Rede, langer Sinn: Nein zu Artikel 13 in der Form, wie er verabschiedet wurde; konsequente Aufforderung gemäß unseres Antrags Ziffer 2, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass diese Regelung rückabgewickelt und neu gedacht wird. Dann - deshalb ist es mit im Antrag; das hat Thomas ganz gut auf den Punkt gebracht - können wir auch gern dem Text des Änderungsantrags zusätzlich zustimmen und ihn hinzunehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Tokyürek hat das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die gesamte Debatte um die Urheberrechtsrichtlinie ist ein Lehrstück, wie man Politikverdrossenheit Vorschub leisten kann, nämlich indem man erstens die Menschen, die gegen die Urheberrechtsrichtlinie auf die Straße gegangen sind, vollständig ignoriert und - Thomas Hegenbarth hat es bereits erwähnt - indem man sie zweitens einfach beleidigt, sie „Bots“ oder „gekaufte Demonstranten und Demonstrantinnen“

nennt. So geht es nicht. Deswegen ist der Antrag genau richtig, damit von Köln eine Stimme ausgeht: Wir haben verstanden, warum 10 000 Menschen am 23. März auf die Straße gegangen sind, um gegen diese Urheberrechtsrichtlinie zu demonstrieren.

Es ist grundsätzlich richtig und wichtig, dass das Urheberrecht an das digitale Zeitalter und den digitalen Binnenmarkt angepasst wird.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das gibt es gar nicht, diese Aussage!)

Es ist auch richtig, dass Kreative sowie Künstlerinnen und Künstler für ihre Arbeit angemessen bezahlt werden. In der Kritik steht jedoch der Artikel 17 - -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wenn es dann umgesetzt wird, geht es!)

- Lassen Sie mich einfach aussprechen, Dr. Elster. Sie können anschließend gern eine Frage stellen, wenn Sie möchten.

In der Kritik steht der Artikel 17, vormals 13. Es geht um die sogenannten Upload-Filter. Das heißt, die Onlineplattformen müssen diese Upload-Filter einsetzen, um eine Haftung für Urheberrechtsverletzungen zu vermeiden, sofern der Upload nicht lizenziert wird oder es keine Ausnahmen dazu gibt. Zwar werden Upload-Filter nicht explizit gefordert von der Richtlinie, -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ach!)

- in der praktischen Umsetzung wird es jedoch auf sie hinauslaufen müssen. Ohne Upload-Filter kann die Richtlinie nicht umgesetzt werden. Es ist, glaube ich, inzwischen bis zum Letzten durchgedrungen, dass automatische Filtersysteme nicht entscheiden können, ob eine Urheberrechtsverletzung vorliegt oder nicht oder ob der Inhalt überhaupt ein menschliches Werk ist. Das führt zu diesem Overblocking. Wer argumentiert, man solle sich einfach bei fehlerhafter Blockierung mit einer Beschwerde an die Plattformbetreiber wenden, der verkennt jedoch die Logik der viralen Verbreitung.

Der Bundesdatenschutzbeauftragte hat auch da Kritik geäußert, weil gerade kleine Plattform- und Dienstleister diese Upload-Filter überhaupt nicht selbst programmieren können. Das heißt, sie sind auf die Angebote von IT-Konzernen angewiesen, die solche Algorithmen bereits im Angebot haben. Dazu sagt der Datenschutzbeauftragte Folgendes:

Letztendlich entstünde so ein Oligopol weniger Anbieter von Filtertechniken, über die dann mehr oder weniger der gesamte Internetverkehr relevanter Plattformen und Dienste laufe.

Auch aus wettbewerbspolitischen Gründen sollte uns das zu denken geben, wenn die Marktposition der bereits monopolähnlichen Plattformen weiter gestärkt wird. Das können wir nicht wollen.

Die CDU will nun die maßgeblich von ihr vorangetriebene Urheberrechtsreform in Deutschland ohne Upload-Filter machen. Siehe da! Jetzt kommt plötzlich ein neuer Vorschlag. Der Einsatz von Upload-Filtern soll dadurch vermieden werden, dass Pauschallizenzen eingeführt werden und unterhalb einer zeitlichen Grenze alle Uploads von Lizenzgebühren ausgenommen sind. Damit wären private Nutzer von einer Haftung durch Urheberrechtsverletzungen ausgenommen. Das hört sich auf dem Papier sehr schön an. Fraglich ist aber, ob das Konzept der CDU mit der Richtlinie und den EU-Vorgaben vereinbar ist. Nach Einschätzung des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb darf Deutschland eine derartige Regelung gar nicht mehr einführen, weil es vom europäischen Recht nicht vorgesehen ist. Die EU hat Deutschland bereits vor diesem Sonderweg gewarnt.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT])

Hintergrund des fragwürdigen Vorschlags dürfte eher die parteiinterne Kritik an den Plänen der CDU sein und die starke Anti-CDU-Kampagne im Netz unter dem Hashtag *#NieMehrCDU*.

(Beifall bei der LINKEN und von Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe GUT])

Der Koalitionsvertrag lehnt Filtersysteme als unverhältnismäßig ab. Daher hat die Bundesregierung noch die Möglichkeit, im Rat der Europäischen Union gegen die Reform der Richtlinie zu stimmen. Heute werden im Bundestag just um diese Uhrzeit Anträge der LINKEN und der FDP behandelt, die beide die Ablehnung der Urheberrechtsrichtlinie im EU-Rat beantragen. FDP, Sie wissen das, das ist der Antrag Ihrer Bundes-FDP.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Die möchten diese Urheberrechtsrichtlinie ablehnen.

Meine Damen und Herren, einen gerechten Interessenausgleich für eine angemessene Entloh-

nung der Kreativen und Künstlerinnen und Künstler und die Verbreitung im Netz kann sicher nicht über Upload-Filter erreicht werden. Insofern können wir diesem Antrag der CDU, der Grünen und der FDP nur insoweit zustimmen, wenn Punkt 2 von uns auch angenommen wird. Ansonsten macht Ihr Antrag einfach überhaupt keinen Sinn. Denn wenn der Artikel 13 oder jetzt 17 kommt, dann muss man Upload-Filter einsetzen, ansonsten ist diese Urheberrechtsrichtlinie nicht umsetzbar. Insofern ist das wirklich eine Nebelkerze. Sie möchten einfach damit unseren Antrag vom Tisch wischen. Das machen wir nicht mit, nur wenn der Punkt 2 mit abgestimmt wird. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Hegenbarth, nicht die Redezeit für dieses Thema war zu kurz, sondern es war einfach der falsche Ort, an dem diese Rede gehalten worden ist.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Letztlich hätte Ihre Rede wunderbar in Brüssel bekannt gegeben werden können. Sie hätten all Ihre vermeintlichen Zahlen, Daten, Fakten auch in Berlin kundtun können. Aber jetzt hier den Rat der Stadt Köln damit zu beschäftigen, ist natürlich schon schwere Kunst. Ich sage es einmal so: Man muss sich einfach anhören, was hier in den letzten Minuten passiert ist. Es ist eigentlich das gleiche Postfaktische passiert, was in den vergangenen Wochen und Monaten auch passiert ist. Anstatt über die Richtlinie zu reden, die tatsächlich in Brüssel diskutiert worden ist, hat man den Eindruck in verschiedenen Medien, dass es um ein Gesetz zur Begrenzung von Meinungsfreiheit und zur weiteren Verbreitung von Upload-Filtern oder anderen technischen Lösungen ginge. Dabei taucht, wie gerade zugestanden worden, das Wort „Upload-Filter“ in der Richtlinie an keiner Stelle auf.

Es wird natürlich - „Gott sei Dank“ muss man sagen - an keiner Stelle von technischen Lösungen gesprochen, weil wahrscheinlich niemand im EU-Parlament vor einem halben Jahr oder Dreivierteljahr gewusst hat, wie man „Upload-Filter“ schreibt oder wofür sie überhaupt sinnvoll sind.

Das sind technische Lösungen. Technische Lösungen gehören nicht in den Gesetzgebungsprozess. Der Gesetzgeber muss sich mit Rahmen beschäftigen. Das ist nicht das Gesetz für Upload-Filter, meine Damen und Herren, sondern es ist das Gesetz für den Urheberrechtsschutz. Und der Urheberrechtsschutz muss gewährt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wirklich dreist, was Sie gerade gesagt haben, dass von diesem Gesetz tatsächlich die Verwertungsgesellschaften wie die GEMA profitieren würden. Das ist ja wohl der absolute Knüller, meine Damen und Herren. Wer von diesem Gesetz am Ende profitieren soll, sind die Künstlerinnen und Künstler, die kreativen Menschen, die unter anderem auch hier in Köln leben.

Wenn man das Ganze auf Köln bezieht, meine Damen und Herren: Liebe Oberbürgermeisterin, Sie haben uns im vorvergangenen Jahr zusammen mit der IHK dargestellt, wie viele Menschen in Köln tatsächlich in kreativen Jobs arbeiten. Es ist gerade ja auch von der LINKEN gesagt worden. Bei uns arbeiten fast 10 Prozent der Menschen in Jobs, die diese EU-Richtlinie tatsächlich thematisiert, die diese EU-Richtlinie in den Fokus nimmt, nämlich so in den Fokus nimmt, dass diese Menschen auch zu ihrem Recht kommen, wenn ihr geistiges Eigentum im Internet gebraucht wird. Denn geistiges Eigentum muss doch geschützt sein, egal wie der Zugriff erfolgt, ob analog oder digital. Geistiges Eigentum gehört auch im Internet geschützt. Wenn Dinge im Internet für kommerzielle Zwecke genutzt werden, dann muss der Betreiber des Portals - oder wer auch immer das geistige Eigentum nutzt - dafür die Urheber entsprechend entlohnen. Anders ist es gar nicht möglich.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU] und Dirk Michel [CDU])

Zum Stichwort „Zensur“: Von Zensur im Zusammenhang mit Urheberrecht zu sprechen, ist letztlich nichts anderes als Wahlkampfgeplänkel, meine Damen und Herren. Das ist auch gerade noch einmal herausgekommen: Hashtag *#Nie-MehrCDU*. Sie versuchen den Europawahlkampf einzuläuten und greifen sich so ein Thema heraus und das auf dem Rücken der Menschen, die hier leben und im kreativen Bereich arbeiten.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Darauf fallen wir doch nicht herein!)

Das werden wir auf gar keinen Fall zulassen, meine Damen und Herren.

Wir haben diesen Beschlusstext jetzt hier umformuliert. Der Rat bekennt sich zu einem effektiven Urheberrechtsschutz; denn darum geht es. Er lehnt Upload-Filter natürlich ab, weil grundsätzlich eine automatisierte Zensur im Internet dadurch möglich wäre. Das ist übrigens auch die Linie der Bundes-CDU. Ob wir uns am Ende mit diesem Thema in Berlin oder auch im Landtag beschäftigen müssen, das wird man sehen. Wir werden natürlich dieses Gesetzesvorhaben in den nächsten Wochen und Monaten begleiten.

Wir brauchen ein Gesetz zum Schutz der Rechte der Kreativwirtschaft, weil die Kreativwirtschaft einen sehr großen Beitrag für unsere Stadt leistet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Schwanitz das Wort.

**Hans Schwanitz** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir einige Elemente dieser Diskussion vom Kopf auf die Füße stellen. Es ist zunächst einmal sehr gut und sehr zu begrüßen, dass wir uns zumindest über ein paar Sachen hier in der Runde einig sind, und zwar über Folgendes: A) Es scheinen alle gegen Upload-Filter zu sein, ein sehr breites Dagegen. Ich glaube, es ist gut, wenn die Möglichkeit besteht, das heute mit unserem Antrag auch festzuschreiben. B) Wie schon gesagt wurde, wollen alle das Urheberrecht stärken, und natürlich wollen alle das gern auch auf Kosten der großen Internetkonzerne tun. Niemand hat im Europäischen Parlament gefordert, dass alles umsonst sein soll oder ähnlichen Unfug, der verbreitet wird.

Wenn wir uns das aber im Detail anschauen, ist das hier eine Debatte zur Unzeit; denn wenn ich mir in dem ominösen Punkt 2 des SPD-Antrages, der mehrfach genannt wurde, ansehe, an wen sich dieser richtet, sind das zuvorderst die Abgeordneten im Europäischen Parlament. Es tut mir leid, das zu sagen - ich glaube, der Antrag ist vom 22. -, aber seitdem ist das Kind in den Brunnen gefallen. Diese Schlacht ist verloren. Das Europäische Parlament hat doch schon zugestimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe GUT]: Genau!)

Die Richtlinie, die beschlossen wurde, ist unzweifelhaft schlecht. Sie ist handwerklich und inhaltlich schlecht, und sie ist schlecht für die Menschen, die sich im Internet bewegen. Es ist unbestritten: Wenn ich die Aufgabe stelle, dass du in acht Stunden von Köln in New York sein sollst, dann kann ich auch behaupten, ich habe das Wort „Flugzeuge“ nie erwähnt, aber es ist natürlich anders technisch nicht machbar. Das Gleiche ist mit den Upload-Filtern der Fall.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wissen auch, dass im Europäischen Parlament Leute beschlossen haben, die sich - vorsichtig gesagt - nicht sonderlich im Internet bewegen. Es gibt Interviews von führenden Wortführern, die mir wirklich unangenehm sind, wo man merkt, dass das technische Verständnis für das freie Internet begrenzt ist. Deshalb ist es gut, dass wir in unserem Beschluss den Beschluss des Europäischen Parlaments ausdrücklich bedauern; denn dieser Beschluss ist inhaltlich zu bedauern. Er ist teilweise nur dadurch zu erklären, dass im Europäischen Parlament der Altersdurchschnitt noch älter als im Bundestag ist. Ganz besonders ist die Diffamierung der vielen, vielen Menschen, die sich auf der Straße eingesetzt haben, zu bedauern, die damit einhergegangen ist.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur technischen Frage der Upload-Filter ist sehr, sehr viel gesagt worden. Das muss ich jetzt nicht wiederholen. Doch wir müssen auch der Ehrlichkeit halber sagen, dass die Diskussion im Europäischen Parlament quer durch alle Parteien gemischt gewesen ist. Von meiner eigenen Fraktion haben sogar 8 Prozent der europäischen Abgeordneten dieser Richtlinie zugestimmt. Das war zwar zumindest der geringste Wert unter allen Fraktionen im Europäischen Parlament, aber es ist durchaus kein Ruhmesblatt; das sind 8 Prozent zu viel.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Das, was wir aber sagen müssen, ist Folgendes: Damit diese Richtlinie deutlich angenommen wurde, bekam sie mehr als 50 Prozent der Stimmen aus der europäischen Volkspartei, mehr als 50 Prozent aus der Partei der europäischen Sozialdemokraten und mehr als

50 Prozent aus der Partei der europäischen Liberalen.

Ich möchte mich ausdrücklich noch einmal bei Julia Reder, der erwähnten ehemaligen Piratin - wenn sie auch inzwischen von den Piraten abträt - bedanken, die den Kampf gegen diese Richtlinie so gut geführt hat.

Was passiert nun? - Seit diese Richtlinie im Europäischen Parlament beschlossen wurde, sind alle Befürchtungen, die die Netzaktivisten zuvor formuliert haben, wahr geworden: Der EU-Kommissar Oettinger hat dem Bund, bereits bevor das Ganze Rechtskraft bekommt, mit Strafen gedroht, wenn es nicht umgesetzt wird, und zwar mit technischen Maßnahmen. Die ersten Plattformen - Twitch zum Beispiel - haben die Upload-Filter schon eingeführt. Das heißt, sie haben bereits gesagt: Natürlich gibt es keine andere Möglichkeit; die Upload-Filter sind schon da. Das bedeutet natürlich auch: keinen einzigen Euro für Urheber/Schaffende, sondern sozusagen nur ein großer Zwang besonders für die kleinen Plattformen, sich mehr und mehr an die großen anzuschließen. - Was kann man da noch tun?

Punkt 2 des SPD-Antrages - zum Europäischen Parlament habe ich mich geäußert -: Wer steht noch darin? - Die diversen Mandatsträger im Land, die Mandatsträger im Bund. Es ist gesagt worden, dass der Bundestag darüber in 45 Minuten diskutiere. Die Große Koalition im Bundestag hat sich entschieden, das Thema zu vertagen. Die Landesregierung steht auch darin. Wer steht denn nicht darin? - Die Bundesregierung steht nicht darin, obwohl die Bundesregierung der Großen Koalition die einzige ist, die etwas dagegen machen könnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und von Sven Werner Tritschler [AfD])

Die Bundesregierung muss im Ministerrat zustimmen. Warum steht sie also nicht darin? Das finde ich wirklich ein wenig peinlich. Deshalb werden wir diesem Antrag so auch nicht zustimmen, liebe SPD.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wir lassen uns doch hier nicht verkackeieren, um das noch einmal nett zu formulieren. Die Bundesregierung muss im Ministerrat zustimmen, und die Bundesregierung, die es machen soll, wird als einzige nicht erwähnt. Ich bin auch nicht optimistisch, dass man die Bundesregierung überzeugen kann, auch wenn es in Ordnung ist,

wenn wir einen generellen Beschluss fassen, dass wir gegen die Upload-Filter sind; denn es gibt bereits interessante Anzeichen. So wurde, obwohl Ministerin Barley eigentlich zuständig ist und die Hand dafür heben müsste - wie soll man das ausdrücken? -, auf mysteriöse Art und Weise im Geschäftsordnungsprozess des Europäischen Ministerrates auf einmal beschlossen, dass das Ganze nicht die Justizminister oder Wirtschaftsminister abstimmen. Es stimmen darüber im Ministerrat auf Betreiben der Bundesregierung die europäischen Landwirtschaftsminister ab - das muss man sich einmal vor Augen führen - mit Julia Klöckner an der Spitze.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das kann man sich nicht ausdenken. Also auch da ist keine Hoffnung. Gut, aber es steht uns, denke ich, gut an, wenn wir noch irgendetwas bewirken wollen, wenn wir mit breiter Mehrheit heute hier einen Beschluss gegen die Upload-Filter fassen. Dafür ist unser Änderungsantrag gut geeignet. Deshalb, auch wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, bitte ich hierfür um breite Unterstützung. Das wäre ein starkes und eindeutiges Zeichen der Stadt Köln. - Danke fürs Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Ulrich Breite [FDP])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Dienstagabend hatte ich mit meinem 10-jährigen Filius am Abendbrot die erste politische Diskussion, die nicht von mir initiiert wurde. Er meinte nämlich am Abendbrot zwischen Leberwurst und Käse: Papa, ist eigentlich Artikel 13 jetzt durch? - Mir wäre fast das Abendbrotbrötchen aus dem Mund gefallen. Unser Sohn ist richtig in einer politischen Debatte angekommen.

(Niklas Kienitz [CDU]: War jetzt Wurst oder Käse auf dem Brötchen?)

Ich glaube, Herr Dr. Elster, mein Sohn und seine Klassenkameradinnen und -kameraden und Altersgenossen haben dieses Thema viel besser begriffen als Sie und ich gemeinsam. Ich glaube, wir alten weißhaarigen oder „gar-keine-haarigen“ Politiker verstehen gar nicht mehr, was diese jungen Menschen umtreibt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist jetzt ein bisschen verallgemeinert!)

Die wachen morgens auf und checken YouTube, die gehen abends ins Bett und checken YouTube. Bei NetCologne habe ich letzte Woche gelernt, dass 26 Prozent des von NetCologne eingespielten Breitbandvolumens auf YouTube entfällt, nicht Netflix oder irgendetwas anderes, sondern YouTube. Genau da sind wir beim Thema. Wir haben nicht begriffen, dass dieser Artikel 13 oder 17 ein Freiheitsthema ist. Die Kölner sind zum Beispiel ganz weit vorn dabei. Julien Bam ist einer der bekanntesten YouTuber hier aus Köln; er macht viel mehr Geld als alle anderen. Wenn diese keine Möglichkeit mehr haben, sich kreativ im Netz auszutoben, dann ist das ein Freiheitsthema. Wir müssen aufpassen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir außerdem Mechanismen einbauen, wie wir sie sonst nur aus Russland oder China kennen, ist das ein Haltungsthema. Wir müssen Haltung für unsere Werte zeigen. Darum geht es auch heute hier.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben allerdings auch die technische Seite zu beachten. Denn wer will denn garantieren, ob ein lizenzgeschütztes Stück der 5. Sinfonie von Beethoven durch das Gürzenich-Orchester gespielt wird oder ob ein nicht-lizenzgeschütztes Stück des Philharmonic Orchestra aus Philadelphia gespielt wird? Das kann kein Upload-Filter herausfinden; das geht nicht. Und wenn es nicht geht, dann führt es dazu, dass zum Teil legaler Content geblockt und verboten wird. Das können wir nicht zulassen. Aus technischer Sicht können wir nicht dafür sein.

Außerdem - der Kollege hat es schon angedeutet - hat Twitch gestern verkündet, Geoblocking einzuführen. EU-Nutzer dürfen zukünftig in den Vereinigten Staaten abgestreamten Content nicht mehr sehen, und umgekehrt dürfen amerikanische User in Europa abgestreamten Content nicht mehr sehen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das gibt es schon ganz lange!)

- Herr Dr. Elster, machen Sie den Twitch-Test, checken Sie auf Ihrem Handy oder auf Ihrem iPhone die Twitch-App und checken Sie es. Sie werden keinen amerikanischen Content mehr sehen. Wer es begriffen hat, sind unsere Kinder, nicht wir beide.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Herr Kollege, checken Sie es einfach, bevor Sie dazwischenreden.

Last, but not least: Wofür stehen wir hier in Köln? - Wir stehen für Haltung, wir stehen für Freiheit, und wir stehen für Technik. Wir haben vor zwei Stunden vollmundig bekannt: Wir sind der beste Standort dieser Welt.

In der Tat, Herr Dr. Elster, wir sind Kreativstandort, wir sind Medienstandort, hier sind die Start-ups, hier sind die Julien-Bams, die sich in der Ehrenstraße abbilden lassen, die Millionen von Follower haben. Diese Leute müssen wir auch im Blick behalten. Doch diesen Leuten stellen wir ein Bein, stechen ihnen ins Herz mit Upload-Filtern. Deswegen ist es ein Kölner Thema, und deswegen sind wir gut beraten, wenn wir sagen: Nein zu Upload-Filtern, der Kölner Rat will das nicht, Ende der Durchsage. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Eine Rückfrage von Herrn Dr. Elster, bitte.

**Volker Görzel (FDP):** Ich habe noch 57 Sekunden, Herr Dr. Elster. Nutzen Sie die Zeit!

(Heiterkeit - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das reicht ja!)

- 51 Sekunden.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Lieber Kollege, weil Sie ja alles so gut wissen: -

(Volker Görzel [FDP]: Ja, das ist mein Beruf. - Heiterkeit)

- Wissen Sie, dass am 04.04. um 15.30 Uhr Twitch dementiert hat, dass es zu den von Ihnen hier mehrfach thematisierten Sperrungen kommt?

**Volker Görzel (FDP):** Lesen Sie es mal vor!

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Das habe ich doch gerade!

**Volker Görzel (FDP):** Nein, lesen Sie es bitte vor. Lesen Sie die ganze Nachricht vor.

**Dr. Ralph Elster (CDU):**

Twitch will es trotz der neuen Urheberrechtsreform vermeiden, dass es zu Stream-Sperrungen kommt.

**Volker Görzel (FDP):** „Will vermeiden“ - genau das ist es! Denn wenn man etwas vermeiden - -

(Unruhe)

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Was denn vermeiden? - Sie haben gerade dreimal gesagt, dass sie das schon machen.

**Volker Görzel (FDP):** Herr Dr. Elster, ich habe das Wort. Sie haben die Frage gestellt. Sie haben sich gerade ein Eigentor geschossen.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Nein, Sie haben sich ein Eigentor geschossen.

**Volker Görzel (FDP):** Sie haben gesagt, Twitch möchte - -

(Unruhe - Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Herr Dr. Elster, wir beide verstehen uns doch gut, und Verständnis beruht auf Ausreden-Lassen. Sie haben gerade vorgelesen, Twitch will es vermeiden. Umkehrschluss: Wenn es nicht vermieden wird, wird es eingeführt. Das ist Lobbyismus, das ist Politik. Twitch kündigt es an.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein, Sie haben gesagt: Ich soll checken, dass es Twitch schon macht! Sie haben das Eigentor geschossen! Sie haben gelogen!)

- Das mag ja sein, aber Sie haben ein wunderbares Beispiel dafür genannt, dass die Gefahr akut ist und es vermieden werden soll. Deswegen haben Sie jetzt die Gelegenheit, Twitch zu unterstützen, indem Sie die Hand heben.

(Beifall bei der FDP - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das war schlicht und ergreifend nicht die Wahrheit! Sie haben nicht die Wahrheit hier vorgetragen! - Unruhe)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Thema? - Das sehe ich nicht.

Ich darf Sie vielleicht einmal daran erinnern, dass Sie eigentlich alle das Gleiche wollen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das ist gerade herausgekommen! - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gut, das gab es schon ein paar Mal in diesem Rat, das habe ich schon ein paar Mal erlebt. Das heißt auch nicht, dass Sie für das Gleiche abstimmen.

Ich habe zunächst den Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und GUT aufzurufen. Ich frage nach Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Gegenstimmen? Waren das Gegenstimmen?

(Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT]: Ich habe vorhin einen Vorschlag gemacht! - Niklas Kienitz [CDU]: Wir sind in der Abstimmung! - Unruhe)

- Ich möchte trotzdem Herrn Hegenbarth noch einmal seinen Vorschlag wiederholen lassen.

**Thomas Hegenbarth** (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich habe ja vorhin, glaube ich, klagemacht, dass eine Abhängigkeit besteht zwischen unserem ursprünglichen ersten Antrag und zwischen dem zweiten -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, der ersetzt den anderen!)

- und einer Zustimmung, die wir zum Änderungsantrag geben können. Deswegen würde ich gern dazu auffordern, den ersten Antrag von uns abzustimmen, nur Punkt 2, und Punkt 1 und 3 zu streichen und diesem Punkt 2 zuzustimmen aus unserer Sicht. Wenn das nicht passieren sollte, werden wir dem Änderungsantrag nicht zustimmen. So einfach ist das. Es ist ja eine gewisse Logik, die dazwischen besteht.

(Bernd Petelkau [CDU]: Änderungsantrag zuerst! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Machen Sie es doch einfach, Frau Oberbürgermeisterin! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, so, wie wir ihn vorgelegt haben! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nur den Punkt 2!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wenn jetzt der Antrag einen nicht nur im Vortrag konstruierten, sondern tatsächlichen Bezug zu Köln hätte, könnte man vielleicht auch diesen Teil herausnehmen und als Änderungsantrag stellen. Das hat er aber nicht. Ich müsste mir vorbehalten, die Beschlussfassung zu beanstanden. Herr Hegenbarth, wir brauchen das nicht zu diskutieren. Wir machen es jetzt so.

(Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT]: Doch, ich bin Mandatsträger!)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Also, ich frage noch einmal - ich weiß ja jetzt zum Teil schon, wer dagegen stimmen wird - nach Gegenstimmen bezüglich des Änderungsantrages. Wer gegen den Änderungsantrag stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Von AfD. Damit ist der Änderungsantrag beschlossen.

(Beifall bei der CDU und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Er ersetzt damit den ursprünglichen Antrag. Dann brauche ich den nicht mehr abstimmen zu lassen, dann habe ich auch kein Problem mehr mit Köln.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Köln kann man kein Problem haben!)

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf.

(Michael Frenzel [SPD]: Wir haben ein Problem! Wir haben keinen Ersetzungsantrag, sondern nur einen Änderungsantrag abgestimmt!)

- Wir haben einen Ersetzungsantrag abgestimmt.

(Michael Frenzel [SPD]: Da steht aber etwas anderes drauf!)

- Es ist aber ein Ersetzungsantrag.

(Zuruf: Das stimmt doch nicht! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmen Sie einfach noch einmal über den geänderten ab!)

- Das brauche ich nicht. Das steht da immer.

Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend  
„Prüfung Verlegung der Messstationen  
für Feinstaubmessung“  
AN/0419/2019**

Als Erster hat Herr Boyens das Wort.

**Stephan Boyens** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Anfang dieser Woche ist der neue Luftreinhalteplan in Kraft, und - siehe da! - schon einen Tag später verkündete die Bezirksregierung den ersten Erfolg. Auf der Aachener Straße würden die Grenzwerte für Stickoxide bereits eingehalten.

Ist das eine gute Nachricht? Offensichtlich nicht gut genug; denn unserem Umweltdezernenten reicht das anscheinend noch immer nicht. Auf seiner Facebook-Seite forderte Herr Dr. Rau jüngst allen Ernstes die „Enteignung aller Autofahrerinnen und Autofahrer“. Ich sage dazu nur eines: Ist eine Forderung auch noch so hirnerbrannt; Hauptsache, sie ist in gendergerechter Sprache formuliert.

(Beifall bei der AfD)

Frau Oberbürgermeisterin Reker, mit so einem erklärten Autofeind als Dezernenten an Ihrer Seite können Sie sich Ihre Besuche beim größten Industriearbeitgeber unserer Stadt, den Ford-Werken, getrost sparen.

Wir als AfD fordern Sie daher auf: Nehmen Sie Ihre Richtlinienkompetenz endlich wahr, und weisen Sie Herrn Dr. Rau in die Schranken.

Die Stadt Offenburg wollte ihn nicht als Oberbürgermeister. Die Stadt Köln braucht ihn nicht als Dezernenten. Herr Dr. Rau ist eine Belastung für unsere Stadt und fachlich eine Fehlbesetzung.

(Beifall bei der AfD)

Das gilt umso mehr, als die zugrunde liegenden Zahlen und Fakten die ganze Absurdität dieser Dieselfahrverbote zeigen. Die gesamte Diskussion dreht sich ja im Wesentlichen um die Stickoxide, also die Grenzwerte für NO<sub>x</sub>. Lassen Sie einfach noch einmal folgende Fakten auf sich wirken: Wir reden über 40 µg am Clevischen Ring. Das strenge Kalifornien fordert 100 µg. 950 µg, mehr als das 20-Fache, gestatten wir an Arbeitsstätten, also im Gewerbe und damit dort, wo Menschen acht Stunden und länger arbeiten.

Meine Damen und Herren, diese Relationen machen eines doch vollkommen deutlich: Der Grenzwert von 40 µg ist absurd niedrig. Er ist wissenschaftlich in keiner Weise begründet. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes aus der Luft gegriffen.

Selbst die Bundesregierung hat das mittlerweile eingesehen. Wie Sie alle wissen, ist ein Gesetz auf dem Weg, das Überschreitungen bis zu 50 oder gar 60 µg erlauben wird.

Nur das Umweltbundesamt und, wie es scheint, Herr Dr. Rau kämpfen noch verzweifelt. Das Umweltbundesamt schreibt auf seiner Homepage tatsächlich - gestern noch überprüft -:

Bei der Ableitung von Grenzwerten für Stickstoffdioxid in der Außenluft können nicht die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie für Arbeitsplatzgrenzwerte ...

Das heißt: Der Wert von 950 µg gilt für gesunde Arbeitende, die dort acht Stunden pro Tag und 40 Stunden pro Woche arbeiten. Aber den Werten in der Außenluft - so die Aussage des Umweltbundesamtes - sind ja alle Menschen rund um die Uhr ausgesetzt, also insbesondere empfindliche Personen, Asthmatiker, Kinder, Schwangere und alte Menschen.

Meine Damen und Herren, merken Sie eigentlich, was für eine menschenverachtende Argumentation das ist? Kennen Sie einen Asthmatiker, der dauerhaft in vier Metern Abstand von einer Straßenkreuzung lebt? Aber einer Facharbeiterin, die jeden Tag acht Stunden in einer Werkhalle malocht, können wir 950 µg zumuten.

Diesen menschenverachtenden Widerspruch kann auch das Umweltbundesamt nicht auflösen.

Aber was wollen Sie von grünen Pharisäern auch erwarten, meine Damen und Herren? Für die wertschaffenden Milieus in unserem Land, für die Menschen, die jeden Tag acht Stunden in einer Werkhalle stehen, haben die sich noch nie interessiert. Für die meisten Grünen ist das Wort „Werkhalle“ ohnehin ein Fremdwort. Die wenigsten von ihnen wissen überhaupt, wie es in einer Werkhalle aussieht. Wie auch bei einer Klientel, bei der am 15. des Monats regelmäßig das Geld auf dem Konto ist und die sich vornehmlich aus Sozialpädagogen und Studienabbrechern zusammensetzt?

(Prof. Dr. Birgitt Killersreiter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was glauben Sie, was ich alles gemacht habe!)

Merken Sie eigentlich nicht, dass die Politik in Deutschland und gerade auch hier in Köln dabei ist, die letzte Glaubwürdigkeit zu verspielen? Welchen Bürger wollen Sie angesichts dieser Zahlenverhältnisse denn noch davon überzeugen, dass diese Verbote sinnhaft oder angemessen sind? Fahrverbote bringen der Umwelt rein gar nichts. Das zeigen die Erfahrungen in anderen Städten. Die Autofahrer machen Umwege und belasten die Umwelt damit nur noch mehr.

Unser dringender Appell an die Verantwortlichen lautet daher: Holen Sie schleunigst alle Akteure an einen Tisch. Überprüfen Sie endlich und kritisch die Standorte der Messstationen. Suchen Sie nach alternativen Aufstellorten. Das sklavisches Festhalten an dem absurd niedrigen Grenzwert ist zu beenden. Fahrverbote für die Bürger und Gäste dieser Stadt sind das Letzte, was wir brauchen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt über diesen Antrag, TOP 3.1.4, abstimmen. Wer ist dafür? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltungen. Dann ist er mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung auf:

**3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Sportentwicklungsplanung - jetzt umsetzen!“  
AN/0411/2019**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.  
AN/0457/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP  
AN/0468/2019**

**10.15 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln  
0149/2019**

Herr Kron, bitte.

**Peter Kron (SPD):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommt wieder etwas Schönes. Gott sei Dank beschäftigen wir uns jetzt mal wieder mit etwas Angenehmem, nämlich mit der Sportentwicklungsplanung.

Sie ist schon lange in der Diskussion. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Sportausschuss wissen, dass wir schon immer bei allen möglichen Diskussionspunkten die Notwendigkeit gesehen haben, einen solchen Plan in Auftrag zu geben und zu bekommen.

Dann haben wir im November 2016 diesen Beschluss für die Ausschreibung und die Vergabe einer Sportentwicklungsplanung gefasst. Dieser Auftrag umfasste nicht nur rein sportliche Belange, sondern eine integrierte Planung, die weit über Sportbelange hinausging und auch die Freiraum-, Stadt-, Jugend- sowie Schulentwicklungsplanung einbezog.

Wir haben dann - ich glaube, ich spreche für alle, die dabei waren - mit großem Glück Herrn Professor Dr. Kähler und sein Team - das sind Herr Professor Dr. Thieme, Herr Professor Dr. Brandl-Bredenbeck und Herr Dr. Fischer - gefunden. Sie haben den Auftrag übernommen und im Frühjahr 2017 damit begonnen. Das ist ein ganz intensiver Prozess in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, vor allen Dingen mit dem Sportamt, dem Stadtsportbund und sonstigen Beteiligten.

Dann haben wir ein vorbildliches transparentes Verfahren erlebt - mit einer großen Information, mit einem Beirat der Sprecher für Sportpolitik der Fraktionen, mit öffentlichen Veranstaltungen, mit Berichten im Ausschuss, mit Besuchen in Arbeitskreisen. Herr Professor Dr. Köhler war immer bereit, zu kommen und zu berichten.

Nun ist das Gutachten da. Es liegt als Anlage 1 zur Beschlussvorlage unter TOP 15 vor und umfasst immerhin 210 Seiten. Vielen Dank dafür.

Seit Anfang dieses Jahres ist die Verwaltungsvorlage mit dem Gutachten auf der Reise durch sieben Ausschüsse und neun Bezirksvertretungen. Heute folgt hoffentlich die einstimmige Zustimmung hier im Rat.

Insgesamt ist das also ein guter Start mit dem ersten Schritt.

Den zweiten Schritt müssen die Politik, die Verwaltung und die Akteure, also die Bevölkerung, die Vereine und der Stadtsportbund, jetzt zusammen gehen - oder, wie Frau Dr. Klein vor kurzem noch schriftlich mitteilte:

Das Ende der Untersuchung bedeutet jedoch nicht, dass die Sportentwicklung nun vollendet ist. Im Gegenteil! Sie fängt erst richtig an. Ich würde mich freuen, wenn wir den so gut begonnen kooperativen Prozess beibehalten,

um gemeinsam die Maßnahmen des Sportentwicklungsplans nach und nach umsetzen zu können.

Zum Inhalt der Planung und der Vorlage: Die Erkenntnisse der Planung sollen insbesondere zunächst einmal im Rahmen von fünf Modellprojekten umgesetzt werden. Dort stehen erfreulicherweise auch schon für 2019 bis einschließlich 2022 Mittel bereit, und zwar pro Jahr 2,65 Millionen Euro.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Handlungsempfehlungen für die Umsetzungsphase, die es unmittelbar aufzugreifen gilt. Denn im Beschlussvorschlag steht - das sind für meinen Begriff die Kernsätze -, dass das Gutachten „Handlungsleitfaden“ soll und die Verwaltung beauftragt wird, auf seiner Basis „entsprechende Maßnahmen zu entwickeln“.

Die SPD-Fraktion wird dem mit großer Freude zustimmen.

Allerdings muss noch mehr passieren als „nur“ - „nur“ in Anführungszeichen - die fünf Modellprojekte. In der Vorlage sind eine Menge Punkte aufgeführt, die es mit Leben zu erfüllen gilt. Das geht von Kunstrasenplätzen über die Neuaufstellung des Sportamtes - wie es hier sehr schön heißt, soll es zu einem Kompetenzzentrum „Sport und Bewegung“ weiterentwickelt werden - bis hin zur Zusammenarbeit mit dem Amt für Schulentwicklung, zum Neubau eines barrierefreien Sportzentrum usw. usf. Diese Einzelpunkte müssen mit Leben erfüllt werden.

Die SPD-Fraktion hat das Ganze diskutiert und dann gesagt: Wir müssen dort - bei aller Freude über die Verwaltungsvorlage - etwas konkreter herangehen.

Darauffin haben wir unseren Antrag formuliert, in dem wir das fordern, was schon in der ursprünglichen Vorlage zur Beauftragung der Planung stand:

- Erarbeiten eines Maßnahmenkatalogs und einer konkreten Maßnahmenplanung für die einzelnen Stadtbezirke
- auf jeden Fall die sozialräumliche Ausrichtung
- eine entsprechende Finanzierung

Denn über die fünf Projekte hinaus brauchen wir noch mehr Mittel, um die Einzelprojekte durchzuführen. Das Sportamt kann das mit der derzeitigen Belegschaft - auch mit zwei Stellen, die jetzt

versprochen sind - nicht wahrnehmen. Dieser Auffassung sind wir.

Daher bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag der SPD-Fraktion, der darauf abzielt, das Ganze konkreter zu formulieren.

Es liegen zwei Änderungsanträge vor, zum einen von der LINKEN und zum anderen von CDU, Grünen und FDP.

In diesen Änderungsanträgen stehen Allgemeinplätze, die aber alle okay sind und denen wir zustimmen können.

Der Antrag der LINKEN enthält eine Formulierung, die genau dem Beschlussvorschlag entspricht. Das kann man noch einmal beschließen.

Im Antrag von CDU, Grünen und FDP stehen Zahlen aus dem Haushalt. Wir können sie noch einmal beschließen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr habt den Haushalt gar nicht mit beschlossen! Ihr habt jetzt die Chance, das zum ersten Mal mit zu beschließen!)

Es ist also alles richtig. Es ist alles korrekt. Nur: Ich schlage vor, dass wir bei einer Sache, für die alle sind und die alle wollen, jetzt nicht hier irgendwelche Abstimmungen machen, bei denen der eine Antrag gegen den anderen gestellt wird.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum legt ihr dann einen Antrag vor?)

Ich schlage vor, die Änderungen der beiden anderen Anträge in unseren Antrag zu übernehmen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte formulieren Sie den Satz zu Ende und beenden dann Ihre Rede.

**Peter Kron (SPD):** Auch wenn meine Redezeit vorbei ist, würde ich gerne noch zwei Sätze sagen, die sich an Frau Dr. Klein richten.

Frau Dr. Klein ist im Moment in einem Verabschiedungsmarathon. Aber auch von hier aus möchte ich ihr im Namen des Sportausschusses noch einmal alles Gute wünschen. Vielen Dank für die kompetente, gute Zusammenarbeit!

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum habt ihr das nicht im Ausschuss gemacht?)

Alles Gute für die Zukunft! Wir werden uns bei vielen Sportereignissen häufig wiedersehen. Ich habe schon gesagt: Die nächste Möglichkeit zum Wiedersehen ist am ersten Tag in Freiheit - so hätte ich es fast formuliert -, also am ersten Tag außerhalb des Amtes, nämlich am 1. Mai 2019, einen Tag nach dem Ausscheiden, beim Pokalendspiel der Frauen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Vorher zur Mai-Demo!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Kron.

**Peter Kron (SPD):** Noch einmal: Ich übernehme die beiden Anträge in unseren Antrag.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Kron. - Herr van Benthem, bitte.

**Henk van Benthem (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ganze ist jetzt ein bisschen schwer verständlich.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem ich die Rede von Peter Kron gehört habe, frage ich mich wirklich: Was machen wir jetzt hier?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Zieht doch alle Anträge zurück!)

Lieber Peter, du hast ja gerade gesagt, was für den Sportentwicklungsplan so wichtig und richtig ist.

Bevor ich weiterrede, möchte ich aber zweimal Danke sagen.

Zunächst möchte ich mich bei der Frau Oberbürgermeisterin herzlich dafür bedanken, dass der Tagesordnungspunkt 10.15 gleichzeitig mit diesem Antrag und unserem Änderungsantrag behandelt wird.

Wir werden nämlich - das kann man vorwegschicken - dem Sportentwicklungsplan so, wie er vorliegt, zustimmen. Ich sage das ganz bewusst,

damit es keine Geschichtsklitterung gibt und wir nicht demnächst in der Zeitung lesen können, CDU, Grüne und FDP seien gegen Vereine oder Verbände. Ganz klar ist: Wir werden hier zustimmen.

Welches Problem haben wir jetzt mit dem vorliegenden Antrag von SPD und BUNT? Ganz einfach! Erst einmal bin ich der Meinung: Das hätte im Sportausschuss diskutiert werden können.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Ulrich Breite [FDP])

Es war sehr bemerkenswert, dass der Antrag für den Rat schon vorlag, bevor der Sportausschuss überhaupt getagt hat.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ach!)

Ich hätte gedacht, dass er dorthin gehört. Ich wusste schon vor dem Sportausschuss, dass der Antrag eingestellt wird. Dort hätten wir ihn diskutieren können.

Dazu kommt noch das, was unsere scheidende Dezernentin - die ich natürlich genauso herzlich verabschiede, wie Peter Kron das getan hat; zum sechsten Mal machen wir das -

(Heiterkeit bei Niklas Kienitz [CDU] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

auch ganz klar im Sportausschuss gesagt hat. Sie hat nämlich betont, dass sie im Sportausschuss das Fair Play im Umgang untereinander - das stimmt auch - unheimlich geschätzt hat.

Es ist die Frage, inwieweit es Fair Play ist, dass wir etwas im Rat behandeln, was anschließend den Anschein erwecken könnte, wir seien dagegen. Nein!

Wogegen sind wir aber? Wir sind dagegen, dass im Antrag von SPD und BUNT die sechs Punkte aus dem Papier von Herrn Professor Dr. Kähler stehen.

Punkt 1: Erarbeiten eines Maßnahmenkatalogs. - Das steht im Gutachten auf Seite 13:

3 Die Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges

Das steht da.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist nicht wahr! Echt?)

Punkt 2: Sozialräumliche Ausrichtung. - Da muss man natürlich weiterlesen. Das steht auf Seite 148

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Das ist der Hammer!)

hinter dem dritten Spiegelstrich:

Die Sozialräume stehen dabei besonders im Blickpunkt.

Leute, was wollt ihr?

Punkt 3: Rechtzeitiges Aufstellen einer Finanzierungsplanung. - Auf Seite 4 der Vorlage steht - Peter Kron hat es ja gerade gesagt -:

Zur Umsetzung der aus dem Gutachten resultierenden Einzelmaßnahmen sind ... Auszahlungsermächtigungen i. H. v.

- man höre und staune -

2.650.000,00 € im Haushaltsjahr 2019 und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 p. a. veranschlagt.

Was wollen wir denn mehr?

Punkt 4: Akquise des erforderlichen Personals für das Sportamt. - Darüber wurde gerade auch gesprochen. Seite 5 der Vorlage, letzter Punkt - ich trage es hier vor, damit man nicht so lange suchen muss -:

Das Sportamt gibt sich auf der Grundlage der Sportentwicklungsplanung eine angepasste Organisationsstruktur und Aufgabenverteilung.

Punkt 5: Abschluss eines „Paktes für den Sport“ mit dem Stadtsportbund. - Hier geht die Vorlage sogar weiter. Auf Seite 4 steht nämlich:

Sportamt und Stadtsportbund/Sportjugend Köln bauen ihre Zusammenarbeit inhaltlich und formal aus.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wie können die Sozialdemokraten nur so eindimensional sein?)

Punkt 6: Beauftragung einer Evaluierung. - Was sagt die Vorlage?

Die Sportentwicklungsplanung wird in einem Zeitraum von 15 Jahren umgesetzt, der Prozess wird evaluiert und weiterentwickelt.

Wer sagt, das seien keine konkreten Angaben, dem empfehle ich, einfach einmal über Folgendes nachzudenken: Das Schwarze sind die Buchstaben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Da kann man vielleicht nachsehen, was dort gemeint ist.

Ich persönlich sage für meine Seite: Wir haben wirklich in allen Bezirksvertretungen und in allen Ausschüssen das Ding rauf und runter diskutiert.

Um deutlich zu machen, dass man es tatsächlich ernst meint, hätte man den Verbänden, den Vereinen und auch den Menschen in unserer Stadt zeigen sollen, dass wir nicht immer nur streiten wollen. Hier gibt es eine Vorlage zum Sportentwicklungsplan. Daran haben wir lange gearbeitet. Wir waren uns alle einig. Und dann bekommen wir das hier auf den Tisch gelegt. Ich weiß nicht, ob das der richtige Ansatz ist.

Das Einzige, was durchaus gefehlt hat, ist Folgendes: Wenn man neu baut, muss man darauf achten, dass eine Versiegelung der Fläche nicht unendlich sein kann, sondern endlich ist. Deshalb sollte man für den Bau neuer Sportgeräte möglichst bereits versiegelte Flächen nehmen.

Meine Damen und Herren, eine Frage möchte ich wirklich aufwerfen. Wir reden über den Sportentwicklungsplan. Die Sportler und Sportlerinnen in unserer Stadt, ob Freizeitsportler oder Vereinssportler, nehmen unsere Natur ernst. Diejenigen, die denken oder befürchten, das sei nicht der Fall, waren nie in einem Sportverein und haben nie Freizeitsportler in Aktion gesehen.

Ich bin der Meinung, dass unser Antrag mit der darin thematisierten Vorsicht bei Versiegelung ein vernünftiger Weg ist. Deswegen werden wir den Antrag der SPD ablehnen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr van Benthem, lassen Sie eine Frage von Herrn Kron zu?

**Henk van Benthem (CDU):** Mit dem allergrößten Vergnügen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte schön.

**Peter Kron** (SPD): Ich weiß nicht, ob du bei deiner letzten BV-Sitzung vorige Woche dabei warst. Das ist auch die Frage: Warst du dabei?

Denn ich könnte jetzt vorlesen - dann würdet ihr euch wundern -, wie der Antrag lautet, der in der BV Porz einstimmig, also auch mit den Stimmen von CDU und Grünen, beschlossen worden ist. Er entspricht nämlich genau dem Antrag der SPD-Fraktion, der heute vorliegt. Ihr habt ihn dort als Ergänzung zur Sportentwicklungsplanung beschlossen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Als Ergänzung, aber nicht als eigenständigen Antrag!)

Du musst natürlich nicht innerhalb von zwei Wochen zweimal dasselbe beschließen. Das kann man jetzt natürlich ablehnen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist doch kein eigenständiger Antrag!)

Mir fiel das nur auf. Es erstaunt mich, dass du das, was du vor einer Woche selber beschlossen hast, jetzt so rigoros ablehnst.

(Beifall bei der SPD)

**Henk van Benthem** (CDU): Darauf kann ich sehr gern eine Antwort geben. An dieser Stelle möchte ich auch an das Gedächtnis appellieren.

Bereits im Vorfeld der Sportausschusssitzung habe ich gesagt bzw. die Mitglieder der FVB gefragt - und da fehlt euer SPD-Vertreter in der FVB; dafür kann ich nichts -, ob wir so gegen diesen Antrag, der hier vorliegt, verfahren können. Da haben wir auch vereinbart, dass wir das im Sportausschuss dann genauso machen. Die FVB in Porz hat mir mit den anwesenden Teilnehmern - und das ist die Mehrheit - die Genehmigung gegeben, so gegen den Beschluss der Bezirksvertretung zu verfahren. Das kannst du nicht wissen. Ich kläre gern auf.

(Peter Kron [SPD]: Ich bin nur erstaunt!)

Das ist der Grund, warum ich das mache. Ich mache es auch, weil es vernünftig ist und weil wir dazu stehen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr van Benthem. - Frau Thelen, bitte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Die Buchstaben sind das Schwarze!)

**Elisabeth Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Buchstaben sind bei mir das Schwarze, genau. Vielen Dank. - Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einige wenige Sätze über das Papier selbst verlieren und dann einige wenige Sätze zu der Antragslage sagen.

„Draußen, spontan, ohne Verein“ überschrieb der *Kölner Stadt-Anzeiger* heute seinen Bericht über die Entscheidung, die wir hier treffen. In der Tat betreiben 70 Prozent der Kölnerinnen und Kölner ihren Sport unorganisiert in den Parks und auf den Straßen der Stadt: Joggen, Radfahren, Fitnesssport.

Das vorliegende Gutachten macht hierzu attraktive Vorschläge für den Sport im öffentlichen Raum. Es umfasst auch noch vieles mehr. Es versucht, den neuen Trend, den wir schon lange kennen, immer mehr Sport unorganisiert zu treiben, damit zu vereinen, sucht dabei aber auch das Bündnis mit den Sportvereinen und bemüht sich, die Infrastruktur herzustellen.

Innerhalb des zweijährigen Prozesses hat es Herr Professor Dr. Kähler mit seinem Team vor allen Dindort istgen geschafft, eine Begeisterung und Motivation aller Beteiligten herzustellen, die ihresgleichen sucht.

Ich war selbst Mitglied der Steuerungsgruppe. Differenzen haben wir dort keine gehabt. Man hatte den Eindruck, dass alle gern dort mitmachen. Meines Erachtens kann man das dem Papier auch entnehmen. Es ist darin gut wiedergegeben.

Es wurde erreicht, eine intersektorale Zusammenarbeit von Ämtern, Politik und Stadtsportbund herzustellen. Das ist gewachsen. Für die Umsetzung des Sportentwicklungsplans ist es unbedingt notwendig, dass wir dies auch weiter so fortsetzen.

Wir stimmen heute darüber ab, dass das vorliegende Gutachten Grundlage und Werkzeugkasten für die Sportentwicklung der nächsten 15 Jahre sein soll. Das ist schon einiges.

Es gibt eine lange Liste von Handlungsempfehlungen, von denen ich jetzt fünf vortragen werde.

Erstens: die verstärkte Nutzung des öffentlichen Raums nach Kriterien der Nachhaltigkeit.

Zweitens: die intersektorale Zusammenarbeit von Ämtern, insbesondere Grünflächenamt, Planungsamt und Schulamt.

Drittens - ganz wichtig -: der Vorrang der Sanierung von Sportanlagen mit identifizierten Mängeln. Es hat umfangreiche Begutachtungen und Begehungen von Sporteinrichtungen gegeben. Dort sind eine Reihe von Mängeln aufgetaucht. Da müssen wir etwas tun. Das steht ganz oben auf der Agenda.

Viertens: Wir wollen Bewegungsangebote für Menschen schaffen, die geringe Chancen zur Teilhabe am Sport haben.

Fünftens: Nicht zuletzt ist das digitale Belegungsmanagement von Sporteinrichtungen wichtig. Dies zu erreichen, ist in den nächsten Jahren unser Ziel.

Erfolgen soll alles das zusammen mit Sportvereinen und Stadtsportbund, die mit uns allen zusammen den Prozess getragen haben.

Für die Sportpartie hier im Rat ist ganz wichtig, dass wir dies heute beschließen und damit auch die dort formulierten Modellprojekte angehen, die große Strahlkraft haben.

Weil wir in den letzten Monaten und den letzten beiden Jahren so einvernehmlich daran gearbeitet haben, mutet es für mich schräg an, wenn dann die SPD - Henk van Benthem hat es gerade dargestellt - Punkte, die ohnehin Teil des Gutachtens sind, hier zum Antrag erhebt. Damit versucht sie, sich vor uns anderen als Vorreiter der Sportentwicklungsplanung darzustellen. - Das ist das eine.

Das andere ist, dass die SPD hier versucht, dem Sportamt, das maßgeblicher Treiber des Prozesses war, zu sagen, was es denn jetzt zu tun hat.

Ich habe dazu im letzten Sportausschuss nachgefragt. Natürlich sind die Dinge, die in diesem Antrag aufgeführt sind, beim Sportamt in der Planung. Daher ist er im Grunde genommen überflüssig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

Ich möchte kurz die vier Punkte darstellen, die wir im Änderungsantrag formuliert haben.

Erstens: Lasst das Sportamt mal machen und formuliert nicht zu kleinteilige Vorgaben.

Zweitens: Geht die Sanierung mit dem Personalamt an.

Drittens: Wir haben schon viel gemacht; daran gilt es anzuknüpfen.

Viertens: Wir dürfen die Ökologie nicht vergessen und müssen sorgsam Ausgleich schaffen oder Eingriffe sogar dort vermeiden, wo sie entstehen.

Letzter Satz: Lassen Sie uns die Sportentwicklungsplanung heute unter dem Motto „Lebensfreude in Bewegung“ beschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Thelen. - Frau Stahlhofen, bitte.

**Gisela Stahlhofen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allen Dingen liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Sportausschuss! Ich hatte eigentlich vor, wenn überhaupt, nur ganz kurz etwas zu sagen. Aber jetzt haben wir eine andere Sachlage und Änderungsanträge über Änderungsanträge.

Ich wollte eigentlich so anfangen, wie es Frau Thelen gerade getan hat. Als ich heute Morgen die Presse gelesen habe, dachte ich: Wow! Wir haben einen Sportentwicklungsplan, mit dem auf einmal Tischtennisplatten erneuert werden oder der Innere Grüngürtel gemäht und attraktiver gemacht wird. Dort besteht schließlich großer Bedarf. Dann habe ich aber festgestellt: Ach nein; wir beschließen heute eine Sportentwicklungsplanung.

Jeder Antrag - der Antrag der SPD, der Änderungsantrag von CDU usw. - beginnt mit den Worten „Sportentwicklungsplanung - jetzt umsetzen!“. Es geht also nicht um einen Entwicklungsplan. Das sind zwei verschiedene Dinge. Ich habe auch mehrfach im Ausschuss darauf hingewiesen, dass wir jetzt eigentlich an den Plan herangehen müssen. Wir müssen jetzt Kriterien entwickeln und das Ganze präzisieren, damit wir einen Plan herstellen, der dann eine Priorisierung erfährt und in die Umsetzung kommt.

Aber nein; wir verharren jetzt erst einmal dabei. Wir planen, planen, planen. Wir machen ein Konzept. Und was passiert? Nichts!

Das finde ich sehr ärgerlich. Denn dieses Gutachten mit 159 Seiten ist sehr inhaltsreich. Darin stehen unheimlich viele Empfehlungen, die Sie

als Antragsteller von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auch übernommen haben. Anders als Herr van Benthem kann ich Ihnen hier nicht die jeweilige Seitenzahl anbieten. Es steht aber genau so in den Empfehlungen drin. Richtig kreativ waren Sie an dieser Stelle also auch nicht, genauso wenig wie die SPD. Aber sei es drum!

Wir wollen hier alle das Gleiche. Wir wollen, dass diese Planung jetzt endlich in einen Plan übergeht. Daran sollten wir arbeiten, statt uns hier gegenseitig irgendwelche Vorwürfe zu machen, was der Sache überhaupt nicht dienlich ist.

Ich habe sehr dafür geworben - im Sportausschuss und auch in anderen Ausschüssen -, die Spiegelstriche der Entwicklungsplanung mit in den Beschlusstext zu übernehmen. Wir finden das jetzt unter neuen Beschlusspunkten im Änderungsantrag. Seinerzeit konnten Sie unserem Vorschlag nicht folgen. Das bedaure ich sehr. Denn das wäre die Konkretisierung gewesen, die wir unbedingt brauchen, um diese Planung in einen Plan umzusetzen. Meines Erachtens sollten wir uns an dieser Stelle auf das zurückziehen, um das es hier geht, nämlich darauf, eine Entwicklungsplanung in einen Plan umzusetzen.

Ihre Änderungen sind genauso wie die Änderungen der SPD und auch unser Beitrag, die Initiativen stärker zu berücksichtigen, in den Anlagen zu dieser Vorlage enthalten, und zwar seitenweise. Ich weiß nicht, wer es alles gelesen hat. Ich empfehle noch einmal, das zu tun. Wer eine Kurzfassung haben möchte, kann bei uns im *Platzjabbeck* nachschauen; denn dort habe ich es noch einmal beschrieben. Das ist zwar nur eine Kurzfassung. Trotzdem ist es noch einmal zur Vertiefung zu empfehlen.

Insofern denke ich: Wenn wir alle hier alles gemeinsam beschließen können, sind wir auf dem richtigen Weg. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Stahlhofen. - Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Verehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

(Der Redner hält ein Dokument hoch)

Das ist das Werk, um das es geht und über das wir hier alle sprechen.

Danke schön, Frau Dr. Klein. Wir haben uns in mehreren Sitzungen bemüht, das Ganze in eine Form zu bringen, in der wir uns auch alle wiederfinden. Frau Dr. Klein, das haben Sie und das Sportamt ganz hervorragend gemacht. Auch dafür herzlichen Dank.

Darum habe ich jetzt auch ein bisschen Beißhemmungen, muss ich sagen. Bei dem lieben Peter Kron habe ich sowieso Beißhemmungen. Schließlich ist das Ergebnis so toll geworden. Dann wollten wir das doch alles gemeinsam machen.

Wenn man dann plötzlich einen Ratsantrag einer anderen Fraktion bekommt - ich schaue Sie nur an, damit Sie wissen, was ich damit meine -, in dem man, nachdem wir alle zusammen diese wunderschöne Kurzfassung geschrieben haben, auch eigenes geistiges Eigentum wiederfindet, findet man das nicht schön. Das werden Sie verstehen.

Nachdem Herr Kron und die SPD gesagt haben, dass wir das alle zusammen machen wollen, bin ich der Meinung, dass man eine solche Sache auch gemeinsam machen sollte, anstatt diesen Sportentwicklungsplan selber zu kapern.

Ganz wichtig ist mir nämlich auch - das wurde schon angesprochen - „Lebensfreude in Bewegung“. Dieses Motto für den Sport in Köln soll doch morgen als Ergebnis unserer Arbeit in den Zeitungen stehen - und nicht „Sportentwicklungsplanung jetzt umsetzen“; denn das klänge so, als würden wir im Rat nur Kritik üben, meine Damen und Herren. Das würde der Arbeit meiner Meinung nach nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP und von Niklas Kienitz [CDU])

Das muss ich in dieser Form noch einmal sagen.

Mit Ihrem Kapern wollen Sie den Eindruck erwecken, wir hätten vielleicht ein bisschen mitgemacht, aber die SPD sei der Motor und wisse ganz genau, was jetzt hier gemacht werden müsse. Darum haben wir in unserem Antrag noch einmal deutlich gemacht, dass in Köln schon etwas gelaufen ist.

Man braucht sich nur die letzten Haushalte anzuschauen. Da ist Geld geflossen, und da ist auch etwas umgesetzt worden. Ich will jetzt nicht noch einmal den Grundsatzbeschluss zu den Zweifachhallen anführen; mittlerweile findet die SPD das ja auch sehr gut. Lassen Sie mich aber die Umsetzung dessen erwähnen, was wir in die letzten Haushalte für den Sport über die Jugend-

pauschale eingestellt haben - 1,2 Millionen Euro, mehrmals erhöht. Das kommt bei den Kindern und Jugendlichen super an. Das muss man in dieser Form einmal sagen.

(Beifall von Sylvia Laufenberg [FDP])

Nein, hier brauchen wir nicht eine Sache neu umzusetzen. Vielmehr wollen wir das weiterführen.

Wir haben tolle Ideen bekommen, die wir auch umsetzen wollen. Dort sind nämlich 2,65 Millionen Euro jährlich für die Umsetzung eingeplant. Das dort hineinzunehmen, wollen wir sicherlich auch verabschieden. Das ist sehr viel Geld. Da müssen wir erst einmal die richtigen Maßnahmen finden. Das hilft uns dabei. Darum haben wir das gemacht.

Ich bin mir sicher, dass es uns gemeinsam gelingt - dazu lade ich auch die SPD ein, gerade am heutigen Tag -, die richtigen Sachen mit dem Leitfaden zu finden. Machen Sie hier bitte keine Alleingänge. Hier sollten alle Sportpolitiker in einer Fraktion spielen. Wir müssen manchmal auch unsere anderen Fraktionsmitglieder überzeugen. Da hilft es, wenn wir das gemeinsam machen.

Ich würde mich freuen, wenn wir wieder zu diesem Weg zurückkämen. Freuen wir uns darüber, dass wir den Sportentwicklungsplan haben! - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Breite. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst zu TOP 10.15 abstimmen - so wie Vorlage, so wie Sportausschuss. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, DIE LINKE, die FDP, die AfD, Herr Wortmann, BUNT und GUT. Damit sind fast alle im Boot. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Vorlage so zugestimmt.

Nun kommen wir zu den Abstimmungen zu TOP 3.1.5. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP ab. - Herr Kron.

**Peter Kron (SPD):** Wie ich eben schon einmal sagte, übernehmen wir die beiden Texte in unseren Antrag.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Als Ersetzung oder als Ergänzung?)

- Als Ergänzung natürlich.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Die anderen wollen das aber nicht übernehmen. Daher lasse ich auch über die beiden Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Ersetzungsantrag von CDU, FDP und Grünen ab. Wer ist dafür? - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, BUNT und GUT. Wer Enthält sich? - Die AfD. Damit ist der Ersetzungsantrag so angenommen.

Dann hat sich der ursprüngliche Antrag erledigt. Daher lasse ich über nichts mehr abstimmen, weil wir damit nach langem Ringen ein Ergebnis gefunden haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe auf:

### **3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Installation einer Schuldenuhr an prominenter Stelle am Rathaus“ AN/0420/2019**

Herr Geraedts, bitte.

**Wilhelm Geraedts (AfD):** Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach einem Henk van Benthem hier zu stehen, ist wahrlich schwierig; denn der Mann gehört auf die Bühne und an das Mikrofon.

Ich möchte gleichzeitig heute einen kleinen Nachweis dafür erbringen, dass es nicht zwangsläufig wehtun muss, sich eine Rede der AfD anzuhören. Die hier anwesenden Mitglieder der BV Porz könnten Ihnen das in Bezug auf meine Person sicher bestätigen.

Es geht um den Antrag auf eine Schuldenuhr an einer prädestinierten Stelle, wo sie gut zu sehen ist. Wie kommen wir dazu?

Eine Schuldenuhr könnte natürlich als originelles und fast unscheinbares Thema geeignet sein, um erstmals vor Ihnen allen, was bei mir heute der Fall ist, zu sprechen, ohne dass das von

großer Wichtigkeit ist. Das könnte man meinen. Es ist aber nicht so.

Die Frau Oberbürgermeisterin hatte im vergangenen Jahr im Zuge der Haushaltsdebatte darauf verwiesen, dass in 2019 die Erträge der Stadt stärker wachsen würden als die Ausgaben. Weiterhin stellte sie in Aussicht, dass die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage auf 2,5 Prozent zurückgehe, den niedrigsten Wert seit Jahren. Übrig blieb demnach lediglich ein Haushaltsloch von „nur“ 118 Millionen Euro. Ich finde, das ist immer noch eine Menge Geld. Im Vorjahr betrug es allerdings noch 229 Millionen Euro.

2019 sollte die Neuverschuldung - so die damaligen Ausführungen - wieder auf 215 Millionen Euro steigen, um 2020 dann bei 107 Millionen Euro zu verharren, was 2,5 Prozent entspräche. Ab 2023 stellte die Oberbürgermeisterin im Zuge der Haushaltsdebatten des vergangenen Jahres einen Haushalt ohne Griff in die Rücklage in Aussicht. Die Kämmerin, Frau Klug, sagte dazu, man könne und wolle schließlich nicht dauerhaft an die Reserven gehen. - So weit, so gut.

Jedoch sagte die Kämmerin seinerzeit auch, dass wir kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem haben. Ausdrücklich geht es hier natürlich nicht um die notwendigen Investitionen in Schule, Bildung, Infrastruktur oder Hilfen an Hilfsbedürftige, gleich welcher Nationalität, in unserer Stadt. Da sollte selbstverständlich noch mehr möglich sein und wohl auch erforderlich werden. Vielmehr geht es, wie von Frau Klug seinerzeit angesprochen, um problematische Ausgaben.

An dieser Stelle muss ich ganz kurz meine Rede unterbrechen und sagen, dass ich eigentlich vorhatte, Sie jetzt aufzufordern, in der Größenordnung von 10 bis 15 Prozent alle durcheinanderzulaufen, sich zu unterhalten und mir als Redner der AfD keine Achtung zu schenken, wie ich das seit einigen Jahren hier beobachte. Ich bin sehr froh darüber, dass das im Moment nicht stattfindet. Danke schön dafür.

(Beifall von Sven Werner Tritschler [AfD] - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil es einfach absolut langweilig ist!)

- Ja, Benehmen ist nicht jedermanns Sache.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Hierzu ist allerdings anzumerken, dass der Niedergang der Autoindustrie in - -

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich bitte, von solchen Äußerungen Abstand zu nehmen.

**Wilhelm Geraedts (AfD):** Meinen Sie jetzt die Äußerung, die von dort kam, oder meine?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich meine Ihre.

**Wilhelm Geraedts (AfD):** Aha. Ich nehme das zur Kenntnis.

Hierzu ist allerdings anzumerken, dass der Niedergang der Autoindustrie in Köln mehrheitlich auch unter Ihrer jahrelangen Mitwirkung, wie es vorhin schon einmal angesprochen worden ist, sei es aktiv oder passiv, irgendwie mit herbeigeführt wurde. Denn es war ja absehbar, was heute mit Ford hier bei uns passiert.

Als einen kleinen Gegenpol für mehr Transparenz verstehe ich daher die von uns beantragte Schuldenuhr. Außerdem macht sie keine Genderprobleme. Bunt wäre sie wohl auch.

Vor allen Dingen aber wären die Zahlen rot. Denn trotz Rekordsteuereinnahmen schafft diese Stadt es seit Jahren nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. 66 Prozent der Kommunen in NRW haben dies im letzten Jahr geschafft.

Wie schon gesagt, hat Köln zumindest in der jüngeren Vergangenheit nach den Worten der letzten Stadtkämmerin kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Ergo: Zu viele und zu hohe Ausgaben für alles Mögliche verhindern einen Schuldenabbau.

Desaströse und auch vom Bund der Steuerzahler angemahnte unsinnige Ausgaben müssen also zuverlässig verhindert werden - ob es sich dabei um den unsäglichen Kalkberg, die unendliche Geschichte der Oper, unsinnige Sonnenenergie, Pressmülleimer mit immensen Folgekosten ohne zuverlässige Funktion, übertriebene Aussichtsplattformen für den Blick ins Nichts oder die angeblich notwendige Ausgabe von über 260.000 Euro für Trinkbrunnen handelt. Ich spare mir weitere Aufzählungen finanzieller Schildbürgerstreiche. Wir können uns solche Dinge nicht mehr erlauben. Auch der Erhalt möglicher Fördermittel für nicht dringend erforderliche Projekte darf nicht als Begründung für die Vergrößerung unserer Schulden herhalten.

Aktuell drohen dunkle Wolken am Konjunkturm Himmel, was uns dann doch noch - entgegen den Worten der damaligen Kämmerin - auch ein Einnahmenproblem bescheren könnte.

Nicht zuletzt die Geschehnisse bei Ford und auch bei Kaufhof erfordern gerade jetzt Sparanstrengungen, damit die Stadt für die Zukunft auf einer stabilen finanziellen Grundlage steht.

Eine Schuldenuhr kann hier zu einem Bewusstseinswandel zumindest beitragen und mahnt beständig an, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Sie wäre außerdem ein äußeres Zeichen dafür, dass die nach Meinung sehr vieler Bürger oft weit von der Realität entfernte Politik tief innen drin doch etwas verstanden hat.

Ich bitte Sie daher, in Ihrem Sinne, aber vor allen Dingen auch im Sinne unserer Bürger diesem Antrag zuzustimmen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf:

**3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen - Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!“**  
**AN/0424/2019**

Herr Weisenstein, bitte.

(Bernd Petelkau [CDU]: Der Antrag ist vertagt! Diesen Punkt gibt es nicht mehr! - Dirk Michel [CDU]: Nächste Sitzung!)

- Okay. - Damit kommen wir schon zu den Anfragen.

Ich rufe auf:

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

**4.1 Anfragen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend „Kommunales Wohnungsbauförderprogramm“**  
**AN/0161/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 25.03.2019**  
**0797/2019**

Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte schön, Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank an die Verwaltung für die Beantwortung dieser Frage.

Sie führen in dieser Beantwortung aus, dass es durchaus möglich wäre, den preisgedämpften Wohnraum mit kommunalen Mitteln zu fördern. Daraus ergibt sich natürlich eine Reihe von Fragen. So, wie Sie das jetzt hier beantworten, ist das natürlich eine sehr wichtige Information, aber auch sehr abstrakt.

Ich würde darum bitten, dass die Verwaltung ausführt, welche Modelle zur Förderung des preisgedämpften Wohnraums möglich wären, ohne den sozialen Wohnungsbau zu gefährden. Es wäre sehr nett, wenn Sie dazu etwas ausführen könnten.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Rau steht zur Beantwortung bereit. Bitte schön.

**Beigeordneter Dr. Harald Rau:** Frau Bürgermeisterin! Herr Weisenstein! Meine Damen und Herren! Wir haben geschrieben, dass rein hypothetisch die Möglichkeit bestünde. Wir sind natürlich bereit, dass wir das ein bisschen weiter ausführen, und Ihnen dann auch schriftlich vorlegen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte, Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Entschuldigung. Aber dort steht nicht, dass das rein hypothetisch möglich wäre. Insofern würde ich Sie bitten, in die Beantwortung noch einmal konkret hineinzuschauen.

Zu Frage 3 steht im letzten Absatz:

Neben der Schaffung der erforderlichen organisatorischen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen muss ...

Moment. Jetzt finde ich natürlich die Zeile nicht.

Unter der Voraussetzung, dass die erforderlichen haushaltsmäßigen Mittel zur Verfügung gestellt werden

- das ist der Fall mit den 33 Millionen Euro -,

wäre die Schaffung eines weiteren Förderinstruments in Form einer Zuschussgewährung für alle Investorengruppen für den preisgedämpften Wohnungsbau aus Sicht der Verwaltung sinnvoll. Neben der Schaffung der erforderlichen organisatorischen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen muss weiterhin die EU-Beihilfekonformität ... geprüft werden.

Die Verwaltung antwortet hier nicht in der Form, dass es hypothetisch möglich wäre, sondern, dass es konkret möglich ist. Zudem zielt sie darauf ab, den geförderten Wohnungsbau dadurch nicht zu gefährden.

**Beigeordneter Dr. Harald Rau:** Darf ich noch einmal kurz?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte, Herr Rau.

**Beigeordneter Dr. Harald Rau:** Das Hypothetische bezog sich auf die Zurverfügungstellung des Budgets, -

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Können Sie bitte etwas näher ans Mikrofon gehen?

**Beigeordneter Dr. Harald Rau:** - sofern ein Budget zur Verfügung steht, sofern beihilferechtliche Fragen geklärt sind und sofern auch unsere Satzung es erlaubt. Die jetzt zur Verfügung gestellten Mittel sind wirklich für den geförderten Wohnraum gedacht. Wir müssten da also einen neuen Beschluss herbeiführen.

Ich habe Ihnen aber zugesagt und werde das auch so einlösen, dass wir Ihnen wirklich eine Ausarbeitung liefern werden, sodass Sie dann

dort weiterdenken und weiter entscheiden können.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Rau, Sie sind ganz schlecht zu verstehen. Sie müssen bitte näher an das Mikrofon herangehen. Ich bekomme das Signal, dass das nicht zu verstehen ist.

**Beigeordneter Dr. Harald Rau:** Okay. - Ich habe gesagt, dass wir gern eine Ausführung machen. Ich habe gesagt, dass die hypothetische Aussage sowohl das zur Verfügung stehende Budget betraf, beihilferechtliche Fragen betraf als auch die Sache, dass die jetzigen genehmigten 33 Millionen Euro nicht für gedämpften, sondern wirklich für geförderten Wohnraum von Ihnen beschlossen wurden.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die werden aber nicht abgerufen!)

Deshalb habe ich dann gesagt: Jawohl, wir machen eine Ausarbeitung für Sie, um Sie zu weiteren Beratungen in dieser Frage zu befähigen. Wir machen eine Ausarbeitung.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Die Nachfrage von Herrn Weisenstein wird schriftlich beantwortet, und zwar mit der letzten kurzen Nachfrage von Ihnen. - Danke schön.

Frau Pakulat, bitte.

**Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen):** Auch von meiner Seite schönen Dank für die umfangreiche Beantwortung dieser Anfrage, die von allen demokratischen Parteien gestellt worden war.

Bei dem preisgedämpften Wohnraum geht es auch immer wieder um die Frage: Wie kontrolliert man das eigentlich hinterher? Angenommen, dort gehen wirklich Fördergelder hinein: Wer kontrolliert das? Wie kann überhaupt kontrolliert werden, dass dieser Wohnraum tatsächlich preisgedämpft bleibt?

Wir hatten konkret die Frage gestellt bzw. die Behauptung aufgestellt: Richtige Kontrolle ist eigentlich nur im Genossenschaftswohnungsbau möglich, weil dort die Mieter quasi selbst an der Genossenschaft beteiligt sind und sich gegen die direkten Auswirkungen von Mieterhöhungen wehren können.

Nun haben Sie geantwortet, dass der Zuschuss - wenn es einen gäbe - im Grunde für alle Investoren für preisgedämpften Wohnraum sinnvoll wäre. Heißt das im Umkehrschluss, dass alle Investoren ein Recht darauf hätten, wenn wir einen solchen Zuschuss zur Verfügung stellen, oder wäre die Politik nach wie vor frei, diesen Zuschuss an bestimmte Zielgruppen - so sage ich es einmal - zu vergeben?

Das wäre meine konkrete Nachfrage dazu für den Moment. Ansonsten würde ich darum bitten, diese Beantwortung, die Sie eben gegeben haben, noch einmal zur Kenntnis in die Ausschüsse Soziales, Stadtentwicklung und Liegenschaften zu geben, weil ich glaube, dass das Thema tatsächlich so komplex und umfangreich ist, dass wir das nicht hier im Rat diskutieren können, sondern dass das zunächst in die Fachgremien verwiesen werden sollte. - Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Frau Pakulat. - Herr Rau, würden Sie die erste Frage jetzt beantworten wollen?

**Beigeordneter Dr. Harald Rau:** Natürlich ist es so, dass der Rat beschließen kann und die Verwaltung ausführen kann, dass wir Zuschüsse an bestimmte Kriterien - beispielsweise im Sinne von Konzeptvergaben - knüpfen oder in der Tat genossenschaftliches Bauen bevorzugen. Eine solche Konstruktion ist sicherlich herbeiführbar.

Wenn der Rat uns den Auftrag gibt, dazu weiter zu forschen und weitere Vorschläge zu erarbeiten, nehmen wir das gern auf. Ich halte es für bedeutsam. Ich denke, in der Frage ist auch das Zusammenwirken mit dem Dezernat von Herrn Greitemann relevant; in meinem Dezernat sind wir für den geförderten Wohnraum verantwortlich, und Wohnen ist auf der anderen Seite. Das ist ein interessantes Thema. Wir nehmen uns dieser Aufgabe gern an. Aber es wird ein großes Thema. Das sage ich jetzt schon einmal.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ein wichtiges Thema. - Vielen Dank für die vorläufige Beantwortung.

Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß: Was tut die Stadtverwaltung?“**  
AN/0198/2019

**Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019**  
1181/2019

Gibt es dazu Nachfragen? - Das sehe ich nicht.

Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“**  
AN/0361/2019

Gibt es dazu Nachfragen? - Das sehe ich auch nicht.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Moment! Die Antwort liegt gar nicht vor!)

- Bitte?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Es liegt ja nichts vor! Herr Greitemann wollte etwas dazu sagen, habe ich gehört!)

- Dann ist es Ihre Sache, noch einmal nachzufragen. Das passiert jetzt gerade. - Herr Greitemann, bitte.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, die Beantwortung liegt deswegen nicht vor, weil wir im Moment einen Standard erarbeiten, den wir jährlich - das hatten wir letztes Jahr schon angekündigt - zur Sommerpause liefern wollen. Das heißt, dass Sie jedes Jahr im gleichen Format mit ähnlicher Aussagekraft einen Bericht über die Mehrkosten in Großprojekten bekommen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Greitemann.

Tagesordnungspunkt

**4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Einbeziehung Kölns in die Planungen zum Strukturwandel im ‚Rheinischen Revier‘“**  
AN/0360/2019

**Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019**  
1193/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Die Antwort ist erst heute gekommen. Ich bitte, dies in die nächste Sitzung zu schieben.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Eigentlich nicht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Entschuldigung! Aber die Antwort ist heute Mittag um 14 Uhr gekommen! Bei einer so großen Anfrage kann man sie doch nicht studieren!)

- Gut. Dann entscheide ich das jetzt so. Das kommt also noch einmal in die nächste Sitzung.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]:  
Danke schön!)

- Bitte schön.

Tagesordnungspunkt

**4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Drogenkonsumraum / Drogenkonsummobil - Sachstand“ AN/0439/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019 1219/2019**

Gibt es dazu Nachfragen? - Das sehe ich nicht.

Tagesordnungspunkt

**4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Treffen der Oberbürgermeisterin mit Kölner Abgeordneten im Landtag und im Deutschen Bundestag“ AN/0449/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019 1251/2019**

Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte schön.

**Sven Werner Tritschler** (AfD): Jetzt ist die Frau Oberbürgermeisterin leider nicht da; vielleicht kann es jemand anderes beantworten.

Verstehe ich die Antwort der Verwaltung richtig, dass sich die Frau Oberbürgermeisterin nicht erinnern kann, welche Bundes- und Landtagsabgeordneten sie seit der letzten Wahl getroffen hat?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Eine Antwort der Verwaltung liegt Ihnen bereits vor.

**Sven Werner Tritschler** (AfD): Diese Frage ist nicht beantwortet worden. Das ist eine Nachfrage.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Die Oberbürgermeisterin ist jetzt nicht da. Ich vertrete sie hier. Ich kann Ihnen dazu jetzt die Antwort nicht zur Verfügung stellen. Sie bekommen die Antwort der Oberbürgermeisterin schriftlich.

**Sven Werner Tritschler** (AfD): Danke sehr.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Unter den Punkten 5.1, 5.2, 5.3 und 5.4 liegt nichts vor.

Dann kommen wir zu:

**6 Ortsrecht**

**6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**

Tagesordnungspunkt

**6.2.1 Puppenspiel der Stadt Köln - Erhöhung der Eintrittspreise und Änderung der Entgeltordnung ab dem 1. Januar 2020 3718/2018**

Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann können wir darüber abstimmen, und zwar wie Anlage 6.

Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, BUNT, GUT, die CDU, die FDP, DIE LINKE, die AfD und Herr Wortmann. Damit ist das mit großer Mehrheit genehmigt.

Tagesordnungspunkt

**6.2.2 Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln 0612/2019**

Wir stimmen ab wie Finanzausschuss, Schulausschuss und AVR. Dort wurde einstimmig zugestimmt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Dann können wir das hier auch machen!)

Gibt es heute Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich auch nicht. Dann ist das so genehmigt.

Tagesordnungspunkt

### 6.2.3 Nutzungs- und Entgeltordnung für das FORUM Volkshochschule 0618/2019

Der Schulausschuss hat einstimmig zugestimmt; der AVR hat ohne Votum geschoben.

Wir stimmen ab wie Kulturausschuss, Anlage 3.

Die AfD, bitte.

**Wilhelm Geraedts** (AfD): Frau Bürgermeisterin! Wir haben uns Rechtsbehelf besorgt. Daraufhin hat Herr Dillmann aus dem Amt der Oberbürgermeisterin heute Nachmittag im Namen der Stadt Köln -

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes**: Herr Dillmann ist vom Rechtsamt, bitte.

**Wilhelm Geraedts** (AfD): - vom Rechtsamt - Folgendes geschrieben:

Die Stadt Köln beabsichtigt nicht, wegen der heute möglicherweise vom Rat beschlossenen neuen Nutzungsordnung für das FORUM Volkshochschule im Kulturzentrum am Neumarkt den bereits beschlossenen Nutzungsvertrag für die Anmietung des Veranstaltungssaales durch Ihre Mandantin

- also die AfD -

am 13. April zu verändern.

Auch danach gehe ich aber davon aus, dass Ihre Mandantin dafür Sorge trägt, dass demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt und insbesondere auf der Versammlung keine diskriminierenden oder menschenfeindlichen Inhalte verbreitet werden.

Das ist wohl selbstverständlich und hätte nicht besonders erwähnt werden müssen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes**: Es scheint ja doch besonders wichtig zu sein, das immer wieder zu sagen.

**Wilhelm Geraedts** (AfD): Ja, das ist immer besonders wichtig. Aber Sie können unsere Veranstaltung gern besuchen. Und dann erzählen Sie uns einmal, warum es notwendig gewesen ist, das hier hineinzuschreiben.

Aber darum geht es im Augenblick gar nicht. Es geht darum, dass wir aufgrund einer anderen Äußerung, die wir auch noch aus dem Anwaltsbüro erhielten, hier noch internen Beratungsbedarf haben.

Wir halten die Vorlage - Sie werden es kaum für möglich halten - für grundsätzlich richtig. Wir sind nämlich eigentlich eines der größten Opfer in dieser Stadt von Radikalität

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Uh!)

und sind deswegen ebenfalls - -

(Zuruf: Ja, Opferrolle!)

- Das sind wohl andere. - Hier wird gerade gesagt, ich stünde in einer Opferrolle. So viel zum Thema Zwischenrufe! Darüber mag sich jeder seine Gedanken machen.

Insofern ist es so, dass wir noch internen Beratungsbedarf haben. Wir möchten diese Vorlage nicht ablehnen, was wir müssten, wenn sie jetzt zwangsweise abgestimmt werden müsste.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, dann stimmen wir ab!)

Deswegen bitten wir darum, sie wegen Beratungsbedarfs einer Fraktion in die nächste Sitzung zu schieben. - Danke.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir stimmen ab!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes**: Das ist ein Vertagungsantrag. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist für diesen Vertagungsantrag? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung; wie gesagt, wie Kulturausschuss, Anlage 3. Wer ist dagegen? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine

Enthaltungen. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] - Sven Werner Tritschler [AfD]: Nicht einstimmig!)

- Nicht einstimmig, ja. Sie sind ja im Protokoll erwähnt.

Nun kommen wir zu:

### 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

#### 6.3.1 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019 an den aufgeführten Tagen und Zeiten 4160/2018

Kann ich gleich darüber abstimmen lassen?

(Zuruf von CDU: Ja!)

Wer ist gegen diese Vorlage? - Das sind GUT und DIE LINKE. Wer Enthält sich? - Das sind die SPD und BUNT. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Ich komme zu:

### 6.4 Sonstige städtische Regelungen

#### 6.4.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht 3430/2018

##### Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT AN/0464/2019

Dazu gibt es Wortmeldungen. - Es meldet sich niemand. Dann lasse ich über den Änderungsantrag von SPD und BUNT - - Herr Joisten, bitte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wir waren aber doch schon in der Abstimmung!)

**Christian Joisten** (SPD): Wir bitten nur darum, bei diesem Beschluss die Anregungen der BVen zu berücksichtigen. Meine Bitte ist also, dass wir das mit ins Protokoll aufnehmen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bei dem Änderungsantrag?

**Christian Joisten** (SPD): Nein, wir stimmen zu unter Berücksichtigung der Anregungen durch die BVen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo sind wir jetzt? Bei 6.4.1?)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ja, wir sind bei 6.4.1. Da gibt es eine Satzung. - Bitte.

**Dr. Gerrit Krupp** (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht um die Änderung der Zuständigkeitsordnung. Wir haben dazu einen Änderungsantrag gestellt. Er ist relativ unspektakulär, aber doch wichtig. Wir geben mit dieser Änderung durchaus ein erhebliches prozentuales Maß an Beschlüssen über Bedarfsfeststellungen aus den Händen. Das ist auch in Ordnung. Das machen wir jetzt erst einmal so.

Uns ist aber wichtig, dass das jetzt eng controlled wird und zumindest der derzeit amtierende Rat bis zum Ende der Wahlperiode sehen kann, was letztlich an ihm vorbeigegangen ist, um dann entscheiden zu können, ob die Regelung sinnvoll ist oder nicht, und das vielleicht unseren Nachfolgern mit auf den Weg zu geben - nicht mehr und nicht weniger. Es geht also nicht darum, tief in diese Vorlage einzugreifen, sondern tatsächlich nur um einen zusätzlichen Punkt.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Dr. Krupp. - Gibt es noch eine Wortmeldung? - Herr Kienitz, bitte schön. Danach würde ich gern unsere Kämmerin zu Wort kommen lassen.

**Niklas Kienitz** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gegen den Änderungsantrag sprechen. Der Sinn und Zweck der Vorlage ist ja, hier Verwaltungsprozesse abzukürzen, zu straffen und, wie man so schön sagt, das ganze Thema auch zu entbürokratisieren. Deswegen wäre in der Tat auch mein Ansatz gewesen, die Meinung der Verwaltung zu erfragen und sie zu bitten, uns da noch einmal etwas schlauer zu machen.

Meines Erachtens ist es eigentlich selbstverständlich, dass man sich irgendwann noch einmal im Fachausschuss darüber unterhält, ob die Vorlage erfolgreich war, sodass die Verfahren dann schneller abgewickelt werden können.

Deswegen freue ich mich, wenn die Stadtkämmerin auch noch etwas dazu sagt.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte schön, Frau Kämmerin.

**Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert:** Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, vertretungshalber hier die Einschätzung der Verwaltung vorzutragen.

Zunächst vorweggeschickt: Selbstverständlich steht es dem Rat frei, die Zuständigkeitsordnung und die Handhabung der Zuständigkeitsordnung regelmäßig zu evaluieren oder einen Erfahrungsbericht anzufordern.

In diesem Fall ist es so, dass die Änderung der Zuständigkeitsordnung im Vorfeld intensiv beraten worden ist, auch unter Einbindung des Rechnungsprüfungsamtes. Sie dient dazu, Verfahren zu beschleunigen und weniger Vorlagen zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung, die ohnehin in einem regelmäßigen Austausch über Anpassungsnotwendigkeiten in der Zuständigkeitsordnung ist, einen Quartalsbericht, der ja wieder zu mehr Vorlagen führt, für nicht erforderlich gehalten. Wie gesagt, steht es dem Rat aber selbstverständlich frei, das zu beschließen. Aus Sicht der Verwaltung ist das nicht erforderlich. Vielmehr würde die Verwaltung, wenn es Änderungsnotwendigkeiten gäbe, diese aufgreifen.

Es steht dem Rat selbstverständlich frei, bei Gelegenheit auch Erfahrungsberichte anzufordern oder Änderungsnotwendigkeiten anzuzeigen. - Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Frau Beigeordnete.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die SPD, DIE LINKE und BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Von Herrn Zimmermann bzw. GUT. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann komme ich zur Abstimmung über die Vorlage mit Neufassung der Anlage 2. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dem einstimmig so zugestimmt.

Nun rufe ich auf:

## **7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates**

### **7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW**

Das nehmen wir zur Kenntnis.

Ich rufe auf:

### **7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten-erhöhung nach § 25 Abs. 2 KomHVO**

#### **7.2.1 Generalisierung der Waldsiedlung 4254/2018**

Das nehmen wir auch zur Kenntnis.

Dann kommen wir schon zu:

## **10 Allgemeine Vorlagen**

Tagesordnungspunkt

### **10.1 Einrichtung eines Preises unter dem Namen „Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt“ 0477/2019**

Der Finanzausschuss hat einstimmig zugestimmt.

Ich sehe keine Wortmeldungen dazu.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die AfD. Wer enthält sich? - Rot-Weiß. Damit ist dieser Vorlage so zugestimmt, und sie ist beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.2 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Betriebskonzept 0513/2019**

#### **Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT AN/0456/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Krupp, bitte.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz vom Platz aus. - Im Kern geht es uns

darum, das öffentliche Interesse an der Förderung von Elektromobilität letztlich auch bei der Preisgestaltung sichtbar zu machen.

Uns ist sehr bewusst, dass wir mit einem solchen Antrag durchaus als Stadt Köln in die Pflicht gehen müssen und eventuell auch auf Gewinne aus dem Stadtwerke-Konzern in dem entsprechenden Umfang verzichten müssen, um das Ganze öffentlich zu fördern. Das ist uns sehr bewusst.

Wir halten es aber bei diesem wichtigen Thema für geboten, darauf zu achten, dass hier eine Tarifierung stattfindet, die dem Sinn und Zweck des Ganzen - nämlich, die Elektromobilität zu fördern - gerecht wird. Deshalb haben wir diesen Änderungsantrag gestellt. Wir bitten um Zustimmung.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Dr. Krupp. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Hammer, bitte.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist es selbstverständlich, dass die Stadtwerke durchaus in der Lage sind, dafür zu sorgen, dass die Preise so gestaltet werden, dass auch Abnehmerinnen und Abnehmer für die entsprechenden Ladesäulen gefunden werden. Daher halten wir ein solches Zwischenspiel durch die Verwaltung, dort regulierend einzugreifen, für unnötig und plädieren deswegen dafür, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ja! - Zuruf: So ist es!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die SPD, BUNT und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Verwaltungsvorlage so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vergabe zur Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 0503/2019**

Wir stimmen ab wie Verkehrsausschuss und Finanzausschuss; dort wurde einstimmig zugestimmt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Vorlage so genehmigt.

Tagesordnungspunkt

**10.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste sowie Betrauung der KVB mit der weiteren Sicherstellung des Systems „KVB Rad“ 4240/2018**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verkehrsausschuss und Finanzausschuss haben einstimmig zugestimmt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Vorlage so genehmigt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU und der LINKEN)

Frau Haaks, sehr gern. Bitte.

**Stefanie Haaks** (Kölner Verkehrs-Betriebe): Im Namen der KVB möchte ich mich herzlich für das ausgesprochene Vertrauen bedanken. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in den nächsten 23 Jahren ab heute. - Danke schön.

(Beifall)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gute Vorlage. Vielen Dank, Frau Haaks. Wir alle wün-

schen Ihnen viel Erfolg und alles Gute. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

**10.5 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Standortkonzept 3677/2018**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen wie Verkehrsausschuss und StEA. - Frau Pakulat, doch noch etwas?

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, alles gut!)

- Alles gut.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: 10.6 ist auch wie StEA! - Gegenruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Das hatte ich vorgetragen.

Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ 3777/2018**

Herr Frenzel, bitte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wo sind wir jetzt?)

- Bei TOP 10.6.

**Michael Frenzel (SPD):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht hier um das Integrierte Stadtentwicklungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“. Die Bezirksvertretung 7 hat dazu einige Ergänzungen beschlossen. Dabei geht es unter anderem um die Platz- und Straßengestaltung, nämlich die Aufwertung und teilweise Neugestaltung

von Frankenplatz, Bahnhofplatz und Platz an der Hohenstaufenstraße.

Dazu habe ich eine Frage an Herrn Beigeordneten Greitemann; denn die Ausschüsse Soziales und Senioren und, ich glaube, auch Umwelt und Grün sind dem Beschluss der Bezirksvertretung gefolgt, der Stadtentwicklungsausschuss hingegen nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das haben wir auch da schon diskutiert!)

Meines Wissens gibt es in der Verwaltung die Überlegung, diese Platzgestaltung sowieso mit in das Konzept aufzunehmen. Wir haben es aber bisher nicht protokolliert, Herr Hammer. Deswegen ist meine Bitte, dass Herr Greitemann sich hier noch einmal dazu äußert, damit sichergestellt ist, dass die Anregung der Bezirksvertretung 7

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist protokolliert!)

im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes - Herr Kienitz, auch für Sie - hier noch einmal protokolliert wird, sodass wir das schwarz auf weiß haben.

Herr Greitemann, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Information hier noch einmal bestätigen würden. - Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Frenzel, Sie sind zu Recht dankbar; denn der Beigeordnete signalisiert, noch einmal antworten zu wollen. - Bitte schön.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! So, wie wir es im StEA beschlossen haben, und so, wie ich es auch zugesagt habe, können wir es heute auch protokollieren. Es werden natürlich die Anregungen und die Einlassungen mit aufgenommen und auch bei der Verwaltung weiterverarbeitet.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herzlichen Dank, Herr Beigeordneter.

Dann lasse ich darüber abstimmen - wie StEA und Finanzausschuss; so, wie es im Protokoll zu finden ist. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. - Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich

nicht. Damit ist diese Vorlage einstimmig so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU-Drittmitteln  
3887/2018**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT  
AN/0451/2019**

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da haben wir einen Änderungsantrag!)

Ein Änderungsantrag.

Spricht jemand dazu? - Nein. Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Die AfD ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Rot-Weiß eine Enthaltung. Damit ist der Änderungsantrag so abgestimmt.

Ich rufe die Nr. 2, die Vorlage in geänderter Fassung, auf. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Was denn jetzt? - Ich hatte schon aufgerufen. Sind das jetzt Gegenstimmen der AfD?

(Zuruf von der AfD)

- Okay, dann bitte ich das festzuhalten. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Doch.

(Markus Wiener [Rot-Weiß]: Gucken wäre von Vorteil!)

- Ich habe meine Brille an, vielen Dank für die Belehrung. Ich habe Sie, nachdem Sie später aufgezeigt haben, zur Kenntnis genommen, Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2019 / 2. Teil  
0556/2019**

Wie Integrationsrat, Soziales, Finanzausschuss. Dort wurde einstimmig zugestimmt.

Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß eine Enthaltung. Dann ist TOP 10.9 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 Verteilung der verbleibenden Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2019  
0870/2019**

Im Integrationsrat, Sozialausschuss und Finanzausschuss wurde einstimmig zugestimmt. Gibt es heute Gegenstimmen? - Von der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Rot-Weiß. Damit ist TOP 10.10 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Kulturentwicklungsplanung (KEP)  
0240/2019**

Frau Laugwitz-Aulbach, liebe Beigeordnete. Sie kommen nach vorn?

(Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach: Ja, bitte!)

- Ja, das muss ich ja wissen, ob ich hier drücken muss.

**Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe festgestellt, wir sind heute in der Ratssitzung der Entwicklungspläne. Ich freue mich jedenfalls sehr, dass wir hier und heute die Kulturentwicklungsplanung 2019 für Köln - so hoffe ich - gemeinsam beschließen können.

Diese KEP, wie wir sie prägnant abkürzen, ist eine große Chance für unsere gesamte Stadt. Sie zeigt vielfältige Wege auf, die Kultur unserer Metropole erfolgreich weiterzuentwickeln für mehr Lebensqualität und Vielfalt und auch für ein tolerantes Miteinander und natürlich für einen weiteren Schritt nach vorn im Wettbewerb der Städte.

Die Basis bildet dabei das Wirken der städtischen Kultureinrichtungen und der freien Szene, und zwar auf Augenhöhe, als feste Säulen des kulturellen Panoramas von Colonia.

Die Vision und die Forderungen der Kulturschaffenden sind hier formuliert, und Sie haben vor sich ein starkes Bekenntnis zur Kultur selbst. Dieses Bekenntnis, das von den Künstlerinnen und Künstlern, von Politik und Verwaltung gemeinsam getragen wird, bietet den Kölnerinnen und Kölner die Möglichkeit zu einem Schulterschluss mit ihrer Kultur, für die sich so viele auch ehrenamtlich ganz außerordentlich hier in dieser Stadt engagieren.

Die KEP benennt Handlungsfelder und Maxime und versteht Kunst und Kultur in einem ganz umfassenden Sinne als Gestaltung des Gemeinwesens. Sie ist kein Maßnahmenkatalog einfach und schnell umsetzbarer Pläne, sondern eine innovative Leitlinie für die künftige Kulturpolitik unserer Stadt.

Der vom Ausschuss Kunst und Kultur eingesetzte Lenkungskreis hat sich bei der Erarbeitung für ein partizipatives Verfahren entschieden, um so vielen wie möglich eine Stimme zu geben. Hiermit konnte die breite Expertise der Teilnehmenden mit in den kreativen Pool für die KEP hineingeholt werden. Andererseits bestand dann in 26 Runden Tischen und einer großen Arbeitstagung im Plenum sowie ungezählten Lenkungskreissitzungen ganz klar die Chance, bewusst auch Erwartungen zu wecken bei den Kulturschaffenden, ihre Ideen in der Beschlussfassung auch wirklich wiederzuerkennen. So finden Sie in der heutigen Vorlage auch den sehr umfangreichen Impulskatalog der Runden Tische wieder.

An diesen KEP-Leitlinien haben sehr viele mitgewirkt, meine Damen und Herren: die kommunalen Einrichtungen, die freie Kulturszene, die Kulturpolitik natürlich, die Freundeskreise und die Kulturverwaltung. Unter der ausgezeichneten Moderation von Dr. Jörg Biesler wurden letztlich die inhaltlichen Texte so formuliert, dass diese vom gesamten Lenkungskreis und auch gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand im Konsens getragen wurden und Ihnen heute zum Beschluss vorliegen.

Meine Damen und Herren, dieser KEP ist heute natürlich nicht abgeschlossen. Im Gegenteil, jetzt beginnt er erst als nachhaltige kulturelle Stadtentwicklungsinitiative. Aber wie heißt es manchmal so schön: Papier ist geduldig. So viel Geduld auch der eine oder andere im Laufe der letzten zwei Jahre im Sinne der Sache aufgebracht hat, die KEP ist ein lebendiges Spielfeld der Künste und - das darf man niemals vergessen - deren Rahmenbedingungen. Nicht umsonst nimmt auch das Thema Räume einen sehr wichtigen Platz ein; ebenso die Finanzen. Es liegt nun zuvorderst in der Verantwortung der Kulturverwaltung, hierbei immer vehement am Ball zu bleiben, damit die KEP zukünftig nicht als ein reines Druckexemplar in irgendwelchen Schubladen ruht. Darum werden wir in diesem Jahr 2019 auch sofort beginnen: mit der Entwicklung eines professionellen Kultur-Marketings - auch ein Leitprojekt des Dezernats -, mit der Konzeption eines Raummanagements und mit dem Preis der Stadt Köln für Popmusik.

Ich bedanke mich nun sehr herzlich bei allen Beteiligten, die diesen intensiven Weg unermüdlich mitgegangen sind, beim Ringen und Diskutieren und oft auch beim Streiten um Themen und Formulierungen, bei den Mitwirkenden der freien Szene, insbesondere dem Kulturnetz, bei den städtischen Institutionen, den kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern, dem Kulturrat und natürlich der Verwaltung und dem Moderator.

Sie sehen mich, meine Damen und Herren, im Sinne des KEP heute sehr optimistisch, und ich hoffe, Sie können das mit mir teilen im Dienste für die Kultur unserer Stadt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Beigeordnete. - Da sich alle gemeinsam dafür angestrengt haben, werden wir darüber, denke ich, jetzt auch wunderbar abstimmen können. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist TOP 10.11 genehmigt und mit großer Mehrheit beschlossen.

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN sowie von Christian Joisten [SPD])

Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei allen kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern, die das nicht nur heute, sondern in einem langen Prozess möglich gemacht haben. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

#### **10.12 Fortführung des Förderprojekts „Einwanderung gestalten NRW“ 0113/2019**

Im Integrationsrat, Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss und AVR wurde einstimmig abgestimmt.

Ich rufe zur Abstimmung auf. Wer ist dagegen? - Die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Rot-Weiß. Damit ist TOP 10.12 positiv abgestimmt.

Tagesordnungspunkt

#### **10.13 Infrastrukturfinanzierung Lernende Region - Netzwerk Köln e.V. (LRNK) 0608/2019**

Wie Schulausschuss, Finanzausschuss - dort wurde einstimmig zugestimmt.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.13 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe  
0558/2019**

Abstimmung wie Bezirksvertretung 1, wie Finanzausschuss, Anlage 4. Eine Wortmeldung von AfD und Rot-Weiß.

(Markus Wiener [Rot-Weiß] macht eine verneinende Geste)

- Sie hatten aber aufgezeigt.

(Markus Wiener [Rot-Weiß]: Nein! Als Sie nach Gegenstimmen gefragt haben, habe ich aufgezeigt!)

Bitte, sprechen Sie jetzt.

**Wilhelm Geraedts** (AfD): Ja, gern, Frau Bürgermeisterin. - Wir haben in diesem Punkt noch Beratungsbedarf, weil wir erst eine entsprechende Anfrage heute am Nachmittag kurz vor der Ratssitzung beantwortet erhielten und uns darüber nicht mehr eindeutig abstimmen konnten. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse jetzt über den Vertagungsantrag der AfD abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, BUNT, GUT und DIE LINKE.

Ich lasse über TOP 10.14 abstimmen, wie ich das eben vorgetragen habe. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist TOP 10.14 so beschlossen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Tagesordnungspunkt

**10.17 Bedarfsfeststellung, Beschaffung und Aufstellung von Schulpavillons für das Schuljahr 2019/20  
4152/2018**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.17 einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Planungsaufnahme zum Abriss und Ersatzbau des OGS-Hauses der Kath. Grundschule Forststr. 20, 51107 Köln (Rath-Heumar)  
2839/2018**

Wie Schulausschuss, Betriebsausschuss, Gebäudewirtschaft und BV 8 - dort wurde einstimmig zugestimmt.

Ich lasse zur Abstimmung aufrufen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.18 einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Planungsbeschluss für die Sanierung der Medienleitungen im Betriebshof im Botanischen Garten, Amsterdamer Straße 34, 50735 Köln  
1494/2018**

Umweltausschuss, Betriebsausschuss, Gebäudewirtschaft, Bezirksvertretung 5 und Finanzausschuss haben hierüber einstimmig beschlossene. Gibt es Gegenstimmen im Rat der Stadt Köln? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.19 einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Förderprogramm „SmartCity Cologne GO“  
0725/2019**

Umweltausschuss und Finanzausschuss haben einstimmig zugestimmt. Ich lasse jetzt darüber abstimmen im Rat der Stadt Köln. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist eine Enthaltung von Rot-Weiß. Damit ist TOP 10.20 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland Ziffer 1 des Beschlussvorschlags  
3110/2018**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Abstimmung über Ziffer 1 des Beschlussvorschlags: Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.23 Rahmenvertrag für Baumpflegearbeiten auf Kölner Sportanlagen (36 Monate) 0624/2019**

Wie Sportausschuss - dort wurde einstimmig zugestimmt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.23 einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.24 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Köln 0815/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT AN/0465/2019**

Herr Struwe, bitte.

**Rafael Struwe** (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt die 2. Fortschreibung zum Luftreinhalteplan auf der Tagesordnung in Form einer Mitteilung, wie man im Ausschuss sagen würde, vor. So etwas gibt es im Rat bekannterweise nicht. Deswegen ist es - wie soll ich sagen? - aus unserer Sicht eine etwas verwunderliche Formulierung in dem Text, nämlich dass wir zum einen darüber beschließen, dass wir diese Fortschreibung zur Kenntnis nehmen, zum anderen aber beschließen, dass wir die Stellungnahme der Verwaltung genehmigen sollen. Das ist auch insofern verwunderlich, als dass das Ding Anfang der Woche in Kraft getreten ist. Das ist zunächst einmal gut und will ich hier überhaupt nicht in Abrede stellen. Das finden wir als SPD-Fraktion sehr, sehr gut.

Als Vorsitzender des zuständigen Fachausschusses möchte ich allerdings meinen Unmut über Folgendes zur Kenntnis geben: Diese Stellungnahmen trägt das Datum 14.03. Wir haben heute den 04.04. Die Vorlage ist am 02.04. eingestellt worden. Bei einem solch wichtigen Thema wäre es doch eine Sache des Respekts vor den politischen Gremien gewesen, diese Stellungnahme zu diesem nicht ganz unbedeutenden Thema auch entsprechend frühzeitig zur Kenntnis zu geben.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, so sehr wir uns freuen, dass wir jetzt einen gültigen Luftreinhalteplan haben, so sehr müssen wir allerdings auch kritisch anmerken, dass die Grenzwerte nach § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes weiterhin nicht eingehalten werden. Es wird prognostiziert, dass es bis 2020 eine Überschreitung um bis zu  $5 \mu\text{g}/\text{m}^3$   $\text{NO}_x$  gibt. Das wird gewissermaßen billigend in Kauf genommen. Insofern kann uns das Ganze nicht zufriedenstellen.

An dieser Stelle sei mir ein kleiner Einschub gestattet. Es wurden heute schon viele kluge Menschen zitiert. Ich möchte jetzt einen weniger klugen Menschen zitieren, nämlich - für einen Sozialdemokraten vielleicht nicht erwartbar - Kaiser Wilhelm II.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] - Niklas Kienitz [CDU]: Der sägt doch nur Holz!)

Er sagte seinerzeit nämlich Folgendes:

Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung. Ich glaube an das Pferd.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört, hört! - Niklas Kienitz [CDU]: Andere wollen ihr Pferd aus dem Rosenmontagszug rausschmeißen!)

Dieses Zitat erinnert mich an einige Dinge, die - ich sage es einmal so - aus der braunen Ecke dahinten heute zu verschiedenen Fragen der innovativen Mobilität geäußert wurden. Auch da hängt man einem gewissen ewig gestrigen Denken nach, was sich allerdings vom geistigen Niveau durchaus auf der Höhe von Wilhelm II. seinerzeit befindet.

Meine Damen und Herren, es geht hier um die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner. Wir müssen an dieser Stelle - auch wenn vereinzelt Lungenfachärzte sich über Grenzwerte geäußert haben - noch einmal klarstellen, dass es insbesondere um die Menschen geht, die an den viel befahrenen Straßen wohnen. Das sind nicht diejenigen mit dem dicksten Portemonnaie. Insofern ist an der Stelle einfach noch einmal eine Schippe zusätzlich erforderlich aus unserer Sicht. Deswegen haben wir auch gemeinsam mit den LINKEN und BUNT diesen Änderungsantrag formuliert. Es braucht einfach noch einmal zusätzliche Power hier.

Sie können das nachlesen. Zusätzlich zu dem Enthaltene wollen wir Express-Busse am Clevi-

schen Ring und an der Universitätsstraße. Wir wollen einen klaren Vorrang für den Umweltverbund. Zudem wollen wir zumindest noch einmal über das Thema kostenfreier ÖPNV nachdenken.

Gleichzeitig hat uns, wie ich eingangs schon erwähnt hatte, die Form ein bisschen verwundert. Deshalb wollen wir die Vorlage entsprechend abändern, dass wir diese Stellungnahme, die uns bereits vorliegt, schlicht und ergreifend nur zur Kenntnis nehmen und dafür nicht noch einmal die Genehmigung erteilen, weil wir in dem Sinne vorher auch nicht gefragt wurden.

Wir bitten um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Struwe. - Herr Weisenstein, bitte.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Ich mache es vom Platz aus, weil der Kollege Struwe das Wesentliche schon gesagt hat.

Ich möchte jetzt noch einmal ganz kurz Folgendes darlegen: Wir sind der Auffassung, dass dieser Luftreinhalteplan in seiner 2. Fortschreibung nicht ausreicht, weil die Grenzwerte nicht eingehalten werden. Von daher ist unsere Auffassung, dass es ausreicht, wenn wir diesen Antrag hier zur Kenntnis nehmen und nicht beschließen. Die Verwaltung hat auch grundsätzlich bestätigt, dass dies möglich ist. Der erste Satz der Vorlage würde dann nur noch wie folgt heißen:

Wir nehmen das zur Kenntnis.

Der Antrag ist zweistufig aufgebaut. Natürlich würden wir uns darüber freuen, wenn auch da das Gestaltungsbündnis zustimmen würde, weil nur so - der Kollege Struwe hat die Maßnahmen schon umrissen: Busspuren, kostenloser Nahverkehr und die Reduzierung des Autoverkehrs - es dazu führen kann, die Bevölkerung vor den gesundheitsgefährdenden Stickoxiden zu schützen. Deswegen freuen wir uns, wenn Sie auch über den Absatz 2 abstimmen. Insbesondere freuen wir uns natürlich darüber, dass nicht nur BUNT und LINKE jetzt für den fahrscheinlosen ÖPNV sind, sondern auch die SPD zumindest ernsthaft darüber nachdenkt. Das ist ein kleiner Erfolg. Darüber freuen wir uns. Wir bitten um Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Zimmermann bitte.

**Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Struwe hat vollkommen recht: Das ist ein wichtiges Thema, das landauf und landab im vergangenen Jahr oder in den vergangenen Jahren diskutiert wurde. Nun stehen in dem Luftreinhalteplan erst einmal keine Fahrverbote. Alle sind zufrieden und lesen sich das Papier gar nicht mehr durch.

Wir sind mit dem Papier auch unzufrieden. Uns ist vollkommen bewusst, dass es in diesem Beschluss nur noch um eine Kenntnisnahme der bereits veröffentlichten 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans und der Stellungnahme der Stadt Köln zum Entwurf geht. Es ist aber die einzige Gelegenheit, hier im Rat unseren Unmut kundzutun. Verstehen Sie bitte unsere Ablehnung der Kenntnisnahme als Ablehnung der Fortschreibung.

Wir wollen es ablehnen, da wir uns nicht an einer Täuschung der Öffentlichkeit und des Gerichts beteiligen wollen. Wir halten die Maßnahmen des Oberverwaltungsgerichts für unzureichend und halten Einschränkungen im emittierenden Verkehr für notwendig.

Wir stützen uns dabei auch auf die Aussagen der Gutachterin Frau Dr. Schneider, die klar zum Ergebnis kam, dass selbst bei Umsetzung sämtlicher Maßnahmen die Grenzwerte nicht einzuhalten seien. Es war am 5. Februar 2018 in diesem Saal, als dieses AVISO-Gutachten vorgestellt wurde.

Auch aktuell ist auf einer Webseite der Stadt Köln zu lesen: Erst die Kombination der Fahrverbote mit anderen Maßnahmen führt laut Gutachten zu einer Unterschreitung der Grenzwerte.

Eine Verkehrswende, die wir alle vermeintlich wollen - Lippenbekenntnisse -, bedeutet nicht, lediglich Fahrverbote verhindern zu wollen. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die textlichen Änderungen zwischen Entwurf und Endfassung der 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans. Schrieb die Bezirksregierung Köln in ihrem Entwurf vom 01.02. noch von zahlreichen weiteren Maßnahmen der Stadt Köln, die die Verkehrswende in der Stadt Köln belegen, so schreibt sie in ihrer finalen Fassung nur noch von Maßnahmen, die die Verschiebung des Modal Split zugunsten des Umweltverbundes in der Stadt Köln belegen.

Noch spannender ist es, wie die Bezirksregierung mit der Prioritätensetzung dieses Rates umgeht. Das führt auch zu unserer Ablehnung. Wir hatten im Februar 2018, glaube ich, nahezu einstimmig beschlossen: Der Rat der Stadt Köln bekräftigt, den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung als höchste Priorität zu behandeln.

Frau Reker erwähnt diese hohe Priorität in ihrer Stellungnahme zwar, aber sie geht nicht darauf ein, dass die Bezirksregierung das mit der höchsten Priorität ganz anders sieht. Es werden verschiedene Rechtsgüter abgewogen: Eigentum, Freiheit der Bewegung, Mobilität etc., und eben auch Gesundheit. Die Bezirksregierung kommt zu dem Schluss, dass die Gesundheit nicht höchste Priorität in diesem ganzen Verfahren haben kann.

Des Weiteren befasst sich die Bezirksregierung natürlich auch ausführlich mit den Fahrverboten. Da wird es richtig kurios. Fahrverbote lehnt die Bezirksregierung strikt ab. Im Gegenteil, sie dreht den Spieß um. Ein Beispiel: Bei Fahrverboten müssten Pendler auf den ÖPNV umsteigen. Da aber die Bahnen in Köln überlastet sind, hält die Bezirksregierung dies für eine Gesundheitsgefährdung. Es wird tatsächlich mit Atemluft und Gedrängel an Bahnsteigen argumentiert. In dem gleichen Papier wird jedoch auch der von uns hier immer wieder neu beschlossene Ausbau des ÖPNV gefeiert. Jede Busspur wird erwähnt für Stickoxidreduzierungen etc. Ich finde, man muss sich an der Stelle schon entscheiden, ob man nun den ÖPNV für ausgebaut hält und deswegen glaubt, dass die Emissionen sich reduzieren werden, oder ob man den ÖPNV für so schlecht empfindet, dass er ehemals dieselfahrende, nun ÖPNV-nutzende Menschen gar nicht aufnehmen kann, sondern dies im Gegenteil zu einer Gesundheitsgefährdung führt.

Es gibt noch viele andere Punkte, die in diesem Papier sehr kurios sind, und ich glaube nicht, dass sie vor dem Gericht Bestand haben werden. Doch apropos körperliche Unversehrtheit: Alles hängt miteinander zusammen. Das stellt die Bezirksregierung klar. Wir sehen es aber immer noch als die höchste Priorität an, die Gesundheit der Menschen zu schützen und nicht - es taucht wirklich fast wortwörtlich so in diesem Papier auf -, dass Dieselfahren, die nicht mehr fahren dürfen, die Möglichkeit genommen wird, in die City zum Einkaufen zu fahren. Das steht so darin. Es ist wirklich unglaublich.

An der Stelle muss ich sagen: Die Gesundheit steht für uns vorn, deswegen können wir dieses

Papier nicht akzeptieren. Wir wollen es so nicht zur Kenntnis nehmen und auch die Stellungnahme nicht. Wir haben leider den Eindruck, dass viele eine ökologische Verkehrswende als Last empfinden, die Umsetzung beschlossener Maßnahmen als lästig - nur, um die Fahrverbote zu verhindern -, und vielleicht bleibt unsere Stadt auch deshalb weiter unter ihren Möglichkeiten.

Es hilft, nicht nur nach Berlin und auf Betrüger in der Autoindustrie als Hauptverantwortliche zu zeigen, sondern lassen Sie uns doch bitte die Perspektive wechseln. Vergesst Berlin, vergesst Wolfsburg. Hier in Köln, hier vor Ort können wir aktiv zum Schutz unserer Einwohnerinnen und Einwohner beitragen. Lassen Sie uns doch die Möglichkeiten, die wir hier haben, verstärkt als eine riesige Chance begreifen, tatsächlich etwas tun zu können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und vereinzelt bei der LINKEN)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Herr Wortmann, bitte.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten gestern Abend eine fast denkwürdige Veranstaltung auf der Aachener Straße. Wir haben dort eine Protestveranstaltung abgehalten, die sich ganz klar gegen die Express-Busspur richten sollte. Ich greife diesen Punkt einmal heraus und stelle anhand dieses Punktes auch den Luftraumreinhalteplan, der nun vorliegt - inklusive der Fortschreibung -, abermals infrage. Wir werden uns diesem Plan nicht anschließen können.

Wir können ihn nicht mittragen, weil er in erster Linie von einer durchgängigen Autofeindlichkeit geprägt ist.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wovon?)

- Von einer Autofeindlichkeit geprägt ist.

Fast eine halbe Million Fahrzeuge verkehren täglich in Köln. Davon sind ein Drittel oder mehr Pendler. Express-Busspuren im Westen und andernorts sollen den städtischen Ein- und Ausfallverkehr entspannen und den ÖPNV ergänzen. Das ist das Ziel.

Ich möchte einmal mit Ihnen ein Rollenspiel spielen als möglicher Passagier eines solchen Ex-

press-Busses: Ich habe auf einem Park+Ride-Platz für einen geringen Tarif einen bewachten Parkplatz gefunden. Der Express-Bus steht pünktlich bereit. Ich habe ein günstiges Monats-ticket in der Tasche, mit dem ich auch innerstädtisch auf Bahn und Bus umsteigen kann, um zu meinem Arbeitsplatz zu kommen. Der Express-Bus fährt flüssig auf der eigens eingerichteten Busspur. Essen und Getränke habe ich mir an meinem Wohnort gekauft. - Die Wirklichkeit sieht doch anders aus. Das funktioniert so nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wissen wir doch noch gar nicht!)

Wir haben keine Parkflächen für Pendler, die in die Stadt hineinfahren, um dann möglicherweise auf den ÖPNV zu wechseln. ÖPNV ist ohnehin ein Thema. Würde man den Express-Bus nehmen, dann fährt man keinesfalls staufrei bzw. wird er damit zum Stauproblem. Ich zitiere einen Auszug aus dem Luftraumreinhalteplan aus den Kommentaren zur Express-Busspur:

Sehr kontrovers wird die Einrichtung von Express-Busspuren bzw. von Vorrangschaltungen für den ÖPNV im Allgemeinen diskutiert. Hier besteht insbesondere die Besorgnis, dass der Vorteil für den ÖPNV durch einen verschlechterten Verkehrsfluss für andere Verkehrsteilnehmer erkaufte wird.

Das, was auch fehlt, sind die entsprechenden Ticketpreise. Das sind Zusatzkosten mit geringem Anreiz.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Wortmann, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Weisenstein an der Stelle zulassen?

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Noch einen Punkt, dann kannst du gern fragen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Die Nahversorgung an der Aachener Straße mit Lebensmitteln ist sowieso vorbei, weil ich mit dem Express-Bus, wenn ich ihn dann nehme, vorbeifahre. - Bitte.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Herr Wortmann, Ihnen ist als Aktivist sicherlich bekannt, dass vor wenigen Tagen eine Demonstration gegen die Busspur auf der Aachener Straße stattgefunden hat. Die etwa 30 Demonstranten haben eine Spur der Aachener Straße während der Rushhour gesperrt und verblüfft zur Kenntnis genommen, dass es keinen Autostau gab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Der Vorgang ist mir wohl bekannt. Ich sage es einmal so: Ob das ein Zufall ist oder ob das immer zutrifft, sage ich nicht, aber es ist eine punktuelle Veranstaltung oder Demonstration gewesen, natürlich.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Das ist aber auch an einer anderen Stelle geschehen. Wir reden hier von einem anderen Bereich. Wir reden von der Aachener Straße auf der Höhe Braunsfeld.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Lassen Sie auch eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Strahl zu?

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Ja.

**Dr. Jürgen Strahl** (CDU): Herr Wortmann, ist Ihnen bekannt, dass die Nebenstraßen der Aachener Straße hoffnungslos verstopft waren während dieser Zeit?

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Ja, natürlich ist mir das bekannt; denn schon jetzt suchen die Autos einen Ausweg. Das ist sonnenklar. Das ist nicht nur in der Aachener Straße so, das ist in der Zülpicher und der Berrenrather Straße ebenso der Fall. Davon reden wir eigentlich.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was schlagen Sie vor?)

Sie haben heute zu Beginn der Sitzung sehr emphatisch eine Resolution für die Erhaltung oder für den Ausbau von Arbeitsplätzen abgegeben.

Doch was machen Sie denn wirklich? - Sie machen Jagd auf das Auto, -

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wollen Sie denn? Sagen Sie einmal, was Sie wollen!)

- egal, wie der Antrieb heißt. Denn von den Staus sind nicht nur Dieselfahrzeuge betroffen, sondern davon sind alle Fahrzeuge betroffen. Sie dünne die Nahversorgung aus, indem Sie Parkflächen und Kurzzeithaltezonen wegrationalisieren, um den Express-Bus zu betreiben.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist Ihre Maßnahme gegen den Stau? Das würde ich gern wissen!)

Sie treiben so auch dem Online-Handel die Kunden zu, obwohl Sie hier dafür plädieren, den stationären Handel zu stärken. Das alles ist als ein großer Widerspruch zu sehen. Deshalb werden wir uns auf keinen Fall diesem Luftraumreinhalteplan anschließen.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie wollen Sie die Luft verbessern?)

Mit der Aufnahme der Express-Busspur in diesen Luftraumreinhalteplan haben Sie mehr oder weniger die Handlungsfähigkeit an die Bezirksregierung abgegeben. Sie können sich jederzeit dahinter zurückziehen, aber sie hat die Spielmasse durch den Zwang dieser Express-Busspur, diese Stadt mehr oder weniger wieder in Richtung Fahrverbote zu drängen. Das ist ein Punkt, wozu ich Ihnen ganz klar sage: Da machen wir nicht mit. Deshalb enthalten wir uns. - Vielen Dank.

(Einzelbeifall)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank. - Herr Sterck bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich auch gerade noch an dem Änderungsantrag etwas abarbeiten, wobei man sagen muss, Herr Zimmermann, dass man sich das nicht so schönreden und sagen kann: Wir machen hier die Augen und Ohren zu, nehmen das nicht zur Kenntnis und deuten das dann irgendwie um. - Sie haben natürlich die Möglichkeit, Ihren Protest gegen den Luftreinhalteplan deutlich zu machen. Diese haben Sie auch genutzt. Das haben Sie hier zu Protokoll gegeben. Dem kann ich mich aus anderen Gründen auch

anschließen, weil wir natürlich - wie Sie sich vorstellen können - mit einer solchen Maßnahme wie der Busspur auf der Aachener Straße nicht leben wollen und können. Wir müssen es trotzdem zur Kenntnis nehmen, dass es im Plan entsprechend steht.

Das, was mir bei der Debatte noch zu kurz kommt, ist das, was in diesem Änderungsantrag sonst noch vorgesehen ist. Von denjenigen, die die Busspur auf der Aachener Straße beschlossen haben, gibt es einige, die das jetzt schon bedauern. Das zeigt auch die eben angesprochene Demonstration auf der Aachener Straße oder auch der Protest, den es zum Beispiel in Braunsfeld gibt.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Die Verwaltung rudert zurück und sagt: Ja, das, was dort beschlossen wurde, deuten wir jetzt einmal um. Das machen wir eigentlich ganz anders. Das machen wir nicht so, wie der Rat es beschlossen hat. - Wir werden sehen, was dann darin steht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben vollstes Vertrauen in die Verwaltung!)

Deswegen ist es mir wichtig, den Fokus einmal darauf zu richten, was hier die Antragsteller SPD, DIE LINKE und BUNT beantragen. Das ist nämlich ein ganzes Füllhorn neuer Busspuren. Herr Weisenstein freut sich. Mich wundert immer, dass die SPD so etwas mitmacht und immer noch versucht, -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die lernen dazu! Im Gegensatz zu Ihnen!)

- die Grünen an dieser Stelle zu überholen, weil das leider nun einmal weder auf das Konto der SPD noch auf das der LINKEN einzahlt, sondern im Grunde nachher immer auf das der Grünen. Herr Lino Hammer freut sich hier vorn.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann muss man auch mal zustimmen!)

Herzlichen Glückwunsch! Das sind die Dinge.

Meine Damen und Herren - auch diejenigen, die es vielleicht von draußen beobachten -, im Änderungsantrag steht:

Einrichtung von Expressbuslinien auf eigenen Busspuren ... auf dem Clevischen Ring zwischen Leverkusen und Mülheim mit Anbindung über die Zoo-Brücke an den Hauptbahnhof, ... auf der

Inneren Kanalstraße von der Universität über Ehrenfeld und Nippes mit Anbindung über die Zoobrücke an den Deutzer Bahnhof

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Ein wunderbares Netz. Sie können sicher sein, dass ich diesen Antrag nehmen werde und unseren Ortsverbänden in Mülheim, in Nippes, in Ehrenfeld, in der Innenstadt als Wahlkampfmaterial für die Köln-Wahl im nächsten Jahr geben werde. Dann wollen wir einmal sehen, liebe SPD, wie wir gegen diese Sachen hier mobilisieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Sterck. - Herr Brust, bitte.

**Gerd Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Ich möchte mich zunächst einmal dem Unmut von Herrn Struwe anschließen. Es ist schon ein Unding, dass die Verwaltung uns, wenn der Luftreinhalteplan schon in Kraft ist, ihre Stellungnahme zuleitet, die sie fast drei Wochen vorher abgegeben hat. Vielleicht können Sie einmal beantworten, warum es drei Wochen dauert, bis wir die Stellungnahme zu sehen bekommen.

(Zuruf von Michael Frenzel [SPD])

- Ja, aber die Stellungnahme wurde schon Mitte März abgeschickt.

Wir unterstützen auch den Punkt 1 des Änderungsantrags von SPD und LINKE usw.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE] - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber nur den Punkt 1 - das ist ein bisschen schwach!)

- Nur den Punkt 1. Ich begründe das auch, und zwar: Auch in unserer Fraktion herrscht Konsens darüber, dass wir nicht die Stellungnahme der Verwaltung genehmigen wollen, allein schon aus folgendem Grund: Die Verwaltung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass das Urteil des Verwaltungsgerichtes nicht sachgerecht gewesen wäre. Wir wollen uns erstens hier nicht an der Gerichtsschelte beteiligen, da uns als Rat das nicht zusteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist zweitens auch falsch, zu sagen, dass es nicht sachgerecht war. Aufgrund der Datenlage und der Gesetzeslage konnte das Gericht gar nicht anders entscheiden. Insofern war es zur damaligen Zeit, als es noch keine Änderung der Grenzwerte gab, sicherlich sachgerecht. Es steht uns nicht an, das zu kritisieren.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Allein aus dem Grund hätten wir auch beantragt, diese Stellungnahme nur zur Kenntnis zu nehmen.

Nun zum Punkt 2 des Änderungsantrags: Es macht überhaupt keinen Sinn, darüber heute zu diskutieren, weil wir vor einem Jahr diskutiert haben, was die Grundlage des Luftreinhalteplans sein soll. Am 05.02. haben wir hier die Vorlagen des Runden Tisches diskutiert. Der Runde Tisch hat uns zig Maßnahmen empfohlen. Wir haben die meisten übernommen und hier beschlossen. Diese sind Grundlage des jetzigen Luftreinhalteplans geworden.

Uns ist auch klar, dass wir mit diesen Maßnahmen wahrscheinlich die Grenzwerte nicht schnell unterschreiten werden und dass wir in der nächsten Zeit weitere Maßnahmen vorschlagen müssen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Da liegen sie auf dem Tisch!)

Es gibt aber überhaupt keinen Grund, heute als Tischvorlage neue Busspuren oder gar kostenlosen Nahverkehr zu diskutieren. Dafür haben wir einen Fachausschuss, der sich damit beschäftigen soll, wo eventuell sinnvolle neue Busspuren notwendig sind. Das kann man nicht mal eben so nebenbei als Tischvorlage hier im Rat beschließen, -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

- vor allem dann nicht, wenn es überhaupt nicht dringlich ist. Der Plan ist in Kraft. Wir haben jetzt Zeit, der Verwaltung weitere Vorschläge zu machen, was darüber hinaus noch umgesetzt werden soll. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Brust, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Weisenstein zulassen?

**Gerd Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Herr Brust, ich habe dazu noch eine Nachfrage. Sie haben eben die Verwaltung dafür kritisiert, dass die Stellungnahme so spät hier auf dem Tisch liegt. Sie haben recht, sie ist gestern den Ratsmitgliedern zugegangen. Doch jetzt stellen Sie sich hier hin und kritisieren die Antragsteller dafür, dass wir einen Änderungsantrag als Tischvorlage bringen. Das kann wohl nicht Ihr Ernst sein. Ich würde gern darum bitten, dass Sie dazu eine Erläuterung abgeben.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Ich hätte noch eine weitere Nachfrage, Herr Brust. Sie haben soeben gesagt, die Grenzwerte wären verändert worden. Ist Ihnen denn nicht bekannt, Herr Brust - ich muss es ja als Frage formulieren -, dass nicht die Grenzwerte geändert wurden, sondern dass es Bestimmungen gibt, die besagen, dass die Verhältnismäßigkeit bezüglich der Fahrverbote in den Bereich 50 µg gesetzt worden ist? Ist Ihnen bekannt, dass die Grenzwerte nicht verändert wurden? - Ansonsten würde ich empfehlen, das noch einmal nachzulesen.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das braucht Herr Brust nicht!)

**Gerd Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Das habe ich so gemeint, wie Sie es gerade formuliert haben.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aha, dann sagen Sie es doch!)

Zu dem ersten Punkt: Das habe ich eben auch begründet.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Was?)

Da der Luftreinhalteplan schon in Kraft ist, gibt es keinen Grund, eine Tischvorlage zur Änderung des Luftreinhalteplans zu machen. Wenn die Verwaltung einen Fehler macht, müssen wir nicht den gleichen Fehler machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Was für ein Quatsch!)

Wir können doch gar nicht mehr den Luftreinhalteplan ändern. Dieser ist in Kraft getreten. Das, was wir machen können, ist, in den nächsten Monaten neue Vorschläge zusätzlich zum bestehenden Luftreinhalteplan zu diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Dafür haben wir einen Fachausschuss, der das dann im Einzelnen diskutieren muss.

(Michael Frenzel [SPD]: Warum haben wir die Vorlage dann hier? - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Dr. Ralph Elster [CDU])

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes**: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Änderungsantrag von SPD, LINKE und BUNT abstimmen, und zwar zunächst über Punkt 1. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, CDU, FDP, DIE LINKE, Herr Wortmann und BUNT. Gibt es noch Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Punkt 1 Änderungsantrag so genehmigt und beschlossen.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Gegenstimme?)

Dann kommt der Punkt 2. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Hui, Grüne gegen die Busspur! - Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, die AfD, Rot-Weiß und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist der Punkt 2 so mit der Mehrheit abgelehnt worden.

Die Verwaltungsvorlage wird jetzt abgestimmt in geänderter Fassung wie Punkt 1. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD, Herr Zimmermann und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das auch so beschlossen.

TOP 10.25 rufe ich nicht auf, weil wir den Punkt vorhin zusammen mit TOP 6.3.1 schon behandelt haben.

Ich rufe auf:

## 12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

### 12.1 2. Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06 Arbeitstitel: Osterather Straße / Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen 2786/2018

Ich würde darüber gern abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### **14 Erlass von Veränderungssperren**

Tagesordnungspunkt

##### **14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven Arbeitstitel: Eisenbahnersiedlung 0393/2019**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 14.1 beschlossen.

Ich rufe auf:

#### **17 Wahlen**

Tagesordnungspunkt

##### **17.1 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Schule und Weiterbildung auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 0365/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber bitte abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 17.1 beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **17.2 Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Stadtentwicklungsausschuss auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 0244/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.2 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **17.3 Bestellung eines stellvertretenden Vertreters der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des**

##### **Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) 0579/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.3 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumsetzung“ AN/0372/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.4 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **17.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumsetzung“ AN/0373/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist TOP 17.5 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **17.6 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln 0987/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.6 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **17.7 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender 0986/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.7 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Vertretung der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH  
1000/2019**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es dazu Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.8 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wahl eines Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages“  
AN/0410/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.9 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde  
(Anlage 1 und 2 im nicht öffentlichen Teil unter TOP 25.2)  
0274/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss in der Anlage 3. Ist jemand dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.11 Antrag der Gruppe GUT betr. „Wahl eines Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages“  
AN/0422/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.11 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“  
AN/0395/2019**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? -

Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.12 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.13 Berufung einer sachkundigen Einwohnerin als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung  
1209/2019**

Keine Wortmeldungen? - Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.13 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.14 Antrag der Fraktion Die Grünen betreffend „TOP 17 'Wahlen' hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien“  
AN/0458/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.14 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.15 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Besetzung von Gremien“  
AN/0459/2019**

Zu 17.15, Herr Görzel? - Bitte.

**Volker Görzel** (FDP): Ja, zu 17.15 eine Wortmeldung, und zwar bin ich in formeller Hinsicht der Auffassung, dass in Absatz 2 der Antragstext zu unbestimmt ist.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes**: Moment! Ich muss es erst einmal aufschlagen.

**Volker Görzel** (FDP): Dort ist der Antragstext zu unbestimmt. Dort heißt es:

Herr Martin Börschel führt die vom Rat der Stadt Köln ihm übertragenen Aufgaben über die Niederlegung des Ratsmandats hinaus fort, soweit nicht im Folgenden anderes beschlossen wird:

Ich gehe davon aus, dass die Neuwahl erforderlich ist, weil das Ratsmandat zurückgegeben

wurde, ergo er aus den Aufsichtsräten ausgeschieden ist, ergo er wieder hineingewählt werden muss.

An dieser Stelle müsste es nach meiner Auffassung heißen, in welche entsprechenden Aufsichtsräte Martin Börschel wiedergewählt werden soll. Das ist im Antragstext nicht dezidiert genug positiv bestimmt dargelegt, weswegen ich den Fraktionsvorsitzenden bitten möchte, uns zu erklären, in welche Aufsichtsräte Martin Börschel gewählt werden soll.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Görzel, ich kann dazu gerade nichts sagen, weil mir das nicht vorliegt.

**Volker Görzel (FDP):** Der Antrag ist zu unbestimmt. Wir müssen positiv jemanden in ein Gremium wählen. Ich weiß nicht, in welches Gremium ich heute den geschätzten Kollegen Börschel wählen soll.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Joisten steht schon auf und wird die Frage gern beantworten.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr gut; so lieben wir das.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte schön, Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Bürgermeisterin! Herr Görzel, so, wie es dort steht, ist es. Wir haben tatsächlich eine Wahlentscheidung bereits getroffen und können hier in dieser Form - das ist gängige Rechtsauffassung - den Fortbestand sichern, zumindest vorübergehend. Wir werden in der nächsten Sitzung noch andere Umbesetzungen vornehmen. Bis dahin kann das auf diesem Weg gewährleistet werden.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Nein, das geht so nicht!)

**Volker Görzel (FDP):** Ich darf dazu Folgendes erklären: Ich sehe das anders. Diese gesicherte Rechtsauffassung ist mir nicht bekannt. Ich kann heute nicht darüber entscheiden, in welchen Aufsichtsrat Martin Börschel bei aller zweifellos vor-

handenen Kompetenz heute gewählt werden soll. Ich möchte Sie bitten, mir zu erklären, welche Gremien das sind.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Gar keines!)

- Er soll in gar kein Gremium gewählt werden heute. Ist das richtig?

**Christian Joisten (SPD):** Er verbleibt in den Gremien, in denen er ist. Das ist die Aussage.

**Volker Görzel (FDP):** Welche Gremien sind das? - Nein, er ist in keinem Gremium.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Doch, natürlich!)

Mit der Rückgabe des Mandats des Rates verliert er sein Aufsichtsratsmandat.

**Christian Joisten (SPD):** Das ist nicht an das Ratsmandat gebunden. Mit diesem Beschluss verbleibt er bis auf Weiteres in diesen Gremien. Das ist genau der Beschluss, den wir treffen.

**Volker Görzel (FDP):** In welchen denn?

**Christian Joisten (SPD):** In den Gremien, in denen er ist.

**Volker Görzel (FDP):** Das geht nicht.

**Christian Joisten (SPD):** Das geht. Das ist gängige Praxis und Rechtsauffassung.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Er hat es heute Nacht verloren! - Andreas Pöttgen [SPD]: Nein!)

**Volker Görzel (FDP):** Er hat heute Nacht seine Aufsichtsratsmandate verloren, -

(Andreas Pöttgen [SPD]: Nein! Das ist Quatsch!)

- die an den Bestand der Ratsmitgliedschaft gekoppelt sind.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verwaltung muss sprechen! - Christian Joisten [SPD]: Verwaltung bit-

te! Vielleicht kann uns die Verwaltung helfen! - Zuruf von Ulrich Breite [FDP]

Kann die Verwaltung dazu Stellung nehmen?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Die Kämmerin spricht dazu.

**Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert:** Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ist es so, dass es grundsätzlich möglich ist, in Aufsichtsräte auch Nicht-Ratsmitglieder zu entsenden. Es kommt ganz konkret auf den Entsendungsbeschluss an.

Da ich jetzt nicht genau weiß, an welchem Mandat Sie sich stoßen, ist es schwierig, das aus der Lamäng heraus zu beantworten. Im Konkreten kommt es immer sehr genau auf die Konstellation an, ob es tatsächlich der Rat als solcher war, der entsandt hat und diesen Entsendungsbeschluss mit einer automatischen Auflösungsklausel versehen hat, oder ob es ein anders geartetes Gremium war, beispielsweise die Zweckverbandsversammlung, die Trägerversammlung bei der Sparkasse. Das wäre im Einzelnen dezidiert zu prüfen. Deswegen müssten Sie noch einmal konkretisieren, was Sie konkret meinen, sonst ist das schwer zu beurteilen von hier aus. - Danke.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Frau Kämmerin. - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Entschuldigung, Frau Bürgermeisterin. Das können Sie zwar allgemeinrechtlich beurteilen, aber natürlich haben wir die Beschlüsse vor einigen Jahren hier gefasst, als wir das alles gewählt haben.

Es hat hier in diesem Haus mal ein Ratsmitglied gegeben - ich nenne es einmal ganz allgemein Schmitz -, das nach seinem Ausscheiden aus dem Rat an den Mandaten festgehalten hat. Deswegen hat der Rat der Stadt Köln das geändert, dass in den Entsendungsbeschlüssen steht, dass das Mandat im Aufsichtsrat mit dem Ausscheiden aus dem Rat erlischt.

Wenn der geschätzte Martin Börschel heute Nacht um 24 Uhr aus dem Rat ausgeschieden ist, würde er dann in dieser logischen Sekunde auch seine Aufsichtsratsmandate verlieren. Das mag bei der Sparkasse anders geprüft worden sein - das kann ein Sonderrecht sein; das kenne

ich jetzt nicht -, aber wir haben im Rat 2014 bei allen Wahlen, die wir beschlossen haben, gesagt: Es ist beendet mit dem Ausscheiden aus dem Rat - wegen dieses Herrn Schmitz, den es da einmal gegeben haben soll.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Petelkau, bitte.

**Bernd Petelkau (CDU):** Frau Vorsitzende, ich stelle den Änderungsantrag, den zweiten Absatz des Antrags zu streichen und den Rest zu beschließen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich würde vorschlagen, wir machen eine kurze Sitzungsunterbrechung. Bis dahin habe ich auch die Unterlage vorliegen. - Danke schön.

(Unterbrechung von 20.32 bis 20.47 Uhr)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung fort zu Tagesordnungspunkt 17.15, wenn Sie dann so weit sind. Ich finde, die Unterbrechung war lang genug; wir können jetzt fortsetzen.

Die Stadtkämmerin erklärt sich bereit, die Einigung hier vorzutragen. Dann ist Herr Joisten noch einmal so freundlich und bestätigt es oder bestätigt es nicht. - Ich darf Ihnen jetzt das Wort erteilen. Bitte schön.

**Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert:** Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Sitzungsunterbrechung. Wir haben sie für ein kurzes Rechtsgespräch mit den Beteiligten und eine erste vorläufige Einordnung genutzt. Das Ergebnis möchte ich Ihnen kurz wie folgt vorstellen:

Da die Entsendungsbeschlüsse für die GEW und die RheinEnergie einen Automatismus dahin gehend vorsehen, dass mit Ausscheiden des Rates auch die Entsendung endet, spricht dies dafür, dass Herr Börschel im Aufsichtsrat der GEW und der RheinEnergie mit Niederlegung des Mandats ausscheidet, - und insoweit eine Neubestellung bzw. Neuentsendung erforderlich ist, wenn sie denn gewünscht ist.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD mir gegenüber ihren Antrag wie folgt konkretisiert. In Ab-

satz 2 des vorgelegten Beschlusstextes soll es heißen:

Herr Martin Börschel wird in den Aufsichtsrat von GEW und RheinEnergie entsandt.

Das ist die Konkretisierung, die Änderung des Beschlussantrages, weshalb ich die Ihnen hier an der Stelle noch einmal so vortrage.

Der Rest soll unverändert bleiben.

Absatz 4 des Beschlusses lautet:

Über die Vakanzen in der Metropolregion Rheinland, im Zweckverband Sparkasse KölnBonn und in der Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetags NRW wird bei nächster Gelegenheit entschieden.

Das ist kein expliziter Beschlussvorschlag, sondern ist eine Klarstellung, ein Hinweis bzw. eine Begründung und ist nicht Gegenstand des Beschlusses, der gleich gefasst werden soll.

(Niklas Kienitz [CDU]: Herzlichen Dank für die Klarstellung!)

Im Übrigen soll der Beschluss ausweislich der Konkretisierung der SPD so gefasst werden, wie er hier vorgelegt worden ist.

Ich hoffe, Herr Joisten, dass ich das zutreffend wiedergegeben habe.

(Christian Joisten [SPD]: Ich kann das so bestätigen!)

- Sie bestätigen das so.

Das wäre tatsächlich dann die Vorgehensweise, wie sie zu treffen wäre.

Ein Hinweis an dieser Stelle noch: Die mit den Aufsichtsratsgremien verbundenen Funktionen, beispielsweise der Aufsichtsratsvorsitz, würden bei dieser Rechtslage gegebenenfalls entfallen. Das heißt, da müsste in den Aufsichtsräten bzw. in den Gremien eine Neubestellung erfolgen, so der Rat denn diesen Beschluss gleich hier so fasst. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herzlichen Dank, Frau Kämmerin. Das war exakt zusammengefasst.

Herr Joisten hat für die SPD-Fraktion bereits zugestimmt: alles korrekt vorgelesen und vorgetragen.

Dann würde ich jetzt gern über TOP 17.15 abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das sind Rot-Weiß und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.15 so beschlossen.

Ich darf nun an die Oberbürgermeisterin den Tagesordnungspunkt 18.1 weitergeben.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Tagesordnungspunkt

**18.1 Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau GU/TU - Baubeschluss zum Neubau einer Erweiterung am Hildeward-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 1 in 50939 Köln durch einen Generalunternehmer 0459/2019**

Ich frage nach Wortmeldungen. - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es gibt Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme jetzt zum Ende des öffentlichen Teils und bitte darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.52 Uhr)